

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3,- Reichsmark...

Der 'Vormärz' mit der Sonntagsbeilage 'Welt und Zeit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Mormärz

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 10. Juli 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Die soziale Wirkung der Getreidezölle.

Verteuerung der Lebensmittelpreise. — Feststellungen im Enquete-Ausschuß des Reichstages.

Die Enquetekommission des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages beschäftigte sich gestern nachmittag mit der sozialen Wirkung der Agrarzölle...

Kurzum, die amtlichen Stellen erklärten sich aufgebracht, auch nur den Versuch einer Statistik beizubringen...

Die Regierung, die ja nur den Kapitalinteressen dient, ignoriert die Lage der Arbeitermassen völlig...

Um den wiederholten Versuchen der Agrarier, einer prägnanten Antwort auszuweichen, eine Ende zu machen...

Der hohe Zoll habe niemals ein Sinken der Preise zur Folge gehabt.

Ich stelle die Frage: Ist es richtig, daß wir seit 1910 bis 1914 ein Sinken des realen Lohnes gehabt haben...

Der Sachverständige Professor Seting ging nun auf die sozialen Wirkungen ausführlicher ein...

nach der Einführung des Zolles wesentlich stieg. Die Getreidepreise sind damals sogar noch über den Weltmarktpreis plus Zoll hinausgestiegen...

Ich kann es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, für dauernde Getreidezölle einzutreten.

Seting vertrat dann weiter den Gedanken der Bereitschaftszölle auf Getreide, der er die unsozialen Wirkungen absprach...

Professor Lange-Hilf erklärte Dauerezölle auf Getreide ebenfalls für unnötig, da die Produktionskosten durch die Weltmarktpreise gedeckt werden...

Krach im Zollauschuß.

Kurz vor dem Ende der Donnerstagvormittagsitzung propagierten die Hochschulzöller einen neuen Krach...

Es entspann sich eine sehr lebhaft Debatte, in der der Deutschnationale Rippel, ein Herr, der angeblich Handwerkerinteressen vertritt...

Der Genosse Breitscheid wies die Unterstellungen des deutschnationalen Abgeordneten mit Entrüstung zurück...

Die Räumung des Ruhrgebiets.

Redlinghausen, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Inventarübergabe und Schadenersatzverhandlungen zwischen den Besatzungsbehörden und den städtischen Besatzungsämtern...

Marokko darzulegen, und zwar dahingehend, daß die englische Regierung weder in Tanger noch sonstwo irgend einen Schritt zu unternehmen gedenkt...

Die europäischen Vorrechte in China.

London, 9. Juli. (E. F.) Im Unterhause erklärte der parlamentarische Sekretär für den Außenhandel, Samuel, daß England im Jahre 1922 in Washington erklärt hat...

England gegenüber Marokko neutral.

London, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Kabinett erüchtete am Mittwoch dem Außenminister Chamberlain den Vorschlag...

Gefahren für die Wirtschaft.

Abrechnung der Gewerkschaften mit den Unternehmern.

Als Antwort auf die vertrauliche Eingabe der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an die Reichsregierung...

Zurückgewiesen wird insbesondere zunächst die Behauptung der Unternehmer, daß sich die Gewerkschaften un verändert von internationaler Einstellung abhängig machen...

Die Belastung der deutschen Produktion durch Löhne, Dauer der Arbeitszeit und Sozialversicherung geprüft werden...

Auch die Behauptung der Eingabe der Unternehmer, wonach das Lohnniveau der deutschen Arbeiterschaft gegenwärtig bereits weit über dem Lohnniveau der Vorkriegszeit...

Danach waren am Ende 1924 die Nominallöhne gestiegen in Deutschland auf 122 Proz., in Italien auf 150 Prozent...

Richt mit den Tatsachen vereinbar ist auch die Behauptung der Unternehmer, daß Produktion und Güterumsatz nur 70 Proz. des Vorkriegsstandes betragen...

Wohl sind die Steuer- und Abgabelasten gegenüber dem Vorkriegsstande angewachsen, doch auch im Auslande...

Der Abschluß von Handelsverträgen ist allerdings die Voraussetzung, um unsern Export freie Bahn zu schaffen...

Gefahren drohen unserer Wirtschaft, und zwar von

einer Seite her, die die Eingabe der Arbeitgeberverbände nicht berührt. Die Unternehmer verlangen Opfer von der Arbeiterschaft, gleiten aber stillschweigend über die naheliegende Frage hinweg, welche Opfer sie selbst zu bringen gewillt sind.

Das Unternehmertum hat sich auf Kosten der übrigen Bevölkerung bereichert, ohne diese Machtverteilung zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands auszunutzen. Man hat im Gegenteil den Ausverkauf Deutschlands, den Schleudereport auf Kosten der Lebenshaltung des deutschen Volkes betrieben. Die Sucht, „Sachwerte“ zu sammeln, hat zur systemlosen Konzentration in Konzernen und Dachgesellschaften geführt. Das Schlagwort von der horizontalen und der vertikalen Konzentration war nur die Maske für eine wahllose Anhäufung aller irgendwie erreichbaren Sachwerte. Statt ständiger Durchorganisierung und Weiterentwicklung fand eine rein mechanische Verbreiterung der Einrichtungen statt. Hier liegt die tiefere Ursache für die Klagen unserer Industrie über die billigeren Produktionsbedingungen des Auslandes.

### Die Fehler der Wirtschaft.

#### Die Eingabe der Gewerkschaften schießt:

Die deutsche Wirtschaft wird notwendigerweise in der allernächsten Zeit eine Periode innerer Bereinigung durchmachen müssen. Der Zusammenbruch großer Konzerne ist das erste Anzeichen dieser Entwicklung, die auch in einzelnen Generalversammlungsberichten bereits ihren Ausdruck in der Forderung auf Abstoßung von nicht organisch mit dem Hauptunternehmen vermachene Betrieben findet.

Einige wenige Betriebe sind es, die durch Rationalisierung ihrer Erzeugung der dringenden wirtschaftspolitischen Notwendigkeit Rechnung tragen, während die Mehrzahl der Unternehmer diese Einsicht vermissen läßt und sich nicht zu neuer Initiative aufraffen kann, sondern an den abgewohnten Methoden festhält. Daher sind auch im allgemeinen die Kredite, die nach der Stabilisierung zur Anfortsetzung der Wirtschaft gewährt worden sind, nicht zu der notwendigen Intensivierung der Gütererzeugung verwandt worden.

Aus allen diesen Ursachen heraus ist die von den Unternehmern versprochene Preisentkung nicht durchgeführt worden, obwohl letztere die Rohstoffpreise niedrigergehalten und die Preise für Elektrizität, Gas und Wasser gesenkt worden sind und die Umsatzsteuer ermäßigt wurde. Die natürliche Folge des hohen Preisstandes bei geringen Löhnen wirkt sich in starker Beschränkung der Kaufkraft der breiten Masse des Volkes aus. Trotzdem fordern die Arbeitgeber weitere Senkung der Löhne.

Die Notwendigkeit der Hebung des inneren Marktes wird nun auch von der Industrie anerkannt. Trotzdem verlangt sie äußerste Beschränkung des Konsums. Dabei wird übersehen, daß gerade durch gesteigerten Inlandsabsatz die Industrie zu Leistungen befähigt wird, die ihre Möglichkeit des Auslands-exports vergrößern. Allerdings erfordern der Inlandsabsatz der Auslandsmärkte immer gebietender eine Beschränkung auf Mindestgewinnquoten. Großer Umsatz bei geringem Nutzen haben im Auslande, speziell in Amerika, zu einer erheblichen Preisentkung und damit zur Hebung der Kaufkraft geführt. In Deutschland hält man noch an dem Grundgesetz „Großer Nutzen, wenn auch geringer Umsatz“ fest. Durch Kartellpolitik sucht man auch dem am teuersten herstellenden Unternehmer noch einen Gewinn zu verschaffen.

Hier liegen schwere Fehler, die beseitigt werden müssen, hier haben die ökonomischen Verbesserungen der Wirtschaft einzuleiten, statt des Versuches, durch Lohnraub die Produktion zu verbilligen und durch Schutzzölle die Konkurrenz des Auslandes zu bekämpfen.

Zum Schluß sei noch auf die gewaltige Gefahr hingewiesen, der die einseitig gegen die Arbeiterschaft gerichteten Forderungen der Unternehmer die Gesamtheit des deutschen Volkes aussetzen drohen. Die Unternehmer können nicht glauben, daß die Arbeitnehmerschaft, daß die Gewerkschaften sich der einseitigen Interessenspolitik der Industrie beugen werden, und sie glauben es auch nicht, wie ihre Verwilligung, wirtschaftliche Kämpfe auf sich zu nehmen, zeigt. Die

Gewerkschaften aber sind nicht bereit, das ihnen anvertraute Wohl der Arbeiterschaft, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle irdischen Opfer auf sich genommen hat, preiszugeben, sondern sie werden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dieses Wohl schirmen und schützen und das von der Arbeiterschaft zu verbessernden suchen, weil sie gewiß sind, dass Volk damit den größten Dienst zu erweisen. Die Verantwortung für die aus diesen Kämpfen, gleich wie sie enden werden, erwachsende Erschütterung des Volks- und Wirtschaftslebens aber tragen die Kreise, die, wie während der ganzen Nachkriegszeit, so auch jetzt nicht bereit sind, sich ehrlich an den notwendigen Opfern der deutschen Nation zu beteiligen.

Auf dieses drohende Unheil die Regierungen des Reiches und der Länder hinzuweisen und einer Klarstellung der für das Schicksal des deutschen Volkes so unendlich wichtigen Tatsachen zu dienen, ist der Zweck dieser von den Gewerkschaften aller Richtungen verfaßten Schrift.

## Freispruch im Prozeß Rehnig.

### Notwehr! — Keine Ueberschreitung der Notwehr!

Im Prozeß gegen den Wiking-Mann Rehnig, der am Tage vor der Präsidentenwahl den Reichsbannermann Schulz am hellenlichten Tag auf offener Straße niederschloß, ist gestern das Urteil gefällt worden. Es lautet auf Freispruch.

Das Urteil ist eine Provokation des gesunden Rechtsempfindens und muß umso provozierender wirken, als selbst der Staatsanwalt, der sich im Verlauf des Prozesses wahrhaftig nicht übermäßig engagiert hat, auf Ueberschreitung der Notwehr plädierte und 1 Jahr Gefängnis wegen Körperverletzung mit Todeserfolg beantragte. Zwischen diesem Antrag und dem Freispruch gähnt eine Kluft, die sich nicht überbrücken läßt.

Uebersieht man das Urteil in seinen Einzelheiten, so hat man das Empfinden, daß bei der Beratung nicht mit der nötigen Sorgfalt die einzelnen Auslagen gegeneinander abgewogen wurden und daß man von vornherein entschlossen war, von dem Grundsatz „in Zweifelsfällen für den Angeklagten“ in weitestem Maße Gebrauch zu machen. In dem Urteil heißt es:

Der Angeklagte Rehnig wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Vornehmlich muß das Gericht besonders betonen, daß der Angeklagte sich bei der Tat und nach dem Ergebnis der Verhandlung nicht als ein Mann erwies, der die Sympathien des Gerichts genießt. Es ist ein starkes Stück, wenn ein junger Mann am hellen Tage sowie Tag für Tag mit dem Revolver und dem Gummiknüppel bewaffnet in einer friedlichen Stadt herumläuft. Ein solcher Mensch bildet eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und es würde Sache der Behörden sein, dem Angeklagten den Waffenschein zu entziehen. Das Gericht darf sich aber nicht von seinen Gefühlen leiten lassen, sondern von dem Gesetzesparagrafen. Der Angeklagte befand sich auf der Flucht gegenüber einer großen Menschenmenge, als er den tödlichen Schuß abgab. In solcher Situation war der Gebrauch einer Schutzwaffe keine Ueberschreitung der Notwehr, denn er war mit Stöcken beworfen worden und es sind mindestens auch Schläge gegen ihn geführt worden. Die Absicht der Reichsbannerleute, ihn festzunehmen, war keine rechtmäßige. Es kam ihnen bei der Verfolgung auch darauf an, den Angeklagten zu schlagen. Sobald solche Tendenzen in die Verhandlung hineingetragen werden, ist sie eine rechtswidrige. Als der Angeklagte die Pistole zog, war er bedroht. Die Reichsbannerleute hatten kein Recht, selbst wenn sie sich beschimpft gefühlt haben sollten, gegen ihn mit Stöcken vorzugehen. Er befand sich in Notwehr, und mit der Verteidigung ist das Gericht der Ansicht, daß ein Gummiknüppel zur Verteidigung nicht ausreichte hätte. Daher waren die Grenzen der Notwehr nicht überschritten, obwohl an sich der Angeklagte eine Gefahr für die Bevölkerung bildete, mußte er freigesprochen werden, weil ihm die Gesetzesbestimmungen zur Seite stehen.

Es ist geradezu ungeheuerlich, wie in dem Urteil die geschwungenen Stöße in den Mittelpunkt gestellt werden, um für den Angeklagten einen Grund zu berechneter Notwehr zu konstruieren. Aus dem Verhandlungsverlauf ist keineswegs klar hervorgegangen, daß gegen den Angeklagten überhaupt tötlich vorgegangen wurde. Die Berechtigung der Notwehr muß deshalb stark in Zweifel gezogen, die Frage nach einer Ueberschreitung der Notwehr unbedingt bejaht werden. Was sollte werden, wenn jedermann, gegen den ein Stock erhoben wird, daraus das Recht herleiten wollte, mit dem Schießprügel loszutreten? Was würde einem Arbeiter geschehen, der sich im Verlauf einer Auseinandersetzung so benehmen würde wie der Wiking? Wir möchten den Richter sehen, der einen Freispruch wagte! Ein Blick auf die tausend Tragödien des Alltags, in den täglichen Gerichtsaal der Zeitungen genügt, um zu erkennen, um wieviel strenger das Urteil ausfällt, wenn es sich um Akte gleicher Art handelt, in deren Hintergrund nicht der Krakehl Schwarz-Weiß-Kat gegen Reichshanner steht. Ganz zu schweigen von dem Eifer der Strafrichter, wenn Republikaner vor den Schranken des Gerichts stehen!

## Sturm im Reichstag.

### Um die alten Offiziersuniformen!

Die gestrige Reichstags-Sitzung endete mit Sturm. Nach Erledigung einer statischen Tagesordnung gegen 18 Uhr abends beantragte Genosse Dittmann Vertagung. Loyalität gebot diesen Antrag anzunehmen, nachdem die sozialdemokratische Fraktion für den Abend eine Fraktions-sitzung anberaumt hatte. Es fand sich jedoch eine Mehrheit, die sich entschloß, noch in die erste Lesung des Gesetzes über das Recht zum Tragen der alten Uniformen einzutreten. Nachdem sich Genosse Kuhn als erster Redner scharf kritisch zu der Vorlage geäußert und Reichswehrminister Gehler ihm erwidert hatte, wiederholte Genosse Dittmann den Vertagungsantrag.

Dagegen erhob sich auf der Rechten fürmischer Widerspruch. Vergeblich wurde erklärt, es sei notwendig, auf die sozialdemokratischen Angriffe gegen die Offiziere der alten Armee am selben Tage zu antworten.

Für den Vertagungsantrag stimmten sodann die Linke und das Zentrum; das ist die zweifelhafte Mehrheit. Vizepräsident Bell stellte demgemäß die Annahme des Antrages fest und sprach die Vertagung aus.

Darob gewaltiges Toben rechts. Herr Bell ließ dadurch so einschüchtern, daß er ganz geschäftsordnungswidrig die schon abgeschlossene Abstimmung wieder aufnehmen und einen Hammersprung vornehmen wollte. Die Linke weigerte sich jedoch, zu diesem Zweck den Saal zu verlassen und rief dem amtierenden Vizepräsidenten immer wieder zu, daß die Vertagung ja schon vollzogen sei. Diesen unzweifelhaft richtigen Standpunkt setzte sie auch durch. Aber auf Antrag des nördlichen v. Graefe beschloß die Mehrheit, die erste Lesung des Ansehungs-gesetzes heute fortzusetzen, wodurch die rechtzeitige Erledigung des Aufwertungs-gesetzes schwer gefährdet wird. Ein Geniestreich der Mehrheit, den alten Offiziersuniformen vor den Rechten der geschädigten Sporer und Gläubiger Vorrang zu verleihen!

Die sozialdemokratische Fraktion hat gezeigt, daß sie sich Bergewaltigungen nicht gefallen lassen will.

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags wurde u. a. der von dem Abg. Dr. Best (Hosp. u. d. Bält.) gestellte Antrag auf Aufhebung der Immunität der Abg. Dr. Rabemacher und Dr. Oberfahren (Dnot.) wegen Befeldigung behandelt. Von dem Berichterstatter Abg. Hampe (Wirtschaftl. Bezirk) wurde von vornherein erklärt, daß der Antrag völlig inakzeptabel sei, da er der Reichsverfassung widerspreche, nach der Anzeigen, die ein Abgeordneter im Parlament gemacht hat, überhaupt unzulässig sind. Der Ausschuß schloß sich der Ansicht des Berichterstatters einmütig an.

## Joachimoglu.

Namen brüden oft durchaus nicht das Wesen ihres Trägers aus. Man kann Hufe heißen und ein Heid sein, sich Schlange nennen und der Klugheit entbehren, trotz des Namens Rahl einen üppigen Haarwuchs aufweisen. Aber es gibt, auch Namen, die zu ihrem Inhaber passen wie ein gutstehender Anzug (siehe Mittelmann) und wir kennen andere, die ihrem Träger sogar seine politische Richtung weisen. Ist nicht für einen Mann wie Wunderlich in der Deutschen Volkspartei der gegebene Platz?

Im Höflichkeits-Ausschuß ist dieser Tage auf deutschnationalen Antrag ein Herr Joachimoglu als Sachverständiger vernommen worden. Hat diesem Manne nicht das Schicksal den Zwang in die Wiege gelegt, deutschnational zu werden? Von betrachte nur die einzelnen Bestandteile seines Namens. Da ist zuerst der fernische märkische Vornamen Joachim, der zugleich an die merkwürdige Aufschaltung von Königsstreu erinnert, die den preussischen Untern eigen ist. Denn Joachim hieß jener Kurfürst, dem einer ihrer Dichter das schöne Lied gewidmet hat, das ein Vorläufer des „Heil dir im Siegerkranz“ ist: „Joachim, Joachim, hüte di, fangen wir di, so hangen wie di.“

Und nun Roglu! Sieht man nicht sofort die Deutschnationalen vor sich, wie sie bei der Abstimmung über den Dawes-Plan die weiße Ja-Karte in der linken Hand bergen und mit der rechten die rote Nein-Karte schwingen? Und wie sie insgemein den Franzosen den Reich auf Elb-Lothringen anbieten, während sie öffentlich die Verantwortung dafür leugnen? Fürwahr, Joachimoglu ist durch seinen Namen zum Führer der Deutschnationalen vordeterminiert. Durch das Auscheiden des Herrn Best, der für die deutschnationalen hochhabilitische Praxis zu ehrlich war, ist der Platz an der Spitze der deutschnationalen Reichsliste frei geworden. Niemand könnte ihn würdiger ausfüllen als Herr Joachimoglu.

## Kreuzworträtsel.

### I. 7.30 Uhr.

Dann es ist ein Kreuz, diese Worte zu enträtseln. Aber bitte, lieber Leser, nimm dir Zeit, rate, rate, rate, unfernein hat auch seinen freien Abend geopfert. . . .

### II.

uuuuuuuuuu — binrege — gegac uuuuuu — tad tad tad tad tad tad (Bitte, Seher, in diesem Stil die ganze Spalte herunter, damit der Leser einen Ueberblick hat, weißt du. Soll es der Leser besser haben als der Hörer? Er soll es nicht!)

### III. 8.15 Uhr.

Zwoter Akt: tad tad tad — also jetzt von rückwärts. Reine Damen und . . . Fressen . . . Fangen . . . milde Tiere . . . Hagen- . . . Restauration August Liebe und Söhne . . . Hagen- . . . fffffffffff.

### IV.

Bestern rief man durch den Rundfunk zu: Ich lasse dich nicht Rein, mag auch die Liebe weinen, du ahnst es nicht, der Radio hat uns so gepiesackt. Bieleicht ist an dem eisernen badagelichen Empfang nur der Apparat schuld, an dem der Referent zu hören gekommen war. Er, der Referent, hat auf den Apparat freundlichst eingewirkt, er hat ihn gekreischelt, geliebt, es hat alles nichts gehalten. Es wird immer schlimmer. Und der Kritiker kassuliert in einer Stunde reiß für Dalboos zu sein.

### V.

8.55 Uhr.

Hurrah, Juchee, Kantate, Jubilate! Der Empfang wird deutlich. Ein Herr hält einen Vortrag. Seehunde bellan auf seehündische Art. Löwen brüllen. (Was sollen Löwen im Radioapparat schon anderes tun?) Rufft von der Hagenbed-Kapelle im Tierpark Hamburg-Stellingen. Rodmol Rufft. Es kommt ja schon gar nicht mehr darauf an. Diesmal machen die Rababaren den Krach. Sie singen, sie tanzen, sie reden Radio. Geographiefundige wissen, daß das eine vorderindische Angelegenheit ist: jedenfalls, klingt es schauerlich. Einer sagte, das ist das Zumburckbruchkommen der kindlichen Raitolat, einer meinte, das ist die heulende Rückkoppelung.

### VI.

9.30 Uhr.

Außer Karl Hagenbed sprachen noch Hans Bodenstedt, Jürgen, Johannsen, Dr. Heiniß, Dompteur Fritz Schilling und Inspektor Rottmann über alle möglichen Hagenbedereien. Aber ich bin erfüllt! Ich gehe zu Bett!

### VII.

10.00 Uhr.

Erich Gottgetreu.

Die Schauspielschule der Staatstheater. Neben den privaten Schauspielschulen tritt vom 1. Oktober ab die der Staatstheater an der Musikhochschule. Leopold Jekner, der Intendant der Staatstheater, wird ihre Leitung übernehmen; sein Vertreter und gleichzeitig Vertrauensmann der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger wird Karl Ebert sein. Jeder Kursus, der in kleinen Klassen von höchstens sechs Schülern abgehalten wird, dauert zwei Jahre. Ueber die Aufnahme in die Schule soll eine Prüfung entscheiden; besonders Begabten kann im Falle von Zahlungsunfähigkeit das Schulgeld erlassen werden. Zugelassen werden nur Schüler und Schülerinnen im Alter von mindestens siebzehn Jahren. In der richtigen Erkenntnis, daß neben der Mimik die Sprache das wesentlichste Ausdrucksmittel der Schauspieler ist, soll besonders sorgfältig die Sprechtechnik gelehrt werden, der das ganze erste Jahr gewidmet wird. Sprachstil und Gehörbildung wird Fräulein Prof. Pfeffer von der Hochschule für Musik lehren. Im zweiten Jahre erst beginnt dann die schauspielerische Ausbildung des Körpers und des Rollenstudiums. Auch Mitgliedern der staatlichen Bühnen soll an dieser Schauspielschule Gelegenheit gegeben werden, ihre Sprechtechnik zu vervollkommen.

Ehrung des polnischen Bauernführers. Im Herbst d. J. wird in Polen eine großartige Huldigungsfest zu Ehren des Nobelpreisträgers Bladislaua Reymont veranstaltet werden. Dem Dichter des polnischen Dorfes, der in seinem auch ins Deutsche überlegten Roman „Die Bauern“ ein Epos des ländlichen Lebens und Treibens geschaffen hat, soll ein Ernsteife gewidmet werden, das in einem Dorf neben Krakau am 15. und 16. September stattfinden wird. Ein Festzug von Vertretern sämtlicher Bauern Polens in alten volkstümlichen Trachten wird den Dichter begrüßen und ihm die traditionellen Erntekränze darbringen. Im Organisationskomitee, dem u. a. auch der Sejmpräsident Rataj angehört, hat der Führer der Bauernpartei, Witos, den Vorsitz übernommen, der dadurch den Dank für Reymonts tüchtig erfolgten Beitrag zu dieser Partei ausdrücken will. In den Festlichkeiten werden außer Delegierten verschiedener künstlerischer und literarischer Verbände auch Vertreter der polnischen Regierung teilnehmen.

Religion und Fortschritt. Man ist im allgemeinen geneigt zu glauben, daß Religion und Fortschritt meist entgegengesetzte Begriffe sind, zumal dann, wenn es sich um Fortschritte rein äußerlicher Art handelt, die nur eine Folge des sich unablässig beschleunigenden Lebensstempes sind. Für England erweist sich diese Annahme jetzt aber als falsch. Auf dem Internationalen Religionskongreß in London, dem ersten dieser Art, der neben Kollonofschakuten auch Vertreter aller Berufswege vereinigt, steht unter anderem Themen auch folgendes zur Diskussion: Welches sind die zweckmäßigen Propagandamaßnahmen für religiöse Gemeinschaften? Das Ergebnis dürfte interessant sein. Bieleicht löst man den Beschluß, vor und nach dem Gottesdienst Tanz zu veranstalten, vielleicht auch zeitweise das Orgelspiel durch Jazz-Musik zu ersetzen. Jedenfalls kommt bereits aus Cambridge die Meldung, daß eine Anzahl der Theologiestudenten der dortigen Universität, die teils der Fakultät von der „Heiligen Dreieinigkeit“, teils dem „Jesus-Kolleg“ angehören, sich zu einer Jazz-Band zusammengelassen haben. Es heißt, daß die anpassungsfähigen zukünftigen Geistlichen beabsichtigen, während der Sommerferien in einem großen Londoner Hotel zu konzertieren. Man darf annehmen, daß es ihnen an Publikum nicht fehlen wird, denn selbst wenn sie nicht so gut musizieren, wie die Regentkapelle, so haben sie doch den Reiz der Neuheit für sich.

Dr. Kräh Generaldirektor der Staatsbibliothek. Es verläutet, daß Dr. Kräh, Ministerialdirektor im preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, zum Nachfolger des Geheimrats Dr. Willhaus, dessen Rücktritt zum 1. Oktober wir bereits meldeten, ausersehen ist.

Astronom Oberst Müller gestorben. Der ehemalige Direktor des astronomischen Observatoriums zu Potsdam, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Gustav Müller, der bereits am 1. April 1921 in den Ruhestand trat, ist jetzt in Potsdam im 75. Lebensjahre verstorben. Er war seit 1877 am Potsdamer Institut tätig, seit 1917 als dessen Leiter. Von seinen Schriften ist besonders sein „Lehrbuch der Photometrie“ bekannt, außerdem eine Reihe von Abhandlungen über die Lichtmessung an Sonne, Planeten, Kometen und Fixsternen.

Diagilen dort nicht nach Russland. Die Kommission für Auslandsbüro in Moskau hat sich gegen die Uebersetzung nach Somjet-Russland des Direktors des berühmten russischen Ballets S. B. Diagilen geäußert.

# Das Durchpeitschungsprogramm.

Steuern und Zollvorlage — alles in fünf Tagen.

Die Regierungsparteien wissen zwar noch nicht recht, was sie wollen — sie wissen nur, daß sie es im Eilzuge tempo wollen. Sie haben ein Programm für die Durchpeitschung ihrer Pläne aufgestellt, das an Kühnheit nichts zu wünschen übrig läßt. Das Nachrichtenbureau des VdZ. berichtet darüber:

„Über die Bepfechtungen des Reichsanwalters Dr. Lützer mit den Vertretern der Regierungsparteien erfahren wir, daß daran festgehalten wird, bis zum 15. Juli die Aufwertungsarbeiten in zweiter und dritter Lesung zu erledigen. Da der Steuerauspruch erklärt hat, daß er seine Arbeiten nicht vor dem 21. Juli beenden kann, würden nach dem 15. Juli einige Tage für andere Materien zur Verfügung stehen. Es könnte auch die außenpolitische Debatte in dieser Zeit erfolgen, falls bis dahin die Note abgegangen ist, was allerdings zweifelhaft erscheint.“

Wahrscheinlich ist, daß die Steuervorlagen und die Zollvorlagen in der Zeit vom 21. bis 25. Juli auf die Tagesordnung der Plenar-sitzung kommen werden. Die Mehrheitsparteien glauben, daß es möglich sein wird, in diesen Tagen Steuervorlage und Zollvorlage zu erledigen. In den letzten Tagen des Juli soll dann die dritte Lesung des Etats erfolgen, und zwar in Verbindung mit der geplanten außenpolitischen Debatte.

Ob es tatsächlich gelingen wird, dieses Arbeitsprogramm zu den vorgesehenen Fristen zu erledigen, steht dahin. Die Sozialdemokraten und Demokraten haben bereits erklärt, daß sie auf einer eingehenden Erörterung der wichtigen Gesetzesvorlagen bestehen müssen. Es ist daher leicht möglich, daß die Fristen überschritten werden und die Tagung des Reichstags noch bis in den August hineingeht, falls es überhaupt möglich ist, so lange ein beschlußfähiges Haus zusammenzuhalten.“

Die Regierungsparteien hoffen also, in fünf Tagen im Plenum Steuervorlagen und Zollvorlage erledigen zu können. Da geschäftsordnungsmäßige Fristen eingehalten werden müssen, so müßte die Plenarberatung zur Farce herabgewürdigt werden, um in fünf Tagen diese entscheidenden Vorlagen durchzuführen. Am Besten zweifeln die Regierungsparteien selber — aber sie zeigen trotzdem den bösen Willen. Sie lassen erkennen, daß ihnen an wahrhaft sachlicher Vertretung nichts gelegen ist.

Über zunächst sind sie sich noch nicht darüber einig, was sie nun in fünf Tagen durchpeitschen wollen.

## Klarheit!

### Widersprüche zwischen Deutschnationalen und Regierung.

Die Regierungsparteien scheuen die öffentliche Aussprache über die Außenpolitik der Regierung im Plenum des Reichstags. In der Presse dagegen interpretieren sie die Politik der Regierung nach ihrem Belieben. Graf Westarp bemüht sich in der „Kreuzzeitung“, das Memorandum vom 8. Februar als Privatvorschlag Stresemanns hinzustellen und zu erklären, daß es als Grundlage für die Regierung nicht mehr in Betracht komme:

„Der deutsche Außenminister aber hatte von sich aus und ohne einen Beschluß des Kabinetts die Vorschläge mit mündlichen Äußerungen beauftragt, über deren Inhalt zur Unterstützung des Gedächtnisses eine formlose Niederschrift ohne Anrede und Unterschrift übergeben wurde. Diese Form des Vorgehens, ebenso wie die Tatsache, daß das Kabinett als solches damit nicht befaßt gewesen ist, zeigen deutlich, daß es sich dabei nicht um Vorschläge oder verbindende Angebote der deutschen Regierung, sondern um eine unverbindliche Anregung des deutschen Außenministers gehandelt hat, bestimmte Fragen zu prüfen und zu erörtern.“

Nun hat Herr Stresemann im Auswärtigen Ausschuss erklärt, er stehe nach wie vor zu dem Memorandum, und das Kabinett sei sich vollständig einig. Herr Graf Westarp bemüht sich also, der Regierung, in der seine Partei als stärkste Regierungspartei vertreten ist, die von ihr anerkannte Grundlage ihrer Politik unter den Füßen hinwegzujudisieren.

Das steht nicht nach Einigkeit aus, noch viel weniger aber nach Klarheit darüber, ob die hinter der Regierung stehenden Parteien restlos ihre Außenpolitik billigen.

## Reform der Umsatzsteuer.

Erabsetzung auf 1/4 Proz. ab 1. Oktober 1925.

Der Steuerauspruch des Reichstags erledigte in seiner Donnerstagssitzung die zur Umsatzsteuer gestellten Anträge. Ein demokratischer Antrag, die Handelsvertreter von der Umsatzsteuer zu befreien, wurde nach Widerspruch des Staatssekretärs Popitz gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Ebenso wird abgelehnt der demokratische Antrag auf Steuerfreiheit für alle Leistungen aus freier Berufstätigkeit. Auf Antrag der Sozialdemokraten wird beschlossen, daß Privatgelehrte, Adakten und Schriftsteller, sofern die steuerpflichtigen Umsätze im Kalenderjahr den Betrag von 1500 Reichsmark nicht übersteigen, von der Umsatzsteuer befreit sind. Diese Befreiung soll mit Wirkung vom 1. Januar 1925 in Kraft treten.

Eine eingehende Aussprache entspinnt sich über die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten auf Befreiung der Doppelbesteuerung der eingetragenen Genossenschaften. Abg. Beine (Soz.) weist u. a. darauf hin, daß die großen Industriefabriken die Umsatzsteuer ersparen können, während die Genossenschaften sie mehrfach entrichten müssen. Die Anträge werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Ebenso wenig Gnade findet der sozialdemokratische Antrag auf Befreiung der Lebensmittel von der Umsatzsteuer.

Er wird gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Zur Höhe der Umsatzsteuer liegen zwei Anträge vor, ein demokratischer, die Umsatzsteuer ab 1. Oktober auf 1 Proz. festzusetzen, ein Antrag der Regierungsparteien, sie auf 1,25 Proz. festzusetzen. Der Antrag der Regierungsparteien wird angenommen.

Der demokratische Antrag auf Aufhebung der Luxussteuer wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt und ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die Regierung ermächtigt, mit Zustimmung eines Reichstagsausschusses die Luxussteuer abzuändern und den Steuerfuß zu ermäßigen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei verlangt, daß Länder und Gemeinden keine Beherbergungssteuern mehr erheben dürfen. Abg. Dr. Herx (Soz.) wendet sich gegen diesen Antrag, da er die Gemeinden in ihrer Selbständigkeit beeinträchtigt. Auch ohne diesen Zwang seien die Beherbergungssteuern fast überall abgebaut oder eingeschränkt worden. Die Aufhebung der Beherbergungssteuer habe überdies nicht überall eine Senkung, sondern teilweise sogar eine Steigerung der Zimmerpreise zur Folge gehabt. Der Vertreter des preussischen Innenministeriums schließt sich diesen Ausführungen an, bestritt ferner dem Reiche das Recht zur Aufhebung dieser Steuer, da sie auf die Landesgesetzgebung (§ 13 des Kommunalabgabengesetzes) zurückgehe. Trotzdem wird der Antrag angenommen.

# Ein Opfer der Justiz!

## Die Plädoyers der Parteien im Höfle-Ausschuss. — Schwere Anklagen der Abgeordneten Heilmann und Niesel.

Die Plädoyers der Parteienvertreter im Höfle-Ausschuss wurden gestern mit einer nahezu dreistündigen Anklage-rede des sozialdemokratischen Redners, Genossen Heilmann, eröffnet, die von Anfang bis zu Ende alle Zuhörer in ihren Bann zwang. Er begann seine Ausführungen mit dem aufrichtigen Dank der sozialdemokratischen Mitglieder an den deutschen nationalen Vorsitzenden des Ausschusses Abgeordneten Dr. Seelmann für dessen musterwürdige objektive Leitung der langwierigen Verhandlungen. Die Arbeiten des Ausschusses seien insofern erschwert worden, als man nachweisbar bei zahlreichen Zeugenvernehmungen auf Unrichtigkeiten gestoßen sei, deren Aufklärung oft mühevoll gewesen sei. Sodann führte der Redner etwa aus:

„Die Umstände, unter denen die Verhaftung Höfles erfolgte, sprechen nicht zugunsten Höfles, der ein ganz offenes Spiel von vornherein gespielt hatte, sondern zu Ungunsten der Staatsanwaltschaft, die teils fälschlich, teils illegal gehandelt hat. Denn Höfle wurde nach Raabitz zur Verhaftung gelockt, obwohl seine Verteidiger sich wiederholt angeboten hatten, ihn freiwillig zur Stelle zu bringen. War aber die Verhaftung überhaupt notwendig? Diese Frage ist nach allen Richtungen hin zu verneinen: bei einem Manne, der freiwillig auf die Immunität verzichtet hatte, lag

### das Gegenteil von Fluchtverdacht

vor. Ueberhaupt wäre eine Flucht, das Sinnloseste, was Höfle hätte tun können.

### Ebenso lag das direkte Gegenteil von Verdunkelungsverdacht

vor. Staatsanwälte und Untersuchungsrichter waren nicht in der Lage, vor dem Ausschuss diesen doppelten Verdacht zu begründen, ja sie konnten ihn nicht einmal, wie es gesetzliche Vorschrift ist, attestierend machen, womit sie einen Verstoß gegen den Kolonial-schen Erlass vom 18. November 1918 begangen haben. Und wie war es mit dem „dringenden Tatverdacht“? Der Höfle-Ausschuss hat bewußt die strafrechtliche Seite des Falles Höfle beiseite gelassen, und doch müßte sie wiederholt gestreift werden. Der Haftbefehl lautete auf Untreue und passive Bestechung. Nach dem Straf-gesetzbuch setzt Untreue absichtliche Schädigung voraus. Erst am gestrigen Tage hat der Senat des Reichspost-, Rechts-anwalt Kohlen, vor dem Barmat-Ausschuss erklärt,

daß die Reichspost bis jetzt noch nicht in der Lage sei, fest-zustellen, ob und inwieweit eine Schädigung des Fiskus durch die Höfle-Kredite an den Barmat-Konzern eingetreten sei.

Und da sollte Höfle schon im Oktober 1924 bei der Gewährung der Kredite das Reich bewußt geschädigt haben? Auf ebenso schwachen Füßen beruht der andere „dringende Tatverdacht“ der passiven Bestechung. Denn, als Höfle die Kredite an den Barmat-Konzern gewährte, zahlte er zugleich seine sämtlichen früheren Schulden an Barmat zurück. Eine Bestechung, bei der man Geld nicht einnimmt, sondern zurückzahlt, ist noch nie dagewesen. Sollte die Verhaftung am Ende nichts anderes gewesen sein, als eine Hinführung, die die Staatsanwälte benötigten, als der erste Grund ihres Vorgehens gegen den Barmat-Konzern, nämlich die Annahme des an der Staatsbank begangenen Kreditbetruges zusammenbrach?

### Nach der Verhaftung setzte gegen Höfle

#### die Zermürbungstaktik

ein. Bezeichnend war die Ablehnung einer Sprech-erlaubnis für zwei Abgeordnete der Zentrumsfraktion: obwohl der Untersuchungsrichter Rothmann wußte, wie schwer Höfle seelisch unter der Annahme litt, daß ihn seine Partei im Stich lasse, wollte er den beiden Abgeordneten, die ihn vom Gegenteil über-zeugen wollten, die Sprecherelaubnis nur gewähren, wenn Höfle auf einen der alle 10 Tage seiner Frau zustehenden Besuche freiwillig verzichtete! Es kamen

### Arreste über Arreste, Pfändungen über Pfändungen.

Es setzte ein färmlicher Wettlauf zwischen Reichs-post und Justizverwaltung um die geringen Vermögens-werte Höfles ein. Dabei blieb die Reichspost, wie bei dem jüngsten Stafettenlauf in Berlin, der Sieger. (Heiterkeit.) Denn sie hatte den Vorprung des aufgezwungenen Offenbarungseides. Auch die Steuerbehörde gestellte sich als Dritter im Bunde, weil sie bedauerte, daß bei einem Bestechenen verschwiegene Einnahmen vorhanden sein müßten! Diese Arreste gegen Untersuchungs-gelungene sind eine außergerichtlich erzwungene, die neuerdings nur in der Barmat-Affäre ergriffen wurde. Sie wurde mit der rein willkür-lichen Annahme einer fünfjährigen Gefängnisstrafe begründet, was dazu beitrug, Höfles seelische Depression erheblich zu steigern. Am unerhörtesten ist jedoch das Verhalten des Staatsanwaltschaftsrats Belzer in jenem

### Meinetsverfahren

gewesen, das er zunächst als Zeuge vor dem Ausschuss bewußt ver-schwiegen hatte und dessen Ausbedung man nur einem Zufall ver-dankt. Es handelte sich in Wirklichkeit um einen Geldbetrag von etwa 60 M., den Höfle vergessen hatte, aber Herr Belzer konfirutierte willkürlich eine Beteiligung in Höhe von 2000 M. an dem Betrag

Sudau. Der Fall hätte sich mit Leichtigkeit durch eine bloße Rück-sprache Belzers mit Höfle aufklären lassen können, aber Herr Belzer, wie er selbst zugegeben hat, wollte diese Rücksprache nicht, sondern er wollte das Meinetsverfahren.

Sodann setzte ein wahrer Tanz um die Haftfähigkeit, und um den Geheimtatsch vom 23. August 1924

zwischen Untersuchungsrichter und Verzeihen ein. Alle Stimmen über-ein, daß ohne den Erlass Höfle bereits am 15. März als haftunfähig hätte erklärt werden müssen. Aber wegen des Erlasses scheute jeder die Verantwortung und schob sie dem anderen zu.

Genosse Heilmann wandte sich auf das schärfste gegen die nach-weisbaren zahllosen Unwahrheiten der Theleischen Aussagen. Er beleuchtete kurz die Zustände im Lazarett und erklärte, das Weitere auf diesem Gebiete seinem medizinischen Kollegen Dr. Weyl überlassen zu wollen. Indessen wandte er sich auf das schärfste gegen die Selbstmordtheorie,

die durch nichts bewiesen sei. Genosse Heilmann schloß mit einem scharfen Vorstoß gegen die Staatsanwälte: Sie sind die eigentlichen Treiber gewesen, die das Bild dem Tode in die Arme getrieben haben. Die republikanische Reichsverfassung von Weimar hat die Freiheit und die Gesundheit des Menschen zu den heiligsten Rechtsgütern aller Deutschen erhoben. Der Geist von Weimar hat aber nichts gemein mit der

### Methode der Tortur und der Inquisition.

wie sie gegen Dr. Höfle von Anfang bis zum Ende von den Staats-anwälten angewandt wurde. Mit solchen Staatsanwälten hat der republikanische Staat nichts zu tun!

Nach diesem fast dreistündigen Plädoyer, das durch Aufbau und Form den tiefsten Eindruck hinterließ, wurde in eine Mittags-pause eingetreten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung hielt der deutsch-nationale Arzt Abg. Quast-Faslem eine Rede, in der er sich fast ausschließlich mit den medizinischen Fragen befaßte. Auch er verurteilte die Zustände im Lazarett, gab auch in vielen Punkten den Arzt Dr. Thele preis, verurteilte aber trotzdem mildernde Um-stände für ihn geltend zu machen. Vor allem gipfelten seine Aus-führungen in dem Verurteil, gestützt auf das Gutachten Joachimoglus und die Aussagen Lindes, die Selbstmordtheorie aufrecht-zuerhalten, wobei er die freie Willensbestimmung allerdings ausschloß.

Nach ihm ergriff als Vertreter der Demokraten der Abgeordnete Riebel das Wort, der in außerordentlich lebhafter und eindrucksvoller Weise die Justizzustände geißelte, die das Verfahren gegen Höfle offenbart habe. Er schloß sich im wesentlichen den Aus-führungen des Genossen Heilmann an, ging aber zum Teil noch weiter, als er in der Anprangerung der staatsanwaltschaftlichen Methoden, Höfle sei ein Opfer der von der deutsch-nationalen Presse zu Beginn dieses Jahres

### geächteten Barmat-Hypothek

gewesen, der gewisse Behörden unterlegen wären, wenn sie sie nicht sogar gefördert hätten. Mit Bauer und Höfle wollte die deutsch-nationale Presse zwei Minister der Republik und damit das ganze Regime im Hinblick auf die Präsidentenwahl diskreditieren. Zu diesem Zweck hätte man auch versucht, den früheren Reichspräsidenten Ebert in die Barmat-Affäre hineinzuschieben, Charakteristisch sei der Ausspruch Höfles unmittelbar vor Ostern, der dem Redner aus sicherer Quelle mitgeteilt wurde:

„Vielleicht komme ich jetzt noch nicht raus, sondern erst nach dem 26. April, denn dann wird wohl meine Haft ihren eigen-tlichen Zweck erfüllt haben.“

Riebel wendete sich sodann besonders scharf gegen die Selbst-mordversion, die nicht erst von den Obeduzenten lanciert wurde, sondern bereits am Morgen nach dem Tode Höfles, am 21. April in allen deutsch-nationalen Blättern zu lesen war, die damit für die letzten Tage vor der Präsidentenwahl politische Geschäfte in ganz Deutschland machten, indem sie den angeblichen Selbstmord Höfles als ein Schuldkenntnis hinstellten.

Als nächster Redner erörterte Genosse Dr. Weyl eingehend die medizinischen Gesichtspunkte, unterzog nochmals den Geheim-erlass einer vernichtenden Kritik und geißelte das völlige Ver-sagen des Dr. Thele. Die Reinwaschungsvorwürfe des Abg. Quast-Faslem seien auschließlich, dazu reiche die Seite der ganzen Welt nicht aus.

Als letzter Redner schloß sich der volksparteiliche Arzt Dr. Böhm, wenn auch mit wesentlichen Vorbehalten, seinem deutsch-nationalen Kollegen Quast-Faslem an. Auch er kritisierte sehr scharf das Ver-sagen Dr. Theles. Er nahm mit einigen Einschränkungen den Ge-heimerlass in Schutz, der der Gewissensfreiheit der Ärzte genügend Spielraum lasse. Er kritisierte das Gutachten Lewins, das zwar eine oratorische Glanzleistung gewesen sei, dessen Schlussfol-gerungen aber deklariert seien. Daß das Gutachten Joachimoglus nüchtern sei, sei kein Tadel. Eine Selbstver-giftung habe zweifellos vorgelegen, ob Selbstmord könne man weder behaupten noch verneinen, aber es sei wohl anzunehmen, daß freie Willensbestimmung dabei nicht vorlag.

Daraufhin wurde die Weiterberatung auf heute 10 Uhr vertagt.

## Das totgesagte Genfer Protokoll.

### Erneute Bekräftigung durch den Warschauer Kongress.

Warschau, 9. Juli. (W.Z.) Die Warschauer Tagung des Welt-verbundes der Völkerbundlichen hat gestern ihre Beratungen beendet. Die Vermittlungs-sitzung der Völkerverammlung wurde ausgefüllt mit den Beratungen über den politischen Ausschuss angenommenen Antrag zum Genfer Protokoll. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Völkerverammlung des Weltverbundes der Völkerbundlichen ist der Meinung, daß das Genfer Protokoll, das jedem Staate zur Unterzeichnung offen steht, das befriedigendste, von der Völkerverversammlung angenommene System darstellt, um vollkommen die Ziele des Völkerbunds-pattes und insbesondere einer allgemeinen Vermind-erung der Rüstungen zu verwirklichen. Sie spricht den Wunsch aus, daß die Völkerverammlung des Völkerbundes sich bei unders-damit beschäftige, dieses Gefüge von Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung anzuwenden.“

Die Völkerverammlung erklärt, daß sie mit lebhaftem Anteil und Hoffnung die laufenden Verhandlungen über ein Abkommen dieser Art verfolgt, als den ersten Schritt zur Verwirklichung der Grund-sätze des Protokolls und als ein Vorzeichen für den künftigen Ein-tritt Deutschlands in den Völkerbund. Dieser Antrag soll der 6. Völk-verammlung des Völkerbundes vorzulegen werden.“

In der Aussprache erklärte der Führer der deutschen Delegation, Abg. Graf Bernstorff, die deutsche Abordnung sei für die Annahme des Antrages, da er sich für die Entlohnung ausspreche. Deutsch-land sei entlohnend und begrüße eine derartige Regelung, die das Ri-kverhältnis beseitigt, doch neben dem entlohnenden Deutsch-land unverhältnismäßig gerüstete Staaten bestehen. Hierin sei auch die Ursache zu suchen, daß Art. 16 des Völkerbundstatuts vom deutschen Standpunkte aus schwer anzunehmen ist. In Deutsch-land beständen zwei Auslöser über die Möglichkeit, diese Schwierig-keit zu beseitigen. Die eine sei, daß eine entsprechende für Deutsch-land annehmbare Interpretation des Art. 16 noch vor dem Eintritte Deutschlands in den Völkerbund durchgeführt werde, er selber neige

aber der zweiten Auffassung zu, die glaube, daß eine solche Inter-pretation am besten erfolgen könne, wenn Deutschland schon Mitglied des Völkerbundes sei.

In der Nachmittags-sitzung wurde eine Reihe von weniger wich-tigen Anträgen beraten und angenommen. Die Frage der Ausarbei-tung eines wirksamen Klagerichtes der Völkerverhältnisse wurde auf die nächste Tagung, die voraussichtlich im Oktober d. J. in Lausanne stattfindet, vertagt. Dann wurde die 9. Tagung des Weltverbundes der Völkerbundlichen geschlossen.

## Die Marokko-Kredite.

### Beratung in der französischen Kammer.

Paris, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Kammer hat am Nachmittag mit der Beratung der von der Regierung angeforderten und von der Finanzkommission ge-geigten neuen Kreditvorlage für Marokko in Höhe von 183 Millionen begonnen. Dieser Betrag enthält lediglich die durch die militärischen Operationen über die im ordentlichen Haushalt bereits ausgeworfenen Kredite hinaus erforderlichen Mittel für die Dauer von vier Monaten, d. h. vom 1. Mai bis 31. August.

Die sozialistische Fraktion hat am Mittwoch und Donnerstag über die Haltung beraten, die sie gegenüber den von der Regierung verlangten neuen Krediten für Marokko einnehmen soll. Einzelne Abgeordnete des rechten Flügels, darunter Paul Bon-cour, Barennes und Marques, traten für die Bewilligung der Kre-dite ein, die von der großen Mehrheit der Fraktion aus-entschieden bekämpft wurden. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß sich die Partei entsprechend einem Antrage Leon Blums wiederum her-Stimme enthalten wird.

Er-mordung eines britischen Diplomaten. Nach einer Retter-Weilung aus Konstantinopel wurde der erste Sekretär der britischen Botschaft Forbes Dam erschossen aufgefunden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Was sagt die Reichsregierung?

### Wo bleibt die Ratifizierung des Achtstundentags?

Die Reichsregierung hat sich bisher noch nicht bewogen gefühlt, im Anschluß an die bedeutungsvolle Erklärung des belgischen Außenministers zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens der Öffentlichkeit und vor allem der Arbeiterschaft mitzuteilen, was von deutscher Seite zur Sicherstellung der Ratifizierung des internationalen Achtstundentagsabkommens geschehen soll. Inzwischen ist zu dem Vorstoß des belgischen Außenministers ein ebenfalls bedeutender Schritt des französischen Arbeitsministers hinzugekommen, nach dem Frankreich nur die eine Bedingung stellt, daß Deutschland auch ratifiziere.

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß die freien Gewerkschaften mit Ungebuld auf ein Echo der Reichsregierung warten. In Genuß hat die Regierung noch kürzlich erklären lassen, daß sie mit Eifer und Fleiß einen Gesandten zur Ratifizierung vorbereitet. Bis jetzt hat die Öffentlichkeit kein sichtbares Zeichen dieses Eifers beobachten können.

Wenn der Reichsregierung an der Ratifizierung wirklich etwas liegen würde, dann müßte sie sich gerade jetzt beilen, ihren Willen zur Ratifizierung klar und eindeutig bekanntzugeben, damit Frankreich und auch die übrigen Hauptindustrielländer wissen, woran sie sind. Aber die Regierung hat offenbar keine Eile.

### Wozu die KPD. die Arbeiter mißbraucht.

#### Eine reinliche Scheidung tut not.

Die eigentliche Gewerkschaftsarbeit der KPD. läuft nicht darauf hinaus, an der praktischen Verwirklichung der Ziele der Organisation mitzuarbeiten, sondern Sturm zu laufen gegen die von den Mitgliedern gewählten Vertrauenspersonen, die deren Interessen gegenüber den Unternehmern zu vertreten haben. Natürlich nur soweit diese Vertreter sich weigern, den Befehlen von Moskau nachzukommen.

Daß durch eine solche systematische Zerstörungsarbeit die Organisationen geschwächt und die Interessen der Mitglieder vernachlässigt werden, ist die geringste Sorge der KPD. Sie hat andere Sorgen im Kopf, wie z. B. ein Fragebogen an alle Zellenobleute vom 23. Juni d. J. dartut. Man wird in den sehr zahlreichen Fragen vergebens auch nur eine einzige finden, die sich auf die eigentliche Gewerkschaftsarbeit bezieht. Was die KPD. interessiert, ist nichts als der übliche Klamauk gegen den ADGB, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften überhaupt. Unter den Fragen fallen besonders aber noch folgende auf:

- 1. Wird sich euer Betrieb geschlossen am 2. August am „Marsch nach Potsdam“ beteiligen?
- 2. Ist euer Betrieb direkt oder indirekt auf die Herstellung von Kriegsmaterial eingestellt?
- (Angabe in welcher Art? z. B. chemische Industrie, Glastechnik, Gasmasken; Munitionsindustrie; Flugzeugbau; Transport.)

Das ist die „Gewerkschaftsaktion“, die man von den Betriebszellen verlangt. Um solche Dinge durchzuführen, deren Zweck sehr dunkel aber nur zu klar ist, werden die Metallarbeiter gegen ihre Organisation und gegen ihre Organisationsinstanzen jetzt mobil gemacht. Mit solchen Dingen haben sich die Leute zu befassen, die die KPD. als Liste B den Metallarbeitern präsentiert.

Wie in der Zellenoblenkoneferenz der KPD. am 23. Juni im Reichstasino, Neue Königstraße, ausgeführt wurde, soll am 2. August ein großer Marsch nach Potsdam stattfinden. Hierzu will man „ungeheure Menschenmassen auf die Beine bringen“. Die Zellen sollen jetzt schon „die erforderliche Massenstimmung erzeugen“. Die Vorbereitungen dazu sehen die Hauptaufgaben der Zellen für die nächsten Wochen. Es hieß die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes befehlen, wollte man angeht dieser Tatsache annehmen, daß sie am Sonntag nicht geschlossen wie ein Mann für die Liste A der aufbauenden Gewerkschaftsarbeit eintreten.

### Die Aussperrung der badischen Bauarbeiter.

#### Ein Mißerfolg der Unternehmer.

Karlsruhe, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussperrung bedeutet einen offenen Mißerfolg für die Unternehmer. Schon bei der Abstimmung im Arbeitgeberverband für Mittel- und Oberbaden über die Aussperrung war es bedeutsam, daß im Tiefbauernbezirk 126 Stimmen gegen die Aussperrung und nur 6 dafür waren. Es haben denn auch gerade die größten Tiefbauern nicht ausgesperrt: weder die Firma Siemens-Bauunion an der Schwarzenbachspalte, nach Döckerhoff u. Widmann in Böhrnbach, ebensowenig eine Reihe anderer Firmen, die für das Badenwert Arbeiten ausführen. Ausgesperrt haben die Orte Bruchsal, Baden-Baden, Neffergemünd und Radolfzell. Einen glatten Tarifbruch beging der Bundesverband der Gipfer- und Stuckateurmeister in Baden und der Pfalz und der Verband badisch-pfälzischer Zimmermeister, indem sie sich der Aussperrung am 1. Juli anschloßen. Gegenwärtig verhandeln diese Verbände jedoch mit den Gewerkschaften. In den Streik traten insgesamt 6624 Bauarbeiter ein, in der dritten Woche waren es noch 3800, dazu eine Hundert, die von der Aussperrung betroffen werden. Zu neuen Bedingungen arbeiten 1560 Bauarbeiter. Unter diesen Umständen sehen die Arbeiter dem Ausgang des Kampfes mit großer Zuversicht entgegen.

### Reichswehrsoldaten als Lohndrücker?

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben: Am 24. Juni fanden vor dem Schlichter beim württembergischen Arbeitsministerium Verhandlungen der Arbeiterverbände und des landwirtschaftlichen Hauptverbandes (Unternehmer) wegen Verbindlichkeitsklärung eines gefällten Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Stuttgart in der Gesamtlohnstreitigkeit in der württembergischen Landwirtschaft statt. Obwohl der Deutsche Landarbeiterverband die ablehnende Haltung des landwirtschaftlichen Hauptverbandes kritisierte und in Gemeinschaft mit dem Schlichter darauf aufmerksam machte, daß die Ablehnung des Schiedsspruches eine noch weitere Abwanderung der Arbeitskräfte vom Lande zeitigen werde, war der landwirtschaftliche Hauptverband nicht zur freiwilligen Annahme des Schiedsspruches zu bewegen. Der anwesende Syndikus des Verbandes erklärte ganz grobhart, daß auch bei einem weiteren Abgang von Arbeitern die Getreideernte

unter Dach gebracht werden würde. Die Landwirte würden dann eben Reichswehrsoldaten dazu beziehen, denen sie pro Tag 3 bis 4 M. Entschädigung zahlen.

Wir wissen natürlich nicht, ob und wie weit dieser Syndikus gesunken hat. Wir halten es jedenfalls für unsere Pflicht, das Reichswehrministerium auf die Ankündigung des Unternehmervertreters aufmerksam zu machen, um so mehr, als man gegenwärtig in Württemberg auf allerlei gefaßt sein muß. Immerhin: Reichswehrsoldaten als Lohndrücker — da hat wohl auch das Reichswehrministerium noch mitzureden.

### Die Reichsregierung gegen die Angestellten.

#### Ein Monopol für Militäranwärter.

Im Laufe der letzten anderthalb Jahre sind Zehntausende von Angestellten entlassen worden. In Industrie und Handel, speziell aber dem Einzelhandel, ferner in den Versicherungsunternehmungen, Banken und nicht zuletzt bei den Behörden sind die Angestellten in Massen abgebaut worden, ohne daß es gelang, sie wieder in anderen Stellen unterzubringen. Eine große Anzahl ist heute noch arbeitslos. Besonders traurig ist das Los der älteren Angestellten. Die Angestellten sind in

### Jedes Mitglied des DMV.

das sich der Fudiel der KPD. nicht beugen, die Politik seiner Organisation selbst bestimmen will.

### wählt am Sonntag die Liste A.

erster Linie die Leidtragenden in der Wirtschaftskrise gewesen.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag einen Gesandtenwurf vorgelegt, nach dem die Militäranwärter oder, wie man sie jetzt nennt, Versorgungsanwärter, nicht nur Anspruch auf die ihnen im Wehrmachtsverordnungsgefez zuerkannten Beamtenstellungen beim Reich, den Ländern und den Gemeinden haben, sondern es soll jetzt auch jede Angestelltenstelle bei Reichs-, Länder- und Gemeindeverwaltungen sowie bei den öffentlichen Körperschaften durch Militäranwärter besetzt werden. Aber nicht nur darauf erstreckt sich die Forderung der Regierung; auch bei den Betrieben der vorgenannten Verwaltungen, auch den in Gesellschaftsform übergegangenen, sollen alle Angestelltenstellen mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Das führt nicht zu der vom Städtetag angestrebten kaufmännischen Verwaltung in den Betrieben.

Wie uns vom Zentralverband der Angestellten geschrieben wird, hat er hiergegen Einspruch erhoben. Gegen die Konkurrenz der Versorgungsanwärter mit den Angestellten ist natürlich nichts einzuwenden; aber ein Monopol der Versorgungsanwärter auf alle offenen Stellen bedeutet eine Herausforderung der gesamten Angestelltenchaft und muß zur Verdüsterung und Verumpfung der öffentlichen Verwaltungen führen. Die Reichsregierung beabsichtigt nichts mehr und nichts weniger, als eine große Gruppe der deutschen Bevölkerung, die Angestellten, von der Beschäftigung bei Behörden und öffentlichen Körperschaften auszuschließen. Dagegen muß entschieden Front gemacht werden, im Interesse der Angestellten sowohl als auch der Öffentlichkeit.

### Der Lohnkonflikt in den Gas- und Wasserwerken.

#### Die Belegschaften appellieren an die Öffentlichkeit.

Gestern Abend fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Berliner Gas- und Wasserwerksarbeiter statt, in welcher Gehner über die Lohnverhandlungen berichtete. Er führte aus, daß in den Werken heute Löhne gezahlt werden, die sich zwischen 28 und 36 M. pro Woche bewegen, wobei noch alle Abzüge in Anrechnung zu bringen sind. Weil die Lebenshaltungskosten nach dem Index um etwa 25 Proz. gestiegen seien, habe die Organisation Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf. stellen müssen. Die Direktionen ließen sich nicht zu der geringsten Lohnerhöhung herbei, obwohl in der Privatindustrie seit langem weit höhere Löhne gezahlt werden. Der bekannte Schiedspruch mußte, da er eine Verminderung des jetzigen Lohnes vorsah, von der Organisation abgelehnt werden. Wohl sei seit der Bildung der Aktiengesellschaften Geld für eine große Zahl hoher Beamtenegehälter, für Lantienen und für Neubauten vorhanden gewesen, nicht aber für eine geringe Erhöhung der Arbeiterlöhne. Das müsse bei den Arbeitern eine berechtigige Empörung hervorgerufen. Jetzt müßten sich alle einmütig um die Organisation scharen.

Noch kurzer, lebhafter Aussprache, in der auch die Geschäftsführung der Werke kritisiert wurde, fand die nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 9. Juli in Bölers Festhallen versammelten Gas- und Wasserwerksarbeiter sehen in dem gefällten Schiedsspruch, der jede Lohnerhöhung ablehnt, sowie in dem Antrag der Direktion auf Verbindlichkeitsklärung eine Verhöhnung ihrer berechtigigen Interessen. Die Versammelten sind sich ihrer schweren Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit voll bewusst und haben auch wiederholt bewiesen, daß sie ihre Wachposten im Wirtschaftsleben niemals ausnuhen, um Sonderprivilegien für sich durchzusetzen. Sie können aber auch nicht weiter zusehen, daß sie bei körperlich überaus schwerer Arbeit dauernd unter dem Lohnniveau der Groß-Berliner Arbeiterchaft stehen. Deshalb wendet sich die Vollversammlung in letzter Stunde an die Bevölkerung Groß-Berlins mit der dringenden Aufforderung, alles zu tun, um den um ihre Existenz ringenden Gas- und Wasserwerksarbeitern beizustehen. Die Versammelten beauftragen die Organisation, Branchenseitig und Tarifkommission, alle Verhandlungen, die zu einer Verständigung führen können, wahrzunehmen. Sollte eine annehmbare Verständigung nicht möglich sein, so sollen alle gewerkschaftlichen Mittel zur Vertretung der Forderungen in Anwendung gebracht werden.“

Heute nachmittags 2 Uhr finden Verhandlungen über die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches statt.

Bei J. Salomon, Ledersabrik, Treptow, befindet sich die Arbeiterschaft im Streik. Zutritt ist ferngehalten.

### Verbandstag der Maler.

Dresden, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag wurde die 19. Generalversammlung des Verbandes der Maler an der Stelle eröffnet, wo der Verband vor 40 Jahren gegründet worden ist. Zu der Tagung sind 60 Delegierte und 17 stimmberechtigte Bezirksleiter und Verbandsvertreter erschienen. Von den Gästen sind zu erwähnen: Jausner, der die Grüße der amerikanischen Kollegenchaft überbrachte und Larsen-Kopenhagen, der im Auftrag der übrigen Vertreter des Auslandes deren Glückwünsche aussprach. Vom ADGB ist Genosse Schulze-Berlin anwesend. Als Vorsitzende wurden Streine-Hamburg und Jechmann-Dresden gewählt. Den Bericht des Vorstandes gaben Streine und Heirich. Aus ihm geht hervor, daß der Verband sich wieder in aufsteigender Linie befindet. Nach der im Dezember erfolgten Wiedereinführung der Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung soll demnächst auch die Krankenunterstützung in Wirksamkeit treten. Die Mitgliederzahl hat sich seit Dezember vorigen Jahres um 6000 auf 44 000 erhöht. Das Verbandsvermögen beträgt 65 000 M. Es folgten dann die Berichte über das Verbandsorgan, der Pressekommission, des Verbandsauschusses und der Randatsprüfungskommission.

In der Aussprache wurde im allgemeinen die Politik des Vorstandes gebilligt. Nur die „Opposition“ gab sich redliche Mühe, im Sinne der Rostauer Beschlüsse den Verbandstag zu beeinflussen. Genosse Schulze vom ADGB und auch die übrigen Diskussionsredner wandten sich sehr lebhaft gegen die Kommunisten, deren Arbeit weder mit Sozialismus noch mit Klassenkampf irgend etwas zu tun habe. Wie in den einzelnen Verwaltungsstellen, so sind auch auf dem Verbandstage die kommunistischen Stimmen sehr erheblich in die Minorität gedrängt worden. So konnte schon am 2. Verhandlungstage die Niederlage der Kommunisten vorausgesehen werden.

Am Mittwoch wurde die Debatte über den Geschäftsbericht mit der Annahme mehrerer Anträge beendet, in denen die Maßnahmen des Vorstandes zur Erhaltung der Schlagkraft der Organisation und die von ihm nach zentralen Grundfragen betriebene Tarif- und Lohnpolitik gebilligt wurden. Es wird gefordert, daß der Erhaltung der 48-Stunden-Woche, dem Ausbau der Bestimmungen über die Ferienfrage und dem Vehringschutz und der ausschließlichen Benutzung der Arbeitsnachweise bei der Vermittlung von Arbeitskräften erhöhte Beachtung geschenkt wird. Vom ADGB sind die Einleitung und Durchführung einer gemeinsamen Aktion aller Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen gegen die rückwärtsgehenden Zoll- und Steuerpläne der Reichsregierung gefordert. Auf die politischen Parteien soll ein Druck dahin ausgeübt werden, daß alle geeigneten Mittel angewendet werden, um zu verhindern, daß die wichtigsten volkswirtschaftlichen und sozialen Interessen dem Eignen agrarischer und schwerindustrieller Großkapitalisten geopfert werden.

### EPD-Metallarbeiter!

Aus jedem Betrieb müssen heute in der Zeit von 4-8 Uhr nachm. im Lokal von Zischling, Ackerstr. 1, Kollegen erscheinen, um sehr wichtiges Material für die Wahl abzuholen. Verbands- und Parteiausweis legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

### Achtung, Alfordsteträger der Freien Vereinigung!

Heute, Freitag, ist auf allen Baustellen im Geltungsbereich Groß-Berlins die Arbeit rest- und bedingungslos einzustellen. Zu gleicher Zeit findet abends 7 Uhr eine Vollversammlung bei Schulz, Eliabethstr. 30, statt, wo die näheren Richtlinien bekanntgegeben werden. Der Vorstand.

### Hafenarbeiterfreik in Königsberg.

Königsberg, 9. Juli. (ZTB.) Wie durch den Arbeitgeberverband mitgeteilt wird, haben die Hafenarbeiter nach Ablehnung ihrer Forderung auf Erhöhung des derzeitigen Tageslohnes von 6,50 M. um 50 Proz. (?) am Mittwoch Abend die Arbeit niedergelagt.

Die Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe von Berlin haben in der Generalversammlung am 8. Juli im Gewerkschaftshaus als Delegierte zum Verbandstag in Köln sieben Mitglieder der EPD und drei der KPD gewählt und zwar: Franz Hebig, Max Stragen, Emil Henke, Walter Gehdel, Wilhelm Lanba, Wilhelm Liegener, Fritz Raujols, Kurt Paul, Gustav Ufrow, Paul Boh.

Deutscher Bauarbeiterverband, Fachgruppe Stuck- und Gipser. Sonntag, nächst 10 Uhr vormittags, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 91, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Der Reichsarbeitsrat im Bauhandwerk und das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium. Referent: Kollege Oberthal, Damburg, Diebstollen, Gewerkschaftliches. Die Kollegen haben vollständig zu erscheinen. Ohne Mitteilungsbescheid kein Zutritt. Den Kollegen zur Kenntnis, daß alle im Bauhandwerk beschäftigten Kollegen am Streik im Bauhandwerk beteiligt sind. Die Kollegen haben sich mit dem Bauhandwerk in den Reichsarbeitsrat zu stellen. Die Gruppenleitung. Gewerkschaftsausschuss des 15. Verwaltungsbezirks! Der Ausschuss Schölen veranlaßt am Sonntag ein Bahnen in der Nacht. Da sich der Verein bei allen Verhandlungen der Arbeiterschaft zur Verfügung stellt, werden die Gewerkschaftsbelegungen erbeten, davon teilzunehmen. Gewerkschaftsausschuss des 15. Verwaltungsbezirks.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Artus Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Striner; Familien: Dr. John Schimanski; Soziales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Bied; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 61, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

### Die echten holländischen

# POLAK PUDDING

Kaufst Pudding du zum Mittagmahl  
Auf Mändelchen fall' deine Wahl!

# ENVER BEY

# GOLD

# 5 18

# ENVER BEY

# TURK

# 6 18

# Eis im Sommer!

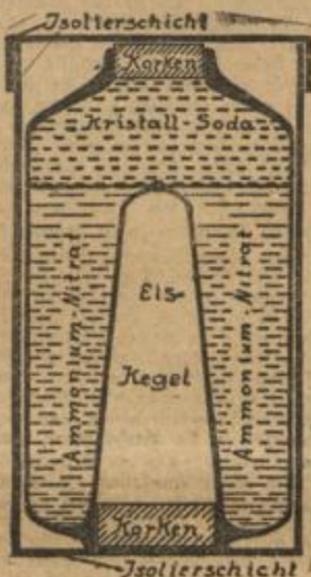


Die Sonne brennt. Der Asphalt glüht. Der Unglückliche, der die schattige Straße durchpflastert oder im vollbesetzten Stadtbahnabteil brüht, blüht neiderfüllt dem Manne nach, der mit einer blühtenden Eisstange auf der Schulter in einer Gastwirtschaft verschwindet. Er würde froh wieder in die Sonne zurückstrahlen, käme er in die Verlegenheit, an dem Entstehungsorte dieses Kristalles, bei minus 7 bis 8° zu arbeiten, oder dauernd Temperaturunterschieden von circa 35° ausgeht zu sein. Doch er genießt nur die angenehmen Wirkungen des Eisblockes auf die Temperatur der Getränke. Wie wäre auch heute ohne künstliches Eis der Betrieb in Fleischereien, Gastwirtschaften, der gesamten Lebensmittelbranche, Krankenhäusern, Brauereien denkbar. Der Eisverbrauch der Stadt Berlin ist sehr beträchtlich. Er erreicht 35 000 Zentner pro Tag. Gedeckt wird der Verbrauch ausschließlich durch die Kunsteisfabriken, die den Konsum in den letzten 10 Jahren an sich gerissen haben. Noch bis 1910 beherrschte das Naturreis den Berliner Markt. Die Spree und der Havelburger See bildeten das Arsenal dieser Eisgewinnung. Die zunehmende Verschmutzung des Spreewassers durch Abwässer (trotzdem mussten sogar die Flussbadeanstalten geschlossen werden) zwangen jedoch schließlich, gänzlich zur Kunsteisproduktion überzugehen.

## Die Geburt des Eises.

Wie die täglich gebrauchten Eismengen entstehen, lehrt uns ein Rundgang bei der größten Berliner Eisfabrik, den Norddeutschen Eiswerken, die Tagesmengen bis zu 6000 Zentnern herstellen. Folgt man der Führung und betritt als erstes das gewaltige Kesselhaus, so erlebt man die Ueberwältigung, daß das Eis seinen Ursprung in den Kohlen seine Geburt verdankt, die Kälte also aus Wärme gewonnen wird, wenn man die Dampfmaschine als Ausgangspunkt der Produktion ansieht. Der Vorgang der Eisgewinnung ist also ein physikalischer. Allgemein bekannt ist, daß bei Verdampfen eines Stoffes der Umgebung Wärme entzogen wird. Das Paradoxe der Gewinnung von Kälte aus Wärme wird bei dieser Uebertragung bereits verständlich. Um durch möglichst wenig Energieaufwand viel Kälte zu erzeugen, wählt man einen Stoff, der einen möglichst niedrigen Siedepunkt hat, zum Beispiel Kohlenäure, die bereits bei minus 72° verdampft, oder wie bei den oben erwähnten Eiswerken Ammoniak, dessen Siedepunkt auf minus 33° liegt. Einfach gesehen ist der physikalische Vorgang also folgender: Durch Verdampfen von

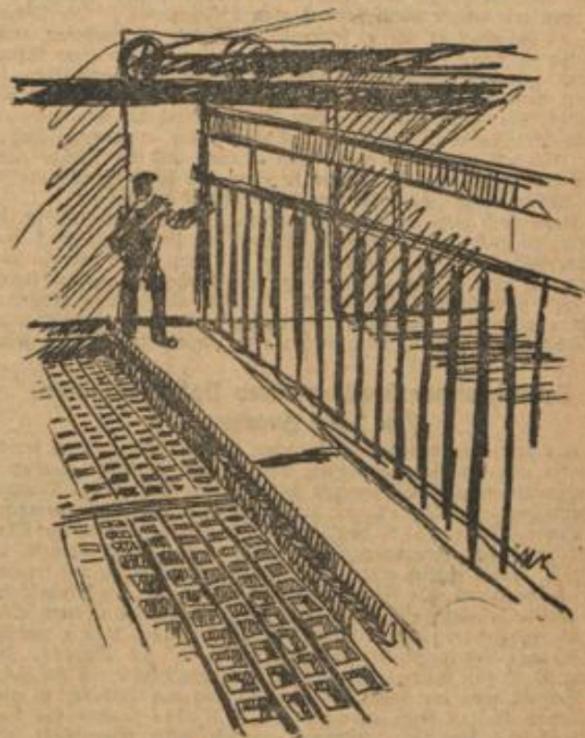
Ammoniak wird der Umgebung Wärme entzogen, und dadurch Wasser zum Gefrieren gebracht. In der Fabrikation spielt sich der Vorgang erheblich komplizierter ab. Das Ammoniak, das in Kompressoren zum Verdampfen gebracht wird, läuft durch Röhren, die schon äußerlich durch umhüllende Eisröhren gekennzeichnet sind und bringt Wasser, das durch Zusatz von Chlormagnesium zur Sole geworden und



Der Eisapparat für den Haushalt

dadurch vor Eisbildung geschützt ist, auf minus 7 bis 8°. In dieses Wasser werden die Eisformen mit Brunnen- oder destilliertem Wasser getaucht. Wir sehen auf der einen Zeichnung diese Eisformen in einem Rahmen, der 32 Formen vereinigt. Ist das in ihnen enthaltene Wasser zu der „Eisstange“ umgewandelt, so wird

der ganze Rahmen aus der Chlormagnesiumssole herausgezogen und in angewärmtes Wasser getaucht, damit die Eisstangen sich von den Metallformen lösen. Durch einfache maschinelle Vorrichtung wird der Rahmen gekippt, die Eisstangen rutschen einem Transportbande zu, das sie der Verladevorrichtung zuführt. Die Formen werden wieder gefüllt und der Vorgang wiederholt sich. Von diesen Rahmen liegen 75 hintereinander. Die Arbeit des Auskippens ist also fast eine ununterbrochene. Die Tagesleistung eines Generators ist 2400 Eisstangen gleich 1200 Zentner. Damit ist der maschinelle Vorgang noch nicht beendet. Das zu Dampf gewordene Ammoniak wird durch eine umfangreiche Bereinigungsanlage abgekühlt und wieder flüssig gemacht, was außer der Abkühlung durch hohen atmosphärischen Druck, der den Siedepunkt herabsetzt, erreicht



Die Eisformen in der Sohle

wird. Dieser Kreislauf ist ein derart vollkommener, daß höchstens kleine Undichtigkeiten in der Röhrenanlage ein Zufügen von neuem Ammoniak erforderlich machen. Einem ähnlichen Kreislauf ist der überflüssige Dampf der Maschine unterworfen, auch er wird in Betriebskondensatoren abgekühlt und wieder flüssig. Das hierdurch gewonnene destillierte Wasser wird zur Fabrikation von Eis für Krankenhäuser usw. verwendet.

## Die gewonnenen Eisstangen

gelangen entweder gleich zum Verkauf oder werden im Keller gelagert, so daß auch ein unvorhergesehener größerer Bedarf gedeckt werden kann. Diese Eissteller werden wie Kühlhäuser mit Luftströmen, die wiederum durch Ammoniakverdampfung eine Minustemperatur haben, gekühlt, so daß die lagernden Eisstangen nicht von ihrem Gewichte einbüßen. Eine Konkurrenz durch Natureisgewinnung haben die Berliner Eiswerke nicht mehr zu befürchten. Zwar hat eine Einfuhr von norwegischem Eis die heimische Produktion etwas beeinträchtigt, aber der überaus milde Winter dieses Jahres läßt diese Frage nicht mehr aktuell erscheinen. Die Arbeit in einer Eisfabrik stellt an den Arbeiter, namentlich wenn er im Eiseller arbeitend großen Temperaturunterschieden ausgesetzt ist, in gesundheitlicher Beziehung die denkbar größten Anforderungen. Erschwerend fällt bei diesem Berufe ins Gewicht, daß der größte Teil der Arbeiter im Winter frostlos ist, da die Kunsteisgewinnung in den kalten Monaten naturgemäß stark zurückgeht.

## Die Baumwollpflücker.

17) Roman von B. Travon. Copyright 1925 by B. Travon, Columbus, Tamaulipas, Mexico.

„Was tut denn der hier? Hat der hier auch Arbeit gefunden?“  
 „Aber nein! Er hat uns doch damals schon immer erzählt von seiner Speisewirtschaft, die er aufmachen wollte.“  
 „Und hat er eine aufgemacht?“  
 „Natürlich! Das können Sie sich doch denken. Was sich so ein Chino einmal vornimmt, das tut er auch. Er hat das Geschäft mit einem Landsmanne in Kompagnie.“  
 „Ja, lieber Antonio, wir haben halt nicht die geschäftliche Ader, die zu solchen Dingen notwendig ist. Ich glaube sicher, wenn ich ein solches Geschäft gründete, würden sofort alle Beute ohne Magen geboren, nur damit ich ja nicht etwa auf einen grünen Zweig komme.“  
 „Das kann schon möglich sein.“ lachte Antonio. „Geht mir gerade ebenso. Ich habe schon einen Zigarettenstand gehabt, schon einen Judermarentisch, habe schon Eiswasser herumgeschleppt und wer weiß, was nicht sonst noch alles versucht. Mir hat selten jemand etwas abgekauft. Ich habe immer elendiglich Pleite gemacht.“  
 „Ich glaube, die Ursache ist eben,“ erwiderte ich, „wir können die Beute nicht genügend anschwindeln. Und schwindeln muß man können, wenn man Geschäfte machen will. Aber gründlich.“  
 „Wir könnten eigentlich mal hingehen zu Sam. Der wird sich auch freuen, Sie zu sehen. Ich esse ab und zu ganz gern mal draußen irgendwo. Zur Abwechslung, sehen Sie. Jeden Tag denselben langweiligen Fraß, das wird einem auch über.“

14.

Wir machten uns also auf den Weg in das Gelbe Viertel, wo die Chinesen alle wohnten, wo sie ihre Geschäfte und ihre Restaurants haben. Nur wenige hatten ihre Läden in anderen Stadtvierteln. Sie hockten am liebsten immer zusammen.  
 Sam war wirklich hoch erfreut, mich zu sehen. Er drückte mir immer wieder die Hand, lachte und schwatze drauf los, lud uns zum Niedersehen ein und wir bestellten unser Essen. Die chinesischen Speisewirtschaften sind alle über einen Kamm geschoren. Einfache viereckige Holztische, manchmal nur drei, an jedem Tisch drei oder vier Stühle. Wegen der Menge der Speisen, die man erhält, können bestmögliche drei sehr verträgliche Gäste gleichzeitig an einem Tisch sitzen. Auf

die Sauberkeit des Geschirres und auf die Sauberkeit in der Zubereitung der Speisen kann man sich besser verlassen als in vielen teuren und eleganten Restaurants in Europa oder in den Staaten. Was in der Küche vor sich geht, kann man in den meisten Fällen von seinem Tische aus mit ansehen.

Die Art und die Menge der Speisen ist in allen chinesischen Speisewirtschaften der Stadt die ganz genau gleiche. So schließen die Chinesen unter sich jede unredliche Konkurrenz aus.

Sam hatte fünf Tische. Auf jedem Tische stand eine braunrote, iserne, weitbauchige Wasserflasche, von der Art und Form, wie sie schon bei den Azteken im Gebrauch war. Dann eine Flasche mit Del und eine mit Essig. Ferner eine Büchse mit Salz, eine mit Pfeffer, eine große Schale mit Zucker und ein Glas mit Chille. Chille ist eine dicke ausgekochte Suppe von roten und grünen Pfefferknoten. Ein halber Teelöffel in die Suppe getan, genügt, um einen normalen Europäer zu veranlassen, die Suppe als total verpfeffert und durchaus ungenießbar zu erklären, weil sie ihm Zunge und Gaumen verbrennen würde.

Sam bediente die Gäste, während sein Geschäftsthabhaber mit Hilfe eines indianischen Mädchens die Küche besorgte.

Zuerst bekamen wir einen Klumpen Eis in einem Glase, das wir mit Wasser füllten. Kein Wirt hier berechnet den Wert seines Geschäftes nach dem Bierverbrauch, man erhält Bier nur auf ausdrückliches Verlangen, und kein Wirt verdirbt einem den Genuß beim Essen durch sein ewiges Lamentieren, daß er am Essen nichts verdienen könne.

Dann bekamen wir ein großes Bröckchen, es folgte die Suppe. Es ist immer Nudelsuppe. Antonio schüttete sich einen Teelöffel voll Chille in die Suppe, ich zwei, zwei gehäufte. Ich habe ja bereits erwähnt, daß ein halber Teelöffel die Suppe für einen normalen Europäer ungenießbar macht. Aber man wird auch bereits bemerkt haben, daß ich weder normal bin, noch daß ich mich zu den Europäern zähle. Die Europäer haben mir das abgewöhnt, nicht die Indianer in der Sierra de Madre.

Während wir noch in der Suppe herumfischten, kamen ein Beefsteak, geröstete Kartoffeln, ein Teller Reis, ein Teller mit butterweichen Bohnen und eine Schüssel mit Gulasch. Das gibt es hier nicht, daß man sich nach jedem Gang erst die Gasse anrängern muß, weil der Kellner sich eine halbe Stunde lang erst überlegt, ob er einem nun den folgenden Gang eigentlich bringen soll oder nicht. Hier werden alle Gänge sofort gleichzeitig auf den Tisch gestellt.

Nun ging das Tauschen vor sich. Antonio tauschte seine Bohnen ein gegen Tomatenalat, den man sich selbst am Tische zubereitet und ich tauschte meinen Gulasch ein gegen eine Dmelette.

Antonio schüttete seinen Reis gleich in die Suppe; hätte er seine Bohnen behalten, würde er sie auch noch dazu geschüttet haben. Aber Bohnen schien es genug in der Bäckerei zu geben, dagegen wohl seltener Tomatenalat.

Ich schüttete mir eine Lage schwarzen Pfeffer auf das Beefsteak und eine Lage auf die gerösteten Kartoffeln. Dann würzte ich den Reis mit zwei Teelöffel Chille und die Bohnen mit vier Teelöffel Zucker.

Darauf kam für jeden ein Stück Torte. Antonio bestellte Eistee mit Zitrone, ich Café con leche, wofür man auch ebenso gut sagen kann: Kaffee mit Milch. Kaffee trinkt man mit einem Drittel des Lössenhaltigen Zucker darin. Diese Sitte halte ich für sehr gut und für sehr vernünftig. Es mag dies als fernerer Beweis angesehen werden, daß ich für Europa verloren bin, und zwar für immer; denn wo ich auch zu Tisch sitzen werde, die Hausfrau, vielleicht sogar auch der Hausherr, der ja materiell dafür aufzukommen hat, müßten angebunden werden, weil sie sonst Lobhudeleinsprüche bekommen würden angesichts meines Zuckerverbrauchs.

Beim Bezahlen an der Kasse bekommt man dann noch einige Zahnstocher. Deshalb steht man auch nie, daß ein Mexikaner mit der Gabel in den Zähnen herumführt, wie ich das in Lyons Cornerhouse am Trafalgar Square und an anderen Plätzen, leider auch in Mitteleuropa, häufig zu beobachten Gelegenheit hatte. Daß man mit dem Messer recht gut essen kann, ohne sich gleich die Lippen oder die Mundwinkel aufzuschneiden, wie so oft von ungeschickten und furchtamen Leuten behauptet wird, weiß ich aus eigener Erfahrung. Etwas unbequem sind die starken Seemannsmesser, wie ich eines habe; weil die am Ende spitz sind und nicht breit, deshalb kriegt man die Funke nicht so gut aus der Pfanne und man muß mit dem Finger nachhelfen. Ob man hier den Fisch mit dem Messer isst oder mit dem Teelöffel weiß ich nicht. So oft ich Mexikaner habe Fisch essen sehen, an den offenen Gartüchen auf den Märkten und an anderen Orten, aßen sie ihn immer mit dem Zeigefinger und dem Daumen. Das heißt, sie aßen ihn natürlich, wie jeder erwachsene und vernünftige Mensch es tut, mit dem Munde, aber ich meine, sie packen ihre Beute mit den Fingern. Die Verkäufer haben auch meist gar kein Messer, das sie dem Gast geben könnten, sondern eben auch nur die natürlichen Werkzeuge, die sie nicht erst kaufen brauchen.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Eisbereitung im Haushalt

Leitete früher oft davon, daß das erste Erfordernis dafür das Vorhandensein von Roheis war. Jener hatte die Naturwissenschaft sich schon lange die Erleichterung zuwege gemacht, daß eine Reihe chemischer Salze, wenn sie sich im Wasser auflösen, einen so starken Wärmeverbrauch haben, daß ganz bedeutende Temperaturerhöhungen dabei eintreten, durchschnittlich etwa um 25° Celsius. Man stellte daher verschiedene „Kältemischungen“ her, um im Laboratorium schnelle Kälteerzeugung zu erzielen. In der Küche aber fanden sie bisher keine Anwendung, da die technischen Vorrichtungen, wenn mit Sicherheit völliges Gefrieren des Wassers oder der vorbereiteten Creme gewährleistet werden sollte, zu umständlich und damit zu kostspielig wurden. Nun aber ist die Lösung des Problems auf eine höchst einfache Weise gelungen. Das Wesentlichste, um ihr nahe zu kommen, war, daß man sich bescheiden lernte. Man begnügte sich damit, etwa ein halbes Liter Flüssigkeit in Eis zu verpacken. Neben Isoliergefäße, die bis zu einem gewissen Grade die Einflüsse der Außentemperatur unschädlich machen, verfügte man längst. Das Ei des Kolumbus aber fand man in einer doppelwandigen Flasche, die sich oben wie unten durch feste Korken schließen läßt. Die Unterseite, die bestimmt ist, die zu frierende Flüssigkeit aufzunehmen, muß man sich vorstellen wie den übertrieben vertieften Boden einer Weinflasche. Ist diese kegelförmige Höhlung gefüllt und verschlossen, so schüttelt man in die andere Seite des Gefäßes Ammoniumnitrat bis zur Höhe des Korkens, darauf etwas Wasser, dann bis beinahe zum Rande der Flasche Kristallkoda, auf das man wiederum Wasser gießt. Darauf wird auch diese Seite verortet und die Flasche nun in ein Isoliergefäß gestellt, in dem sie etwa eine halbe Stunde bleibt. Nach Ablauf dieser Zeit kann man den Eisblock entnehmen.

Wenn auch diese Art der Eisbereitung nur ein Notbehelf ist, so kommt ihr doch eine gewisse Wichtigkeit zu; denn man muß bedenken, daß damit in Krankheitsfällen — wenn auch nur in geringen Mengen — das oft so nötige Eis hergestellt werden kann, das sonst denen meist unerschaffbar war, die abwärts von größeren Städten wohnen. Das man mit diesem kleinen Apparat auch Speiseeis bereiten kann, wird vielen eine angenehme Zugabe sein.

## Stillschleichen eines Polizeibeamten.

### Acht Jahre Zuchthaus.

Ein gemeingefährlicher Unhold, der es unter Ausnutzung seiner Uniform auf die Vergewaltigung von jungen Mädchen abgesehen hatte, wurde vom Schöffengericht Mitte in der Person des Polizeiwachmanns Otto Wiesner auf lange Zeit unschädlich gemacht. Im Jahre 1924 bis 1925 häuften sich die Anzeigen über die Vergewaltigung von Frauenpersonen durch einen Polizeibeamten in Uniform, bis es endlich gelang, den jetzigen Angeklagten auf frischer Tat festzunehmen. Ein Kollege von ihm war es, der die Verhaftung des Bützlings veranlaßte. Da damals gerade der heute noch nicht aufgeklärte Frauenmord am Arnswalder Platz verübt worden war, lenkte sich der Verdacht dieser Tat auf Wiesner. Er konnte jedoch sein Alibi nachweisen. Dagegen häuften sich die Zahl der Verhaftungen im Laufe der Untersuchung auf Wiesner in unheimlichem Maße. Nicht weniger als 16 Fälle standen zur Aburteilung des Gerichts. Wiesner benutzte seine Eigenschaft als Polizeibeamter, um sich nach der Art des sogenannten Spanners zu betätigen. Er beobachtete Liebespärchen, die in den Parkanlagen auf Bänken saßen oder sich vor dem Haupte verabschiedeten. Durch Drohungen suchte er sie einzuschüchtern und zu trennen. Er behauptete, daß gegen die jungen Mädchen von der Sittenpolizei ein Verfahren eingeleitet sei, und daß er sie verhaften müsse. Auf dem Wege zur Polizeiwache vergewaltigte er dann seine Opfer; vielfach war er auch so dreist, einfach an Arbeiterinnen, die in der Morgenfrühe des Winters an der Straßenbahn standen, um zur Arbeit zu fahren, heranzutreten und sie für verhaftet zu erklären. Die eingeschüchterten Opfer folgten willig dem angeblichen Sittenbeamten. In einer Reihe von Fällen gelang es Wiesner, seine verbrecherischen Pläne nicht auszuführen, da er verscheucht wurde. Er kückerte dann schamlos. Das Schöffengericht verurteilte Wiesner zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

## Die famose Firma Kreutner.

### Verwerfung der Berufung.

Der Prozeß gegen den Inhaber des Chauffeur-Bermittlungsbureaus Kreutner wurde gestern zu Ende geführt. Der Vormittag war von den Gutachten der Sachverständigen ausgefüllt. Das Ergebnis dieses Gutachtens war für Kreutner vernichtend. Besonders Dr. Goldberg, der Vertreter des Landarbeitersamts stellte Verhaftungen Kreutners auf Grund eines Kreuzverhörs fest. Der Angeklagte verweigerte widerum den Ratzen zu spielen, mußte aber den dringenden Fragen der Sachverständigen trotz aller Wanders Rede und Antwort stehen. Der Vertreter des Landarbeitersamts wies die halbtägige Behauptung Kreutners, das Landarbeitersamt mache gegen ihn (Kreutner) mobil, weil es ein „Konkurrenzunternehmen“ sei, gebührend zurück. In später Rechtsmittlungsstunde erkannte das Gericht auf Verwerfung der Berufung des Angeklagten auf dessen Kosten.

Nunmehr ist den Behörden und Gremien endlich die Handhabe gegeben, gegen das gemeinschädliche „Bermittlungsbureau“ Kreutners auf dem Wege der Klage auf Konzeptionsentziehung vorzugehen.

Das Reichsbanner in Neuföllin. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete gestern abend einen Propagandaausflug durch die Straßen Neuföllins. Tausende von Reichsbannerkameraden waren aufmarschiert, und in einem riesigen Zug ging es unter Vorantritt von Musikkapellen durch die Arbeiterviertel. Die Kundgebung, die als Propagandaveranstaltung für Republik und Schwarz-Rot-Gold gedacht war, fand bei der Bevölkerung Beifall und freudigen Anklang.

Die Rußlandreise. Gestern abend haben die Kommunisten ihr neues Theater mit dem üblichen Geräusch in Szene gesetzt. Es kloppte alles nach Wunsch. Delegationen, frisch serviert nach kommunistischen Parolen, die sich zum Abschied nochmals gesammelt vorstellten, waren aufmarschiert. Der Saalbau Friedrichshain, in dem die Kundgebung stattfand, war einigermaßen gefüllt, als gegen 1/8 Uhr die Propagandaveranstaltung der R.P.D. eröffnet wurde. Hoffen wir, daß der Optimismus, den die „delegierten“ Rußlandfahrer zur Schau trugen, auch im Osten und darüber hinaus anhält. Was man immerhin bezweifeln kann.

## Dammbruch an der Weichsel.

Danzig, 9. Juli. (W.Z.) Nach einer aus Dirschau eingetroffenen Meldung ist heute früh um 6 Uhr bei Schwarna gegenüber Schullig in der Nähe von Bromberg der Weichsel-Damm gebrochen. Eine Strecke von 25 Kilometern bis Alt-Thorn ist überschwemmt. An der Unglücksstelle arbeiten Thorer Pioniere. Es ist zu befürchten, daß bei Münsterwalde in der Nähe von Marienwerder der alte Damm, der ebenfalls unterspült ist, durchbrochen wird.

Ein sowjetrussischer Militärzug entgleist. Aus Wlinsk wird gemeldet, daß auf der Strecke Orscha-Wlinsk ein Militärzug entgleist ist. Eine große Anzahl Wagen wurde zerstört. 20 Personen wurden getötet und circa 50 verwundet. Die Sowjetbehörden vermuten einen Anschlag.

Pestgefahr in Südosteuropa. Im Gouvernement Sarajewo, jetzt in Stalingrad umbenannt, sind einige Pesterkranke festgestellt worden. Eine besondere Kommission zur Bekämpfung der Pestgefahr ist gebildet worden.

Weiter für Berlin und Umgebung. Wollig bis heiter. Zeitweise Härte. Bei weitem veränderten Temperaturen. — Für Deutschland, Süd-Deutschland langsame Besserung. Südostdeutschland Verschlechterung und Regenfälle. Etwas kühl. Sonst überall etwas molliges Wetter.

# Mordprozeß Angerstein.

Cimburg, den 9. Juli 1925. (Drohbericht.)

Der Polizeioffizier Wagner, der als nächster Zeuge vernommen wurde, hatte ebenfalls versucht, Angerstein zu einem Geständnis zu bewegen und schickerte, wie Angerstein bei dem Verhör mehrfach gestöhnt und auch geweint habe. Als ihm der Beamte sagte, der Bruder komme nur, wenn er ihm ein Geständnis ablegte und fragte: Wollen Sie das? antwortete er: Ja. Der Bruder selbst sei dann sehr bestränzt gewesen, als man ihm eröffnete, wer der Täter sei. Als man ihn in das Zimmer Angersteins hineinführte, begrüßten sich die Brüder und da sagte Angerstein: Spud vor mir aus. Sein Bruder antwortete: Nein, das tue ich nicht, aber sag' mal Junge, wie konntest Du das. Der Polizeibeamte ließ dann die Brüder allein.

Am Laufe der Zeugenvernehmung wurde unter allgemeiner Spannung der Bruder des Angeklagten, Oberingenieur Max Angerstein aus Essen aufgerufen, der wegen des nahen Verwandtschaftsverhältnisses unvoreilig blieb, sich aber bereit erklärte, seine Aussage zu machen und zunächst eine eingehende Schilderung der Familienverhältnisse Angersteins gab. Auch er betonte, daß die Großmutter mütterlicherseits im Wochenbett irrsinnig geworden sei, so daß man ihr das Kind mit Gewalt wegnehmen mußte. Seine Eltern hätten insgesamt zehn Kinder gehabt, und zwar zuerst fünf Töchter. Er selbst sei der Aelteste, Friedrich Angerstein der zweite Sohn, gewesen und deshalb sei seine Geburt besonders begrüßt worden. Er sei ein sehr kräftiges Kind gewesen. Der erste Tuberkulosefall in der Familie habe sich bei einer Schwester ereignet und dann sei auch Friedrich Angerstein an einem Hals- und Nasenleiden erkrankt. Seine Schwägerin schilderte der Zeuge als eine sehr weich veranlagte Frau. Im April 1924 habe er zum erstenmal einen Brief von ihr erhalten, in dem sie schilderte, daß sie sehr elend sei und fürchtete, daß sie nicht mehr lange zu leben habe, denn sie sei sehr elend. Nur der Gedanke an ihren Mann und an ihren Gott halte sie von etwas Fröhlichem ab. Ueberhaupt hätten alle Briefe aus Haiger immer die Schilderung enthalten, daß der Bruder Kopfschmerzen habe und die Schwägerin leide. Tatsächlich habe er sie im Frühjahr 1924, als er zu Besuch nach Haiger kam, zum Skelett abgemagert vorgefunden. Sein Bruder habe ihm gleich erzählt, was für Anfälle sie habe und daß sie einmal in ihrer Erregung fortgeritten sei, so daß man sie erst suchen und habe zurückholen lassen. Das Familienleben in Haiger sei aber durchaus harmonisch und glücklich gewesen. Im August 1924 machten die beiden Brüder eine Fjortour in den Westerwald. Als sie das erste mal in einem Ort übernachteten, ging Friedrich Angerstein sofort an das Telefon, um seine Frau anzurufen. „Das Wiedersehen zwischen den beiden Eheleuten, als wir nach Hause kamen“, so erklärte der Zeuge, „war so herzlich, daß es echt gewesen sein muß.“ Bei der Erörterung des Planes, eine Scheune neben die Villa zu bauen, habe Friedrich Angerstein erklärt, er wolle kein Geld sicher anlegen und hätte erzählt, er habe auch noch ein schönes Guthaben bei seiner Firma. Den ganzen Monat November 1924 hätten dann die Verwandten aus Haiger kein Lebenszeichen von sich gegeben, bis am 1. Dezember abends das Telegramm eines Verwandten aus Dillenburg eintraf:

### „Bruder überfallen, sofort kommen.“

Ein zweites Telegramm seiner Schwester betrafte, daß Friedrich Angerstein verunglückt sei. Am nächsten Tage fuhr der Zeuge sofort nach Haiger und las unterwegs in der Zeitung ein kurzes Telegramm von einem Raubüberfall in Haiger, um dann in Dillenburg zu erfahren, was geschehen war. In Haiger selbst wurden ihm dann alle Einzelheiten des angeblichen Raubüberfalles geschildert, die Leichen gezeigt, die einen furchtbaren Anblick darboten. Dazu sei die Nachricht gekommen, daß Friedrich Angerstein lieh schwerkrank im Krankenhaus liege. Am nächsten Tage fuhr der Bruder wieder nach Haiger, er wurde an das Bett seines Bruders geführt und erzählt: Der da lag, war ein fremder Mann, sah grau, mit Augen, die fast gebrochen schienen. Ich rief ihn an: Friedrich, kennst du mich?, er antwortete schwach: Ja, Max. Dann fragte ich weiter: Wie heißt du dich, hast du mir nichts zu sagen. Ich bekam keine Antwort. Erst als ich nochmals fragte, meinte er nur schwach: Was soll ich dir sagen. Ich ging dann wieder weg, wurde aber später nochmals zu ihm gerufen. Als ich an das Bett trat, kam ein gelber Schleim aus Mund und Nase. Er stöhnte auch dauernd, man möge die heißen Unterlagen wechseln, er halte es nicht aus. Du wollest mir etwas sagen, fragte ich ihn. Ja, sagte er, aber Herr Wagner (der Polizeioffizier) muß hinausgehen. Ich will in dieser Stube nur christliche Menschen um mich sehen. Es war nichts zu machen. Er bestand darauf und Wagner entfernte sich dann, um später mit dem Staatsanwalt zurückzukehren. Inzwischen schrie mein Bruder Friedrich: Ich bins gewesen, ich hab's getan, rühr mich nicht an, ich bin der Mörder.

### Ich habe sie alle acht umgebracht!

Dabei bog er den Kopf zurück und die Augen sahen starr. Ich sahte ihn an und da schrie er: Fäß mich nicht an, er selbst griff aber so stark zu, daß ich noch tagelang die Fingerabdrücke an meinen Händen sah. Ja, schrie er, ich bin der Mörder. Ich komme in die Halle. Bete! Du kannst ja nicht beten. Mit tränenerfüllter Stimme erklärte der Zeuge: Wenn ich es nicht so genau schildere, so ist es nicht etwa böser Wille, aber ich weiß es nicht mehr so genau. Max Angerstein befandete dann weiter, fortwährend von Schlägen unterbrochen, wie sein Bruder ihm den Mord an seiner Frau erzählt habe. Der Angeklagte blieb bei dieser Darstellung festgesetzten Hauptes sitzen, so daß er kaum hinter der Anklagebank sichtbar war. Weiter schilderte der Zeuge: Mein Bruder logte mit dann noch, als ich ihn weiter fragte: Ich konnte sie nicht mehr leiden sehen. Während des Geständnisses schrie er immer wieder: Verlaß mich nicht, verlaß mich nicht. Mit tränenerfüllter Stimme erhärt der Zeuge weiter, daß ihn der Gedanke, daß seine Frau und seine Kinder noch wenige

## Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 10. Juli.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
4.40 Uhr nachm.: Zehn Minuten für die Frau „Seife und Seifenfabrikation“, von Chemiker Vostell. 5-6.30 Uhr abends: Volkstümlicher Nachmittag. 7 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abt. Gartenbau. Diplom-Gartenbau-Inspektor Paul Kache: „Die Kakteen und ihre Pflege“. 7.25 Uhr abends: Architekt Dr.-Ing. Paul Zucker: „Architektur unserer Zeit“. 3. Vortrag. „Die Stadt“. 7.50 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Geographie. Dr. Konrad Kretschmer: „Das Erdbild im Wandel der Zeiten“. 1. Vortrag. „Im Altertum“. 8.30 Uhr abends: Improvisationsabend unter Mitwirkung von Eva Goldbach, Sopran. 1. C. L. Schleich: Dramatische Szene: Jesus und Judas im Gefängnis (gesprochen von Julius Edgar Schmock mit melodramatischer Begleitung in freier Improvisation von Martin Philipp). 2. Freies Thema gegeben (Klavierimprovisation von M. Philipp). 3. Lyrisches Gedicht (zwei Strophen) (gesungen und begleitet von J. E. Schmock). 4. a) Leo Bloch: Heimkehr vom Feste (H. Seidl), b) Leo Bloch: Mairagen (Fallersleben), c) Max Reger: Waldesmusik (Fränk. Volkslied), d) Max Reger: Zum Schlafen (Schellenberg) (Eva Goldbach, Sopran, am Flügel: Otto Urack). 5. Choralthema gegeben (Klavierimprovisation von M. Philipp). 6. Gedicht, im Volkston gehalten (gesungen und begleitet von J. E. Schmock). 7. a) Franz Schubert: Wohin? (Wihl. Müller), b) Franz Schubert: Die Taubenpost (J. G. Seidl), c) Franz Schubert: Bescheidene Liebe (Dichter unbekannt), d) Rich. Strauss: Zueignung (H. v. Gilm) (Eva Goldbach, Sopran, am Flügel: Otto Urack). 8. Volksliedthema gegeben (Klavierimprovisation von M. Philipp). 9. Lyrisches Gedicht (zwei Strophen) (gesungen und begleitet von J. E. Schmock). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30 Uhr abends: Rechtsanwalt Dr. John Wolfsohn: „Der Rechtsschutz der Inflationsgeschädigten an der Hand der Aufwertungsgesetzgebung“.

Wochen vorher in dieser Wahnsinnsumgebung gewelt hätten, nicht verlassen habe. Er habe deshalb nicht mehr alles so genau in der Erinnerung. Er konnte sich auch kein richtiges Bild von seinem Bruder machen. Seit sechs Monaten zermartete er sich den Kopf, wie das alles möglich war. Er habe in den langen Jahren seinen Bruder nur 3-mal glücklich gesehen, und wisse deshalb nicht, ob er leicht erregbar war.

Dann wurde der Wertverwalter der Firma von der Typen-August Witz, vernommen, der sich zunächst über die Stellung Angersteins bei der Nassauischen Bergwerks-Gesellschaft

äußerte, die dann 1919 von van der Zypen übernommen wurde. Angerstein hatte die kaufmännische Leitung und die Kassenerführung, während Witz die technische Leitung hatte. Zahlungsanweisungen gingen jedoch auch von Witz aus. Er habe Angerstein vollkommen Vertrauen geschenkt, so erklärte der Zeuge, er wäre auch im Aufsichtsrat gewählt und zum Prokuristen ernannt worden. Er war sehr fleißig, peinlich lauber in der Buchführung, so daß niemand einen Verdacht gegen ihn hatte. Bei Kasseneinsichten ist nie etwas vorgekommen. Vors.: Blich das nun so bis zuletzt? Zeuge: Jawohl, bis ins Ende November 1924 ins Journal gukte und da sah ich Eintragungen, die nicht stimmten. Es waren 3100 Mark im Oktober zuviel gebucht. Ich suchte nach den Belegen und stellte fest, daß sie gefälscht waren. Ich habe Angerstein auch noch am Sonnabend vor der Tat das mitgeteilt und habe Generaldirektor Generozki angerufen, nach Haiger zu kommen, um Angerstein zu verhören. Vors.: War das der gesamte Fehlbetrag in der Kasse? Zeuge: Nein, wir haben bei einer weiteren Prüfung Unterschlagungen im ersten halben Jahr über 8000 M. und im letzten Jahr über 16000 M. festgestellt.

Generaldirektor Generozki von der Firma van der Zypen bezeichnete Angerstein, mit dem er im allgemeinen wenig zu tun hatte, als einen bescheidenen Menschen, aber verschlossenen Charakter. Am Sonnabend vor der Tat habe Witz dringend bei ihm angerufen und ihm erklärt, daß mit den Kassenbelegen etwas nicht stimme. Er habe deshalb einige Tage später eine Revision veranlaßt. Als er dann von der Tat erfahren habe, habe er gleich den Verdacht gehabt, daß es sich nicht um eine Raubbande, sondern um einen einzigen Täter handelte. Als man nach Haiger kam, fand man im Bureau auf dem Schreibtisch des Witz über des Angerstein eine Zahlungsanweisung, die fertig zur Unterschrift ausgefüllt war, und die den Verdacht erweckte, daß sie Witz gegenüber als Vorwand gebraucht werden sollte, um ihn vielleicht in dem Augenblick der Unterschrift ebenfalls niederzuschlagen. Vors.: Haben Sie etwas davon gehört, daß an die Firma Expressforderungen gerichtet worden sind? Zeuge: Nein. (Sehr erregt.) In der „Frankfurter Zeitung“ steht, Angerstein hätte mir einmal ein Geständnis ablegen wollen, ich hätte es aber abgelehnt. Das ist eine unehrliche Verleumdung. Ich habe Angerstein stets als Menschen behandelt. Als ich im März dieses Jahres ihm gegenübergestellt wurde, da hat er mir von Expressforderungen erzählt. Aber, meine Herren, das kam ja alles erst, nachdem die Unterschlagungen und Fälschungen festgestellt waren. Ich habe von ihm verlangt, daß er mir doch einen einzigen Namen eines Expressers nennen sollte. Er hat sich geweigert, auch nur einen einzigen zu nennen. Sie kennen doch unsere Bauern, bevor die sich einen Biest in ihr Grundstück setzen lassen, da laufen sie erst zum Rabi. Bei unserer Selbstbahn handelte es sich aber um große Betonköpfe, die in die Erde gelassen werden. Aber auch nicht ein einziger Grundstücksbesitzer ist an uns herangetreten. Was die angeblichen Forderungen Annersteins an die Firma betrifft, so belaufen die sich auf 300—400 Mark, aber nicht auf Tausende. Bleschitz meinte er Papiermark. Dann ist hier noch behauptet worden, wir hätten Schmiergelder bezahlt. Es ist ganz unehrer, was mir hier angepöbelt worden sind. Angerstein: Ich bin im November 1924 bei ihnen in Wissen gewesen, da haben sie mich abgewiesen. Zeuge: Jawohl, weil sie mit einer Sache kamen, die ich ablehnen mußte. Sie wollten nämlich mit der Wasserleitung des Werkes ihr Grundstück bewässern. Angeklagter: Für die Vorkommnisse in den Jahren 1913 bis 1919 hat die Nassauische Bergwerks-Gesellschaft verantwortlich und Generozki weiß davon nichts. Der Provinzialchemiker Dr. Böller aus Siegen hatte den Auftrag erhalten, die in der Zentralheizung des Angersteinischen Hauses noch befindlichen Asche- und Papierreste zu untersuchen. Sein Gutachten ging dahin, daß zweifellos ein Buch und Briefpapier verbrannt worden sei, und zwar wahrscheinlich das Kassenbuch und das Journal. Vors.: Angeklagter, bleiben Sie dabei, daß Sie das Kassenbuch und das Journal nicht verbrannt haben? Angeklagter: Ich habe das nicht verbrannt. Dann wurde eine ganze Reihe von Architekten und Bauunternehmern vernommen, mit denen Angerstein wegen seiner zahlreichen Bauvorhaben verhandelt hatte, und zwar wollte er eine Scheune und einige Wohnhäuser bauen. Die Baukosten hätten sich auf ungefähr 50000 M. belaufen. Er erzählte den Unternehmern, daß er das Geld von seinem Reffen aus Amerika zu billigen Zinsen bekommen habe, und daß er sich landwirtschaftlich ansiedeln wolle, für den Fall, daß er mal aus der Firma herausgehe. Einer dieser Zeugen, der Architekt Grüh war der beste Freund Angersteins.

Er betandete, daß der Angeklagte stets ruhig, niemals erregt gewesen sei. Dagegen ist dieser Zeuge der Meinung, daß das eheliche Verhältnis, namentlich in den früheren Jahren, nicht so gut gewesen sei. Angerstein habe sich allerdings immer den Anschein gegeben, als ob er es mit seiner Frau sehr gut meine. Er habe sie auch nach der Schweiz und nach dem Schwarzwald schicken wollen. Der Zeuge hatte aber das Gefühl, als ob sich Angerstein angesichts der Krankheit seiner Frau nur sehr stark zusammennehme. Ihm gegenüber äußerte er einmal, auf die Dauer könne er das nicht ertragen. Frau Angerstein habe immer Angst gehabt, daß in dem Hause einmal etwas passieren würde. Es sei ihr dort nicht geheimer gewesen, so sagte sie. Vors.: Angeklagter, waren Sie eigentlich in einer Krankenkasse? Angerstein: Jawohl, in der Ortskrankenkasse und im Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Berband. Ich habe aber die Arztkosten immer allein getragen und habe die Kassen nie in Anspruch genommen. Als nächster Zeuge wurde der Rechnungsrat Heymann aus Dillenburg vernommen, der der Konkursverwalter des Angersteinischen Vermögens ist, über das im Februar dieses Jahres der Konkurs verhängt wurde. Er schätzte das gesamte Mobilien in seiner heutigen Verfassung auf circa 12000 Mark, die Möbel hätten, als sie neu waren, vielleicht allein schon 10000 M. Wert gehabt. Die Immobilien hätten sich auf 5000 M. belaufen. Die Schulden Angersteins seien ganz minimal gewesen. Bei diesen Worten stand Angerstein auf und richtete an den Konkursverwalter die Frage, ob er denn nicht die große Mappe mit den 18 Grubenfeldern bekommen habe; worauf der Zeuge erklärte, daß er davon noch gar nichts gehört habe. Das Vorhandensein einer solchen Mappe sei ihm ganz neu. Auf die Frage des Vorsitzenden, was denn das für Grubenfelder seien und wo die Lagen, erklärte der Angeklagte:

### „Zwischen Euphrat und Tigris.“

worauf er sich wieder hinsetzte.  
Zum Schluß wurde noch der Versicherungsagent Blich vernommen, der Angerstein gegen Feuer und Einbruch zu je 50000 Goldmark versichert hatte. Vors.: Angerstein hatte doch nur eine Fünfstümmigerwohnung, sind denn die Leute in Haiger alle so versichert? Zeuge: Nach der ganzen Sachlage und Lebensführung Angersteins war das die entsprechende Summe. Außerdem war auch das Vieh und die landwirtschaftlichen Gebäude und Borsäte mit versichert. Angerl.: (einwerfend): Meine Aktien auch, die ich zu Hause hatte.  
Um drei Uhr nachmittags wurde dann die Verhandlung auf den heutigen Freitag früh 8 Uhr vertagt.

## Aus den Bezirken.

### 12. Verwaltungsbezirk.

In der letzten Bezirksverordnetenversammlung vor den Ferien herrschte Ferienstimmung. Wenn nicht einige wichtige Anträge unsere Fraktion zu lebhaften Debatten Anlass gegeben hätten und eine sogar den Bürgermeister erregt hätte, dann würde die Ferienstimmung wohl kaum gestört worden sein. Aus den verschiedenen Vorlagen sollen nur die wichtigsten erwähnt werden. Die Unzulänglichkeit der Charlottenburger Wasserwerke wurde in zwei Anträgen von unseren Genossen und den Deutschnationalen kritisiert. Während unser Antrag ganz allgemein eine Abstellung der Mängel verlangte, verlangten die Deutschnationalen dies von den Charlottenburger Wasserwerken. Nach erschöpfender Aussprache, in der sich sowohl bürgerliche Parteien als auch Bezirksamt plötzlich sehr kommunalisierungsfreundlich zeigten, wurde der deutschnationale Antrag in unserem Sinne abgeändert und angenommen. Ein sehr wichtiger Antrag unserer Genossen, der die sofortige Schaffung von genügenden Unterkunftsräumen für ermittelte Familien verlangte, wurde einem Ausschuss überwiesen, weil die Bürgerlichen die Aussprache fürchteten. Es wäre da einmal zu Tage getreten, daß diese Parteien nur dann für wohnungslose Leute eintreten, wenn es sich nicht um arbeitslose Profetarien handelt. Ebenso unbedeutend war ihnen ein Antrag der Sozialdemokraten, die Pachtverträge über die Ratskeller in Vantwig und Schierfeld vorzuliegen. Debattieren wollten die Bürgerlichen hierüber ebenfalls nicht, weil ihre Vertreter am Wochenaus dieser Konditionen Verträge schuld sind. Unser Antrag, im Zuge der Feldstraße schleimig eine neue Brücke zu bauen, wurde einstimmig angenommen. Den Jörn des Bürgermeisters erregte ein Antrag, der SPD, die Wohnungen in dem von dem Bezirk erbauten neuen Mietshaus in der Südenstraße mit den Wohnungsuchenden zu besetzen, die an der Reihe sind. Diese selbstverständliche Forderung, da das Haus aus Kostungsgeldern des Wohnungsamtes gebaut wurde, wurde abgelehnt, weil der Bürgermeister es für die Beamten des Bezirks haben will. Wir wollen nichts gegen die Beamten sagen. Soweit sie wohnungsberechtigt und an der Reihe sind, haben sie den gleichen Anspruch wie die anderen. Daß aber der Bürgermeister so wenig soziales Verständnis bewies, daß er meinte, er wolle jetzt einmal ebenso für die Beamten sorgen, wie es die Reichs- und Staatsbehörden tun, wird in der Bürgerschaft lebhaften Widerspruch erregen. Die Bürgerlichen, mit Ausnahme des Zentrums und der Demokraten, stimmten den Wünschen des Bürgermeisters zu und lehnten unseren Antrag ab. Bei Besprechung des Bauamtsplanes für einen Teil von Steglitz, leistete sich der Vertreter der Deutschnationalen eine ihn kennzeichnende Kritik an dem Mietshaus, welches ein Dr. Gutkind in Vantwig erbaut hat. Man mag zu dieser Art Architektur stehen wie man will, es zeigt aber von geringem Verständnis für neuzeitliche Bestrebungen, wenn der Redner von „französischer Architektur“ und von Gebäuden, die nach Palästina oder in die Wüste Sahara gehören, sprach. Die Hoffnung, daß das Bezirksamt gegen eine neuzeitliche Architektur Front macht, wird sich hoffentlich bei dem bekannten Kunstverständnis des Hochbauamts nicht erfüllen. Anträge wegen Wegfall der Verwaltungsgebühren bei abschließigen Antworten des Wohnungsamtes, zur Hilfe für die Jungferner im Bezirk und die Schauspieler des Schloßparktheaters wurden angenommen. Dann ging man in die Ferien. Nach diesen beginnt der Wahlkampf in Groß-Berlin. Mögen unsere Genossen auf dem Plane sein, um mit Kraft und Eifer die Ziele der Sozialdemokratischen Partei zu vertreten.

Am 7. Juli fand in Lichterfelde der Kreisvertretertag des 12. Kreises statt, an dem 70 Genossen und Genossinnen teilnahmen. Nach den geschäftlichen Mitteilungen gab Genosse Rohrbach den Geschäftsbericht, aus dem zu ersehen ist, daß die Mitgliederziffer erfreulich im Steigen begriffen ist. Der Bericht des Genossen Klose als Fraktionsvorsitzender über die Tätigkeit der Bezirksverordnetenfraktion wurde verlesen und in vier Wochen eine Tagung zur Aufstellung der Kandidaten stattfinden wird. Der gesamte Vorstand wurde nunmehr in einem Wahlgang durch Jura wieder gewählt. Dies ist ein erfreuliches Zeichen für die gute Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Funktionären und für das Vertrauen, das der Kreisvor-

stand genießt. Hierauf folgte ein Referat des Genossen Künstler über „Die kommenden Parteitage“. Zum Bezirksparteitag bemerkte er, daß auch im Bezirk die Partei die Krise siegreich überwunden hat und sich überall in ihren Stellungen behaupten konnte. Die Gründung der „Kommunalpolitischen Blätter“ und der „Stadtbeilage“ hat hierzu nicht unerheblich beigetragen. Besonders war es aber die Gründung des „Gewerkschaftsblattes „Der Kämpfer“, das die Stellung der Partei festigen half. Die Hauptarbeit auf dem Bezirksparteitag bildet die Durchberatung des neuen Organisationsstatuts, welches die Partei völlig auf demokratischen Grundlagern aufbauen und den gewählten und verantwortlichen Mitgliedern des Vorstandes den entsprechenden Einfluß einräumen soll. Zum Reichsparteitag betonte der Referent, daß die Partei sich nunmehr überall in der Offensive befindet. Bezüglich der Zollvorlage meinte Künstler, daß für den Fall der Annahme unser Kampf dagegen nicht zu Ende wäre. — Der Sachsenkonflikt müsse noch vor dem Parteitag ausgeglichen werden. Die Ausführungen des Genossen Künstler fanden den lebhaftesten Beifall der Funktionäre. Eine Diskussion fand nicht statt. Zu Kandidaten für den Heidelberger Parteitag wurden die Genossen Stüblich, Steglitz und Frach-Lichterfelde gewählt. Mit einigen Mitteilungen und einem Appell, die Arbeiterjugend anlässlich ihres Hamburger Jugendtages zu unterstützen, schloß die Kreisversammlung.

### 13. Kreis — Tempelhof.

In der Bezirksversammlung am 26. Juni wurde die Wahl des zweiten Bürgermeisters vorgenommen. Die bürgerlichen Parteien hatten Stadtbaurat Bräuning, unsere Fraktion den Genossen Stadtrat Thiele vorgeschlagen. Genosse Juhn begründete unseren Anspruch auf diesen Posten in ausführlicher Weise, doch umsonst. Die Wahl brachte als Resultat die Wahl Stadtbaurats Bräuning. Er konnte die erforderliche Annahmestimmungen nicht abgeben, da er sich auf einer „Dienststelle“ in Schweden, Dänemark und Norwegen befindet, um in diesen Ländern nach einem Vorbild für das in Tempelhof zu errichtende Rathaus zu suchen. Die Vorbilder in der Nähe Berlins genügen den erwähnten Tempelhofer Ansprüchen offenbar nicht. Vergewegenwärtigt man sich die Befragung der Versammlung, dann ergibt sich folgendes Resultat: Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum und Wirtschaftspartei gaben ihre Stimme Herrn Bräuning. Für unseren Kandidaten stimmten nur unsere 10 anwesenden Genossen. Weiße Stimmzettel gaben ab der allein anwesende Demokrat (2 fehlten) und die beiden Kommunisten. Die letzteren bewiesen damit, daß sie ihrer Parole treu bleiben: Lieber einen Bürgerlichen, aber unter keinen Umständen einen Sozialdemokraten.

### 17. Kreis — Lichterberg.

Die mit der Tagesordnung „Abbau zweier Bezirksamtsmilitärs“ tagende außerordentliche Bezirksversammlung brachte den Kommunisten eine Überraschung. Es wurde ein Schreiben des Oberpräsidenten verlesen, in dem er seine Zustimmung zum Abbau gibt. Im zweiten Teil dieses Schreibens stellt der Oberpräsident Bedingungen, die der eventuell zu wählende Nachfolger des abzubauenden Bürgermeisters erfüllen soll, wenn er bestätigt werden will. Der Abbau des Stadtrats Fischer (D. Sp.) wird ohne Debatte mit 39 gegen 6 Stimmen beschlossen. Dann wurde die Frage des Abbaus des Bürgermeisters Genossen Otto Juhn erörtert. Genosse Schubert führte u. a. aus, daß Juhn nach Aussage des Justizrats Scheitel (D. Sp.) doch ein sehr befähigter Kommunalpolitiker sei, auf den Lichterberg stolz sein könne; das Zentrum, das angeblich nur sachlich urteilt, würde Juhn gern behalten, wenn es dafür den Schulrat abbauen könnte. Die Wirkung dieser Ausführungen zeigte sich am besten in der Verlegenheit der Gegner, vor allem bei der SPD, die drei Redner ins Feld schickte, die die üblichen Schimpfereien losließen. Die nun folgende Abstimmung zeigte, was die Kommunisten unter „Einheitsfront“ verstehen. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftspartei und Zentrum im trauten Verein mit den Kommunisten beschloßen mit 24 gegen 21 Stimmen den Abbau des Sozialdemokraten Juhn. Die Erregung auf der Tribüne machte sich in zahlreichen Juxrufen an die Kommunisten Luft. Und als der Kommunist Gabel, anscheinend gereizt durch diese unerwartete Behandlung durch die Tribünenbesucher, einen Annesliantrog wieder mit maßlosen Angriffen gegen die Sozialdemokratie „begründete“, steigerte sich die Erregung zu einem Tumult, in dem die Erklärung des Genossen

Tempel, daß unsere Fraktion dem Antrage zustimme und nur von der K.P. in Ruhe den gleichen Antrag gestellt sehen möchte, unterging. Der stellvertretende Vorsitzende gab schließlich Anweisung, die Tribüne zu räumen, worauf unsere Fraktion zum Protest den Saal verließ. Die Kommunisten blieben verblüfft zurück, sie konnten sich nur noch zu der „Drohung“ aufraffen: Morgen steht in der „Roten Fahne“, ihr habt die Amnestie zu Fall gebracht.

### Ein städtisches Bad.

#### Aus dem Bericht des Stadtbades Neukölln.

Die Verwaltung des Stadtbades Neukölln veröffentlicht den Geschäftsbericht für das Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925), dem wir folgendes entnehmen:  
Während im Rechnungsjahr 1923, hervorgerufen durch die Geldentwertung, die Besucherzahl des Stadtbades Neukölln gegen die Vorjahre niedriger war, wurde im Rechnungsjahr 1924 die höchste Jahresgesamtbesuchszahl seit der Inbetriebnahme des Stadtbades erreicht. Das Bad wurde im Jahre 1924 von insgesamt 752703 Personen (417595 im Vorjahre) besucht. Der außerordentlich milde Winter war für den Besuch sehr günstig. Von der Gesamtbesuchszahl stellte das weibliche Geschlecht 311212 Personen oder 41,35 Proz. (162837 oder 39 Proz. im Vorjahre), das männliche Geschlecht 441491 Personen oder 58,65 Proz. (254708 oder 61 Proz. im Vorjahre). Erfreulich ist die Zunahme des Besuchs der Frauenabteilungen, denn während der Gesamtbesuchszahl des männlichen Geschlechts bereits in früheren Jahren erreicht worden ist, sind die Frauen und Mädchen in einer Zahl zum Baden gekommen wie in keinem Jahre vorher. Es ist aus den elf Betriebsjahren des Stadtbades festzustellen, daß das weibliche Geschlecht zum Gesamtbesuch des Stadtbades nach und nach einen immer höheren Prozentsatz stellt, so betrug 1915 die Besuchszahl der Frauen 32,05 Proz. der Gesamtbesuchszahl, 1921 = 36,52 Proz., 1924 = 41,35 Proz. Geöffnet war das Stadtbad im Berichtsjahre an 303 Tagen (303); es wurde durchschnittlich täglich von 2484 (1378) Personen besucht. Die höchste Besuchsziffer wurde am 30. August 1924 mit 4903 (7. Juli 1923 = 3701) Personen erreicht, während der 4. Dezember 1924 mit 1236 (11. August 1923 = 1043) Personen die geringste Besuchszahl aufwies. In den großen Ferien wurden wie im Vorjahre an bedürftige Schulkinder im ganzen 10583 (15715) Brausebäder unentgeltlich und außerdem an 260 Schüler und Schülerinnen Ferien-Schwimmbadarten verabfolgt. 75 Schulkinder und 75 Schulkinder erhielten außerdem Schwimmunterricht; für Gemeindeführer und Schülerinnen wurden ferner 7000 Einzelstunden für Schwimmbäder ausgegeben. Schwimmunterricht wurde insgesamt 604 männlichen und 1096 weiblichen, im ganzen 1700 Personen erteilt. Den Neuköllner Schwimm- und Sportvereinigungen wurde an 338 Abenden die Männer- bzw. Frauenschwimmhalle gegen ermäßigte Gebühren zur alleinigen Benutzung zur Verfügung gestellt. In den Heilbäderabteilungen wurden insgesamt 74305 (38948) medizinische Bäder verabfolgt. Von diesen Bädern entfielen auf Krankentafelnmitglieder 48761 (20964).

Die Berliner Stadtbank-Girozentrale der Stadt Berlin unterhält Stahlkammern in folgenden Girostellen: Berlin W 9, Eintragsstraße 7/8, Berlin S 59, Kottbuscher Damm 93, Charlottenburg, Berliner Straße 70/73, Spandau, Potsdamer Straße 1, Wilmersdorf, Sigmaringer Straße 1, Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-Platz 3, Schöneberg, Rudolf-Wilde-Platz, Friedenau, Rheinstraße 1 (Rathaus), Steglitz, Albrechtstraße 1a, Lichterfelde-Ost, Schillerstraße 32 (Rathaus), Lichterberg, Möllendorferstraße 6 (Rathaus), Pantow, Neue Schönholzer Straße 35, Niederjohannsdorf, Blücherstraße 1 (Rathaus), Reinickendorf-Ost 1, Hauptstraße 46. In diesen Stahlkammern sind Schrankfächer in verschiedenen Größen, auch auf kurze Zeit, bei geringer Gebühr zu vermieten. Außerdem können Wertstücke, wie Koffer, Pakete, Teppiche usw., gegen mäßige Gebühr zur Aufbewahrung übergeben werden. Diese Einrichtung dürfte vielen während der Reisezeit sehr willkommen sein.

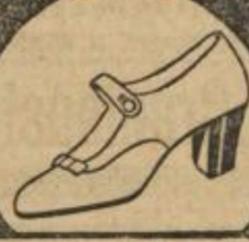
Nachschlüsselung. Das Bezirksamt Kreuzberg teilt mit, daß im Auftrag der Wohlfahrtsämter Witte und Kreuzberg am Freitag, den 17. Juli 1925, vormittags 9<sup>1/2</sup> Uhr, in der Markussstraße 13, Duerged. part., die Versteigerung von 20 größeren und kleineren Nachlässen stattfindet.

# SAISON-FAUSVERKAUF

## Sensationell billige Preise



**Kinderstiefel** braun, schwarz und weiß  
Gr. 20-22 1.85 Gr. 18-20 1.45  
hohe Qual. 2.65 Gr. 18-20 2.25



**Damen-Halbschuhe** weiß Leinen, Spangon u. Schür. Prima Pöden. 2.95



**Damen - Spangon- und Schutzschuhe**, gute Ausführung, mod. Form 6.90



**Dam.-Spang.-Schuh** braun, echt E-Cheerren, mod. Luxusauführung, echt 9.75



**Herrn - Halbschuhe** braun, auf Rand, gedoppelt. . . . . 8.90



**Herrn - Halbschuhe** Original Goodyear Welt, einfach u. doppelschlig. zum Teil braun. . . . . 12.50



**Herrn - Halbschuhe** Prima Box calf, mit grau Nub.-Einsatz, Goodyear-Welt, Luxusauführung. 14.50

**Rindled.-Sandalen**  
Rand geölt sowie durchgeölt

45-47	36-42	31-35
4.90	3.80	3.40

**Braune Turnschuhe** mit angebrannter Gummisohle

45-47	36-42	29-35	23-28
3.00	2.95	2.75	2.50

**Turnschuhe aus Segeltuch** große, Chrom-Sohle

45-46	36-42	31-35	27-30	25-28
3.25	2.25	1.95	1.75	1.50

# Bottina

Schuhges. m. b. H

Auf alle Strümpfe 20 Prozent Rabatt!

Verkaufsstellen:

Berlin, Oranienstr. 29	Berlin, Brunnenstraße 13
„ Kleiststr. 22	Charlbg., Berliner Str. 133
„ Turmstr. 78	Neukölln, Berliner Str. 43



# Durchpeitschungsstimmung im Reichstag.

**Bier- und Tabaksteuer / Die Not der besetzten Gebiete / Kleine Vorlagen / Lärm wegen der kaiserlichen Uniformen.**

Am Reichstag beantragte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Stöcker (Komm.), daß ein kommunistischer Antrag auf Einstellung der Strafverfahren gegen die kommunistischen Abg. Hecker und Pfeiffer als erster Punkt beraten werde. Das Haus widerspricht dem nicht, und der Berichterstatter des Geschäftsordnungsausschusses, Abg. Landsberg (Soz.) teilt mit, daß beide Abgeordnete sich schon seit längerer Zeit in Haft befinden. Der Ausschuss habe den Standpunkt vertreten, daß in diesem Falle das Interesse des Reichstages an der Teilnahme der beiden verhafteten Mitglieder an seinen Sitzungen größer sei als das Interesse des Staates an ihrer weiteren Inhaftierung und demgemäß mit 15 gegen 9 Stimmen beschlossen, dem kommunistischen Antrage auf Haftentlassung der erwähnten Abgeordneten und Einstellung des Verfahrens stattzugeben.

Die einfache Abstimmung über diesen Ausschussbeschluss bleibt zweifelhaft. Es erfolgt die Auszählung, die die

**Annahme des Ausschussantrages mit 176 gegen 143 Stimmen bei einer Stimmenthaltung ergibt.**

Das Haus tritt dann in die Beratung des Beschlusses der Regierung über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer ein.

## Abg. Simon-Schwaben (Soz.):

Im Steuerhaushalt des Reichsfinanzministeriums befindet sich auch die Vorlage einer Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Sie sieht nicht weniger als eine Verdoppelung der bisherigen Steuer vor und das in demselben Augenblick, in dem die Besitzsteuern abgebaut werden sollen, wo man andere Einnahmequellen unausgeschöpft läßt oder gar verschüttet. Der Steueraussschuß hat die Regierungsvorlage abgelehnt, die Regierung jagt es vor, sich eine Niederlage zu holen, anstatt die unmögliche Vorlage wieder zurückzuziehen. Nun sehen wir aber einen eigenartigen Vorgang. Der Ausschuss hat noch gar keine Möglichkeit gehabt, im Plenum die Gründe der Ablehnung darzulegen, auch die Vorlage der Regierung ist noch nicht zurückgezogen und nun wird das Haus durch ein neues Gesetz in Gestalt eines Initiativantrags überrascht, den die Regierungsparteien unter gültiger Mitwirkung der Regierung im stillen Kämmerlein ausgebrütet haben. (Hört, hört!). Das Kind kam zur Welt nicht ohne Geburtschwierigkeiten, es kam zustande unter dem Druck des Reichsfinanzministers, der unter allen Umständen aus Bier und Tabak noch höhere Erträge herauszohlen will. Man mußte erst mit einer Regierungskrise drohen, bis sich eine Mehrheit für den Antrag fand. Dieser Antrag verlangt behaltender Weise eine Erhöhung von nur 50 Proz. Auch beim Tabak ist man etwas behaltender geworden und man hat Konzessionen nach allen Seiten gemacht. Unterzeichnet ist der Antrag von 5 Parteien, zu ihnen gehört auch die Bayerische Volkspartei (Hört, hört!) und die Wirtschaftspartei, die ja auch den Bayerischen Bauernbund in sich schließt. Also auch diese Parteien treten für die Vortierung von Bier und Tabak ein. Draußen im Lande hat man allerdings einen anderen Standpunkt vertreten. Dort wehrt man, was das Zeug hält, gegen die Berliner Regierung, die dem armen Ranne Bier und Tabak verteuern wolle. Dieses zwiespältige Verhalten bedeutet

### einen neuen skandalösen Betrug an den Wählern.

Man bringt es heute fertig, mit der gleichen Ueberzeugung für die Erhöhung der Biersteuer einzutreten, mit der man im Lande gegen sie gesprochen hat. Wenn die Herrschaften so fortfahren, dann werden sie bald den deutschnationalen Aufwertungsdemagogen ebenbürtig sein. Wir werden nicht verstehen, das volkseindliche Treiben der Parteien, die die Besitzsteuern ermäßigen, die breiten Massen aber durch erhöhte Verbrauchssteuern unerträglich belasten, gebührend an den Pranger zu stellen.

Der Redner schildert die voraussichtlichen Folgen einer Biersteuerverhöhung für Wirtschaft und Verbraucher. Es steht fest, daß eine höhere steuerliche Belastung einen Rückgang des Verbrauchs und damit der Produktion mit sich bringt. Das stellt nicht nur den erwarteten Mehrertrag von Steuern in Frage, es muß auch vom Standpunkt der Wirtschaft schwere Bedenken auslösen. Auch die abgeänderte Steuer wird immer noch eine Mehrbelastung des Bieres um 8 bis 10 P. pro Liter bringen. Nun aber ist folgendes zu berücksichtigen: Die Biersteuer ist um die Hälfte ermäßigt worden, die Folge davon ist, daß die Steuern auf Wein und Bier in keinem Verhältnis mehr zueinander stehen, das Bier wird erheblich höher besteuert als der Wein. Ein geradezu ungeheurerlicher Skandal aber ist das Verhältnis zwischen der Belastung von Bier, Tabak, Zucker und der von Branntwein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Steuer auf Bier hat 1924 bis 1925 mehr als die Branntweinsteuer eingebracht. Es ist ein ungeheurerlicher Zustand, daß Bier, Tabak und Zucker so viel mehr aufbringen sollen als Branntwein. Die Erhöhung der Biersteuer wird aber auch der Anlaß zu einer Steigerung der Preise für andere Dinge sein. Besonders in Bayern sieht der Mißpreis in einer gewissen Relation zum Bierpreis, in dem Augenblick, wo das Bier verteuert wird, werden die Landwirte auch die Milchpreise in die Höhe setzen. Eine weitere Folge der Verteuerung des Bieres wird die Zunahme des Schnapsverbrauchs sein. Der zweifelslos zu erwartende Rückgang der Produktion bedeutet aber auch die Brotlosmachung von Tausenden von Arbeitern und Angestellten, er wird den Ruin vieler Klein- und Mittelbetriebe bringen, die heute immerhin einen wesentlichen Faktor der Wirtschaft bilden. Mit den gegenwärtigen Steuerhöhen auf Bier und Tabak ist die Grenze des Erträglichsten bereits erreicht. Der Reichswirtschaftsrat hat eine ablehnende Stellung eingenommen, im Reichstag war eine starke Widerheit gegen die Steuer. In demselben Augenblick, wo die Vermögens- und Erbschafts- und andere Besitzsteuern abgebaut, wo man von Inflationsteuern überhaupt nichts wissen will (Sehr richtig!), sollen die Verbrauchssteuern erhöht, die breiten Massen weiter belastet werden!

Gegen eine solche Steuerpolitik machen wir mit allem Nachdruck Front, wir lehnen die von der Vorlage verlangte Steuer ab, weil sie wirtschaftlich einen schweren Fehler bedeutet, weil sie unsozial über alle Massen ist. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Neubauer (Komm.) findet es bezeichnend, daß die Antragsteller ihren Gesetzentwurf auf Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern nicht einmal begründen.

Abg. Bül (Dem.) erinnert an die programmatischen Erklärungen des Reichsanwalters Luther bei seinem Regierungsantritt, daß die die Massen belastenden Steuern abgebaut werden sollten und an die kürzlich beschlossene Herabsetzung der Weinsteuer. Die Demokraten würden nicht dulden, daß die Regierung nach außen hin so tue, als ob sie die Kleinen gegen die Großen schütze und dann derartig belastende Steuern einführe. (Beifall links.)

Abg. Hortländer (Bant. Rp.) erklärt: Die Bayerische Volkspartei habe zwar die gefasste Vorlage nicht ablehnen wollen, weil sie eine Reihe von Vergünstigungen für Bayern enthielt, hätte aber die darin enthaltenen Tarife abgelehnt. Die neue Vorlage der Regierungsparteien bringe volle Steuerfreiheit für die kleinen Brauereien unter 1000 Hektoliter. Was noch zu verbessern sei, müßten die Ausschussberatungen bringen.

## Abg. Schlüter (Soz.):

Diese Vorlage ist ein Beispiel von der Art, wie man bei uns Steuern und Zölle macht. Ohne jede Kenntnis des Tabakgewerbes werden einseitig großkapitalistische Interessen bevorzugt. Die Durchführung der vorgeschlagenen Zoll- und Steuerbelastung des Tabaks bedeutet den Todesstoß für einen großen Teil der weniger kapitalkräftigen Tabakfabrikanten, sie bedeutet die Wegnahme des letzten Stückchen Brots für Tausende von Arbeitern der Tabakindustrie. Die jetzt verlangte Erhöhung des Einfuhrzolles von 30 auf 80 Mark hat dieselbe Höhe, wie sie in den Jahren 1879 und 1909 vorgenommen wurde. Der Landwirtschaft wurde damit in keiner Weise geholfen, aber der Industrie und ganz besonders der Arbeiterklasse wurden schwere Wunden geschlagen, die sich in einer ungeheuren Arbeitslosigkeit zeigen, in Lohnruhm und einer Verarmung der Arbeiterklasse, die seitdem niemals überwunden werden konnten. Die Nationalversammlung hatte die Besteuerung der Tabakfabrikate immerhin nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen. Im Jahre 1923 ist die soziale Staffelung der Banderolensteuer wieder aufgehoben und eine gleichmäßige Belastung von 20 Proz. des Kleinverkaufspreises für Zigaretten und Rauchtobak, Feinschnitt von 40 Proz. festgesetzt worden, ganz gleich, ob es sich um schlechte oder teure Sorten handelt. (Hört, hört!) Das hat zu einem Rückgang der Produktion in der Zigarettenherstellung und zu ständig steigender Arbeitslosigkeit geführt. Auch heute noch herrscht eine große Arbeitslosigkeit. Diese Art der Besteuerung führt zu einer

### vollständigen Zerstörung der Tabakindustrie.

Jede neue Besteuerung verursacht einen starken Rückgang des Konsums. Am schärfsten zeigt sich diese Wirkung bei den Arbeitern der Zigarettenherstellung, die 75 Proz. aller Tabakarbeiter ausmachen und wiederum am schärfsten in den Bezirken, wo die billigeren Zigaretten hergestellt werden. Im Jahre 1908 waren in der Tabakindustrie 171 126 Bollarbeiter beschäftigt, im Jahre 1923 nur noch 103 405, das ist also ein Verlust von 67 721 Bollarbeitern. (Hört, hört!) Bedeutet man nun, daß 65 Proz. der Arbeiter der Zigarettenindustrie in kleinen Orten, zumeist in Dörfern, wohnen und arbeiten und daß in diesen Orten ein anderer Erwerb nicht vorhanden ist, so wird man begreifen, daß diese Orte völlig zugrunde gerichtet werden. Wie stark die Belastung der Tabakindustrie durch Steuern und Zölle ist, ergibt sich daraus, daß 1924/25 allein 600 Millionen aus der Tabaksteuer eingenommen sind. (Hört, hört!) Anstatt nun an einer Erhöhung der Tabakindustrie zu arbeiten, will man jetzt durch eine Erhöhung der Tabaksteuern eine Einnahmequelle des Staates zerstören, will man die ganze Industrie vernichten, die Arbeiterschaft, die Kleinbrikanten, viele Tausende von Zigarettenlabeninhabern um ihre Existenz bringen. Wir lehnen diese Vorlage ab. Wird sie Gesetz, dann muß sich in Tausenden von Herzen der Angehörigen und Arbeiter der Tabakindustrie und deren verwandten Berufen ein unaussprechlicher Haß festsetzen, aber das wird dazu beitragen, daß es in Deutschland bald ein Ende damit hat, daß Parteien und Regierungen am Ruder sein können, die solches Verderben weiter Volkstrenne herausbeschwören. (Lebhafter Beifall v. d. Soz.)

Abg. Fehr (Wp.) unterstreicht die Verbesserungen der Vorlage. Abg. Henning (Bölk.) lehnt die Vorlage ab, die das unsoziale vom Unsozialen ist.

Die Vorlage wird dann dem Steueraussschuß überwiesen. Der Regierungsentwurf wird vom Finanzministerium daraufhin zurückgezogen. Der Gesetzentwurf über den Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag mit Amerika wird dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Es stehen dann die dritte Beratung von zwei Verträgen mit Polen, einer über die Benutzung von Baulinien in Kurzbahnen und einer über Erleichterungen im kleinen Grenzverkehr auf der Tagesordnung.

Abg. Frid (Bölk.) beantragt diese Verträge von der Tagesordnung abzulehnen.

Das Haus stimmt dem für den erstgenannten Vertrag zu, nimmt aber, im Interesse der deutschen Grenzbevölkerung, das Abkommen über den kleinen Grenzverkehr in allen drei Lesungen an.

Nachdem noch ohne Debatte in allen drei Lesungen das Gesetz über den Beitritt Deutschlands zum Spghbergvertrage angenommen worden ist, wendet sich das Haus der Weiterberatung des Haushalts des Ministeriums für die besetzten Gebiete zu.

Abg. v. Ramin (Bölk.) erklärt es für eine Pflicht der Regierung, endlich einmal vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt festzustellen, wie „ritterlich“ sich die „große Nation“ gegenüber der wehrlosen Bevölkerung der besetzten Gebiete benehme. Mit der Politik, die die Regierung heute treibe, würden die Rheinlande nie befreit werden. (Beifall bei den Bölk.)

Abg. Eßer (Z.) teilt mit, daß er seinen Antrag zurückgezogen habe, bei der dritten Lesung des Etats für die Kriegskosten die angenommenen Entschädigungen mit zu erwähnen, weil diese Entschädigungen an anderer Stelle erwähnt seien. Seine gestrigen Bemerkungen über diese Angelegenheit, die sich gegen den Berichterstatter Abg. Bortemann (Wp.) richteten, seien daher gegenstandslos.

## Abg. Frau Schiffgens (Soz.)

fordert von der Regierung die Bereitstellung größerer Mittel zur Beseitigung der unerträglichen Wohnungsnot im besetzten Gebiet. Wenn sich die Regierung nicht bald dazu aufrauft, die von ihr selbst als dringend notwendig bezeichnete Beseitigung der Wohnungsnot endlich zu beginnen, so wird man sich die Frage vorlegen müssen, ob die Regierung überhaupt noch sich ihrer Verantwortung bewußt ist. Die große Not, in der sich viele Kreise der besetzten Gebiete befinden, wird noch vermehrt werden, wenn die Räumung der ersten Zone fortgeschritten. Die Entschädigung der sozialdemokratischen Fraktion fordert die Bereitstellung der notwendigen Mittel. Die Sozialdemokraten legen Wert darauf, daß diese Mittel sofort zur Verfügung stehen und daß nicht erst lange Verhandlungen mit den Gemeinden geführt werden. Hier ist wiederholt mit Empörung die Behandlung geschickt worden, die das Volk am Rhein von der fremden Besatzung zu erdulden hat. Darüber muß aber Klarheit herrschen, daß die Not der rheinischen Bevölkerung noch größer werden muß, wenn sie in ihrem Glauben an die Regierung enttäuscht wird. Herr Ramin hat bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete mit seinen Ausführungen einen schlechten Dienst erwiesen; sie lehnt es ab, sich in dieser Weise vertreten zu lassen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Ellend (Dnat.) wünscht, daß die politischen Gefangenen im besetzten Gebiet bei einer bevorstehenden Räumung nicht vergessen werden und verlangt von der Regierung ein stärkeres Eintreten bei der Reichsbahn für die beim passiven Widerstand geschädigten Eisenbahner.

Abg. Mollath (Wirtsch. Bg.) meint, daß die Reichsregierung vor allem auch die unerhörte Steuerlast mildern müsse, wenn sie der Bevölkerung der besetzten Gebiete helfen wolle.

## Abg. Jacobshagen (Soz.)

betont, daß man mit schönen Worten der Not der Erwerbslosen im besetzten Gebiete nicht steuern könne. Der Redner schildert Einzel-

heiten über die schwere Erwerbslosen- und Wohnungsnot. Da mühten endlich einmal Leute gehen. Der Redner begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der von der Regierung Mittel für die Länder und Gemeinden des besetzten Gebietes zur Behebung der Erwerbslosennot wünscht. Der Finanzminister solle hier einmal keine Reden halten, sondern zum Werke schreiten. (Beifall links.)

Damit schließt die allgemeine Debatte. In der Einzelberatung wendet sich Abg. Dorisch-Hessen (Dnat.) gegen die Zwangseinquartierung im besetzten Gebiet. Dann wird der Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete in 2. Lesung bewilligt.

Das Haus wendet sich der Beratung des Etats des Reichstages zu.

## Berichterstatter Abg. Laubadel (Soz.)

empfiehlt im Ausschuss bereits genehmigte Entschädigungen zur Annahme, die u. a. verlangen: geeignete Arbeitsräume für Abgeordnete; Prüfung der Möglichkeit eines Nebengebäudes zum Reichstagsgebäude; Beschaffung von Freifahrten für die Abgeordneten für die Postautolinien und die Dampferlinien auf dem Bodensee. Außerdem soll geprüft werden, ob für den Reichstag nicht ein Garten geschaffen werden könne. — In dem Etat ist neu eingefügt ein Titel in Höhe von 30 000 M., der zur Verfügung des Reichstagspräsidenten steht. Mit diesen Mitteln soll der Reichstagspräsident in die Lage versetzt werden, beim Personal des Reichstages Befoldungshälften auszugleichen und unvorhergesehene Ausgaben zu decken. Die Abgeordneten sollen ferner noch Freifahrten für die Klein- und Postabfahren und mehr als bisher Zuschüsse zur Benutzung von Schlafwagen erhalten. — Der Reichstag will sich auch ein Automobil kaufen und hat sich zu diesem Zwecke 20 000 M. bewilligt.

Ohne wesentliche Debatte wird der Etat des Reichstages in zweiter Lesung bewilligt.

## Abg. Dittmann (Soz.)

beantragt die Zurückverweisung des Kapitels 17, das die Entschädigungen der bei dem Wahlprüfungsgerichte vernommenen Zeugen und Sachverständigen, sowie der dem Wahlprüfungsgericht angehörigen Mitglieder des Reichsgerichts regelt, an den Haushaltsausschuß. Die Reichsgerichtsmitglieder, die dem Wahlprüfungsausschuß angehören, haben eine Erhöhung ihrer Bezüge beantragt. Inzwischen hat das Reichsfinanzministerium diese Bezüge weit höher bemessen. Es sei notwendig, darüber eine Klarstellung herbeizuführen. Bei dieser Gelegenheit müsse aber noch auf etwas anderes aufmerksam gemacht werden. Früher seien die Wahlprüfungen im Plenum vorgenommen worden, sie hätten oft tagelange Aussprachen verursacht. Jetzt werden die Prüfungen in einem kleinen Gremium erledigt. Auf Grund der in dem Wahlprüfungsgericht gemachten Erfahrungen müsse man sagen, daß es notwendig sei, bei der Wahlreform auch eine Reformprüfung des Verfahrens des Wahlprüfungsgerichtes vorzunehmen. So wie sie jetzt vorgenommen werde, habe die Prüfung keinen Zweck. Die größeren Fraktionen seien zwar mit je 2, die mittleren mit einem Mitgliede vertreten, aber es sei nicht so, daß in jedem Falle je ein Mitglied der Fraktionen anwesend ist. Es werden oft Beschlüsse in einer Sitzung gefaßt, die in einer anderen Sitzung wieder umgeändert werden. Es sei notwendig, daß der Reichstag sich mit dieser Frage befaßt.

Ohne Debatte wird eine Novelle über den Verkehr mit Vieh und Fleisch dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. An den Haushaltsausschuß gehen die Mitteilungen des Rechnungshofes.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen folgt die Beratung eines Gesetzentwurfes über die Ausübung des Rechtes zum Tragen einer Militäruniform, nachdem ein Verlagsantrag um 1/8 Uhr abgelehnt worden war. Der Entwurf will dem Reichspräsidenten das Recht geben, diese Frage zu regeln.

## Abg. Kuhn (Soz.)

fragt, wie der Reichstag in einer Zeit, die für die Beratung der wichtigsten Probleme nicht ausreicht, es verantworten könne, sich mit dem Tragen alter kaiserlicher Uniformen zu beschäftigen. Es würde nicht gerade imponierend wirken, wenn sich 60 bis 80 Jahre alte Herren, die den Kopf nicht mehr ruhig halten können, mit dem Helmbusch zeigen. (Heiterkeit.) Auch verbrecherischen Elementen werden dadurch neue Möglichkeiten gegeben. Die große Mehrheit des deutschen Volkes wolle vom Tragen der alten kaiserlichen Uniform nichts wissen. Aus der Vorlage spreche der Geist von Potsdam. Die Sozialdemokraten würden sich gegen alle Vorrechte wenden und deshalb auch gegen den Unfug des Zurückhaltens der kaiserlichen Uniformen. (Beifall links.)

Reichswehrminister Gessler unterstreicht die rechtliche Schwierigkeit der Materie.

## Eine Lärmdebatte.

Abg. Dittmann (Soz.) beantragt nunmehr, nachdem auch der Minister gesprochen hat, die weitere Debatte zu vertagen.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): Nach den unerhörten Angriffen des sozialdemokratischen Redners (Sturm. Unterbrechungen links, großer Lärm), ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, daß wir sofort darauf antworten können.

Abg. v. Graefe (Bölk.) schließt sich dieser Auffassung an und erhebt Einspruch gegen die Vertagung.

Abg. Bräunigklaus (D. Wp.): Das Haus hat vorher dem Vorschlag des Präsidenten zugehört, dieses Gesetz noch heute in erster Lesung zu erledigen, zugestimmt. Wir können verlangen, daß wir nun auch gehört werden.

Abg. Dittmann (Soz.): Wir erleben oft, daß die Vorschläge des Präsidenten, die er im Auftrage des Vizepräsidenten macht, nicht immer gehalten werden können. Wir wollen ja dieses Gesetz heute nicht mehr in Angriff nehmen. Das hat die Mehrheit abgelehnt. (Stürmischer Lärm.) Es sollen heute noch die Fraktionen Sitzungen halten. (Fortgesetzter starker Lärm.)

Für den Antrag auf Vertagung stimmte die gesamte Linke und das Zentrum.

Vizepräsident Dr. Bell erklärt dies für die Mehrheit. Diese Entscheidung ruft den stürmischen Widerspruch der Rechten hervor, die immerfort nach Gegenprobe ruft. Insbesondere erfüllt das Haus. Die Linke will augenscheinlich die Vertagung erzwingen. Der Vizepräsident läßt die Gegenprobe vornehmen und erklärt die Abstimmung für zweifelhaft und will die Auszählung anordnen. Er kann sich jedoch unter dem Lärm kein Gehör mehr verschaffen und vertagt deshalb die Sitzung auf drei Minuten.

Nach der Wiederöffnung schlägt Vizepräsident Dr. Bell vor, nunmehr die Sitzung abzubrechen. (Lärm und stürmischer Widerspruch rechts.) Der Vizepräsident läßt abstimmen, ob die eben abgebrochene Beratung wieder aufgenommen werden soll. Die Mehrheit aus der Linken und im Zentrum lehnt dies ab, was neuen losenden Lärm der Rechten verursacht.

Abg. v. Graefe (Bölk.) erklärt, daß nach diesen skandalösen Vorgängen — (unter dem Lärm der Linken gehen die weiteren Worte verloren, es ist nur zu entnehmen, daß er die Fortsetzung der Beratung in der Sitzung morgen beantragt).

Die Mehrheit stimmt diesem Antrage zu. Unter andauern dem stärksten Lärm schließt die Sitzung um 8 1/2 Uhr.

Freitag 2 1/2 Uhr: Fortsetzung der eben abgebrochenen Debatte; Aufwertungsgelese.

# Das Moskauer Fehlurteil.

Von Dr. Heinrich Freund.

Unter dieser Ueberschrift sendet uns Rechtsanwalt Dr. Heinrich Freund, der auf Wunsch der Reichsregierung als inoffizieller Beobachter dem Moskauer Studentenprozeß beiwohnte, folgende Darstellung:

Die Angeklagten Kindermann, Wolscht und v. Dittmar sind als Kommunisten in Rußland eingereist und in dem Haus der Polst-Emigranten (kommunistisches Flüchtlingsheim) abgestiegen. Dort erregten sie sofort Mißtrauen. Kindermanns Mitgliedskarte zur kommunistischen Partei war nach seinem Geständnis verfälscht. Er selbst hatte hineingeschrieben, daß er Mitglied der Partei seit 1920 sei, während die Beitragsmarken und das Datum der Mitgliedskarte erkennen ließen, daß er die Mitgliedschaft erst im Sommer 1924, also kurz vor der Einreise erworben hat. Der Umstand, daß sie ihre kommunistische Gesinnung in auffälliger Weise überall hervorkehrten, daß sie Zugang zu den führenden russischen Parteigrößen suchten und in ihrem Benehmen sehr stark abwichen von den sonstigen Gästen des Polst-Emigrantenhauses, mußte das Mißtrauen verschärfen. Besonders fiel auf, daß Wolscht in einem abgehörten Telefongespräch sich bei den Deutschen Bottschaft meldete. Echte Kommunisten pflegen das nicht zu tun und so erfolgte die Verhaftung, die weitere Verdachtsmomente jagte förderte. Wolscht versuchte bei der Verhaftung die Visitenkarte des Legationsrats Hilgers, die er auf der Reise bekommen hatte, um sich bei der deutschen Bottschaft melden zu können, zu vernichten. In seinem Besitz wurde ein Fläschchen Zyanalkali gefunden. Kindermanns Angaben über seine Reisepläne erschienen überdies so phantastisch und diesseitig, daß man ihm nicht glaubte. Somit erscheint die Verhaftung und Einleitung der Voruntersuchung keineswegs als Willkür, sondern als berechtigte Maßnahme (?), was freilich im Anfang in der Öffentlichkeit in Deutschland mangels Kenntnis der Einzelheiten nicht sofort erkannt werden konnte.

Die Hauptverhandlung erfolgte unter den ungünstigsten Umständen für die Angeklagten. Die deutschen Angeklagten hatten auf die Dienste der ihnen gestellten Offizialverteidiger verzichtet. Dieser Verzicht ist, wie ein Mitglied der deutschen Bottschaft in der Unterredung mit den Angeklagten, die er nach der Verurteilung hatte, feststellen konnte, spontan und freiwillig gewesen. Dieser Verzicht war insofern verhängnisvoll, als er dem Staatsanwalt freies Spiel gab. Zudem wurde die Selbstverteidigung der deutschen Angeklagten denkbar unglücklich geführt.

Kindermann hätte die Möglichkeit gehabt, die Anklage, die sich auf die Mitgliedschaft zur Organisation Consul in erster Reihe stützte, dadurch entkräften zu können, daß er sich auf seine jüdische Abstammung berief. Kindermann hat aber von jeher sein Judentum verleugnet und dadurch Anlaß zu der Feststellung gegeben, daß er sich in die Organisation Consul unter Verschweigen seiner Abstammung eingeschlichen habe. Kindermann hat ferner gegen sein Geständnis in der Voruntersuchung, das nur durch Beeinflussung erklärlich ist, mit untauglichen Mitteln angekämpft. Statt den wahren Sachverhalt, der baldigste Freilassung in Aussicht stellt, offen zuzugeben, hat er die unholdbare Konstruktion einer Hypnotisierung vorgezogen und sich dadurch lächerlich gemacht. Wolscht hat gegenüber der einwandfreien Sachverhaltsfeststellung, daß das bei ihm gefundene Fläschchen Zyanalkali enthalten habe, humm gesehnt und dadurch den gegen ihn bestehenden Verdacht verschärft.

Die Anklage stützt sich ferner auf das Zeugnis Baumanns, dessen Entkräftung den Angeklagten mangels eines Verteidigers und infolge fehlender ausreichender geistiger Fähigkeiten mißlang. Da die Angeklagten zahlreiche gegen sie sprechende Umstände, die Baumann bekundet hat, zugeben mußten, insbesondere ihre völligen Ueherzeugungsäußerungen während der Untersuchungshaft Baumann gegenüber, hat das Gericht auch die anderen Angaben Baumanns, daß sie als Abgesandte der Organisation Consul eingereist seien, als wahr angenommen. Es muß als weiteres Mißgeschick der deutschen Angeklagten bezeichnet werden, daß ihr Mitangeklagter v. Dittmar, den sie nur nach flüchtiger Bekanntschaft nach Rußland mitgenommen hatten, sich restlos der Anklage angeschlossen und sich dem Staatsanwalt zur Verfügung gestellt hat. Dittmars Aussagen waren derart befestigt für die deutschen Angeklagten, daß das Gericht sie als wahr ansah, zumal v. Dittmar sich zugleich selbst nicht weniger befestigte. Die Hauptverhandlung hat trotz aller dieser starken Verdachtsmomente für die deutschen Jücker nicht die Ueberzeugung begründen können, daß die Angeklagten tatsächlich schuldig gewesen sind. Für Kenner des deutschen Studentenlebens war es anstandslos der entlassenen Aussagen der Zeugen Hind und Rose und auf Grund der eidesstattlichen Erklärung des Reichsanwalters Michaels wie durch eigene Sachkunde klar, daß das Studentenwerk ebensowenig mit der Organisation Consul zu tun hatte, wie das Studentenheim in der Friedrichstraße 107, mit dem die Angeklagten in Verbindung standen. Damit aber ist der Anklage die Grundlage entzogen. Für das russische Publikum dagegen, dem die Verhältnisse fremd sind, konnte sich das Bild anders darstellen. Berücksichtigt man schließlich die herausfordernde, überhebliche, ungezogene Art, wie die deutschen Angeklagten sich dem Gericht gegenüber aufspielten, so versteht man unter Mißverständlichkeit der Gesamteinstellung des Gerichts, daß dieses sich nicht veranlaßt sah, mildernde Umstände gelten zu lassen. (!)

Ist sonach auch das Moskauer Urteil als Fehlurteil zu bezeichnen, so wird man doch eine zu weit gehende Verallgemeinerung des hier geschehenen objektiven Unrechts vermeiden müssen, weil es sich immerhin im vorliegenden Falle um einen kriminalistischen Sonderfall handelt.

Die Angeklagten sind in weitem Maße ein Opfer des Zusammenstoßes unglücklicher Ereignisse und ihrer eigenen Unfähigkeit geworden, durch würdiges und kluges Verhalten in der Voruntersuchung und durch eine angemessene Führung der Verteidigung die gegen sie vorhandenen verdächtigen Momente zu zerstreuen.

Die Darstellung des Herrn Dr. Freund ist in mancher Beziehung sehr lehrreich, da sie Einblick gewährt in die näheren Umstände, die zu der Verhaftung der drei deutschen Studenten geführt haben. Sie ergänzt das Bild, das bereits durch die bisherigen Veröffentlichungen in der deutschen Presse über die Person der verhafteten Studenten gezeichnet wurde und bestätigt, daß man es bei dem deutschpolnischen Grafen v. Dittmar mit einem agent provocateur der Sowjetregierung und bei Wolscht und Kindermann mit zwei unreifen renommierten Jünglingen zu tun hat, wie sie zu Duzenden in den Kreisen der Caséhauskommunisten anzutreffen sind.

Hält man sich das Verhalten der Studenten nach ihrem Eintreffen in Rußland vor Augen, so kann man es verstehen, daß sie im Milieu der gegenseitigen Beispiegelung, die unter der glorieichen Herrschaft der kommunistischen Tscheka in Rußland herrscht, Mißtrauen erweckten. In einem Kulturlande jedoch wäre es wohl kaum möglich gewesen, daß sie als Verbrecher verhaftet und unter Anklage gestellt wurden, weil bei einem die Visitenkarte eines deutschen

Legationsrates und bei dem anderen ein Fläschchen Zyanalkali gefunden wurde. Wir glauben deshalb, daß Herr Dr. Freund der besonderen Mentalität der russischen Nachhaber allzu sehr Rechnung trägt, wenn er die Verhaftung und Prozeßführung der deutschen Studenten als „berechtigte Maßnahme“ erklärt.

Ebenso unverständlich erscheint uns die Schlußfolgerung Dr. Freund's, daß man es verstehen könne, daß das Moskauer Gericht sich nicht veranlaßt sah, mildernde Umstände gelten zu lassen. Denn der Kernpunkt der Darstellung Dr. Freund's besteht ja darin, daß die Hauptverhandlung trotz starker Verdachtsmomente nicht den Beweis erbracht hat, daß die Angeklagten tatsächlich schuldig gewesen sind. Darauf jedoch kommt es vor allen Dingen an. Dies um so mehr, als das törichte und ungeschickte Verhalten der Angeklagten vor Gericht, ebenso wie die provokatorische Haltung v. Dittmars und des zu den Angeklagten in die Zelle gesetzten Spiegels Baumann die Lage Kindermanns und Wolschts im Prozeß auf das ungünstigste beeinflussen mußten. Liegen die Dinge aber so, so kann es trotz der ablehnenden Haltung gegen die Person der Angeklagten gegenüber dem Moskauer Prozeß nur den einen Standpunkt geben, daß man es nicht nur mit einem Fehlurteil, sondern mit einem Justizmord zu tun hat, der zwar im Machtbereich der russischen Tschekajustiz nicht neu wäre, der aber vom Standpunkt des in allen Kulturländern geltenden Rechts auf das schärfste zu verurteilen ist.

## Wirtschaft

### Neue Amerikakredite.

Auf dem amerikanischen Kapitalmarkt, der seit dem Kriege zur Hauptkreditquelle Europas geworden ist, herrscht neuerdings eine sehr starke Emissionstätigkeit. Gegenwärtig befinden sich nach den Feststellungen des Vizepräsidenten von Woodruff Innes, Service, Sinclair, Anleiheverhandlungen über 1587 Millionen Dollar, rund 64 Milliarden Mark in der Schwebel. Seit dem 1. Januar sind bereits endgültig begeben worden 1073 Mill. Dollar, rund 43 Milliarden Mark, davon 254 Milliarden nach Europa. Die Nachfrage des amerikanischen Publikums nach neuen Anleihen hat nicht nachgelassen, so daß die amerikanischen Banken erwarten, daß die Unterbringungsbedürfnisse ausländischer Anleihen in Amerika weiterhin günstig bleiben werden.

Diese Ausflüchte sind für Deutschland besonders erfreulich, nachdem die Stözung des Zustroms amerikanischer Kredite seit März d. J. wie es scheint durch die zuversichtlichen Berichte des Reparationsagenten Gilbert Parker und des amerikanischen Botschafters in Berlin endlich überwunden worden ist. Wie berichtet wird, hat auch das Auswärtigenamt der Vereinigten Staaten an einem faustkräftigen Deutschland die leitenden Regierungsstellen, die Banken und das Publikum zur Unterbringung deutscher Anleihen ermuntern lassen, so wird die lange Biste von bereits gewährten oder in Verhandlung befindlichen deutschen Amerikakrediten erklärlich.

Kuriosum ist, daß die Staats- und Städteanleihen stark im Vordergrund stehen. Berlin mit 15, Köln mit 15, Bayern mit 25, das Saargebiet mit 4 Mill. Dollar, zusammen über 240 Mill. Mark. Kucher Heidelberg, das 1 1/2 Mill. Dollar aufzubringen sucht, steht noch eine Reihe anderer Städte in Anleiheverhandlungen, für deren Abschluß aber die Genehmigung durch die deutschen Aufsichtsbehörden noch ausstehen soll.

Von den Verhandlungen der deutschen Realkreditinstitute zur Unterbringung deutscher Pfandbriefe und ähnlicher Papiere in Amerika ist zwar noch keine endgültig zum Abschluß gekommen, sie dürften aber, wenn die steuerlichen und rechtlichen Schwierigkeiten behoben sein werden, erfolgreich sein. Wie bekannt, stehen gegenwärtig die Raiffeisenbank, die Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekendarlehen, die Deutsche Girozentrale im Vordergrund der Verhandlungen. Die Raiffeisenbank hat ihre Unterhandlungen vorläufig eingestellt, um sie mit denen der kommenden Remontendarlehensbank zu kombinieren, die nach den Ausschlußbeschlüssen der ersten Sitzung ein Auslandskreditkontingent von 1800 Mill. Mark erhalten soll, nachdem die Vorlage der Reichsregierung 4 Milliarden vorgezogen hatte.

Auch Anleiheverhandlungen deutscher Industriewerke werden neuerdings wieder gemeldet, so über 5 Mill. Dollar für die Elektrizitätswerte Westfalen, 10 Mill. Dollar für Rhönig Bergbau, 7 1/2 Mill. Dollar für den Haniel-Ronzern und 10 Mill. Dollar für einige oberstelektische Montanwerke. Nachdem das Schicksal des Stinnes-Konzerns seine auftrüttelnde Wirkung auf die Betriebspolitik der Schwerindustrie, wie die neuerliche starke Umstellungsaktivität beweist, nicht verfehlt hat, ist zu erwarten, daß die neuen Kredite auch wirklich produktiven Umstellungszwecken, und nicht wie vielfach bisher, unrationelle Ausdehnung oder der Durchhaltung nicht rentabiler Substanz zugewandt werden.

Wir haben schon bisher immer mit Nachdruck betont, daß es nicht darauf ankommt, daß die deutsche Wirtschaft Auslandskredite erhält, sondern wofür die Kreditempfänger die Kredite verwenden. Bei den städtischen und staatlichen Anleihen, soweit bekannt, nur produktiv werdende Zwecke in Frage. Auch bei den Industriekrediten wird man heute annehmen dürfen, daß die Auslandskredite als eigentliche Sanierungs-, nicht als Umlags- und Betriebskredite Verwendung finden werden. Bei den Krediten der Realkreditanstalten muß man hoffen, daß die erwartete reiche Ernte recht viel von den eingefrorenen Wechselkrediten der Landwirtschaft zur Ablösung bringen werden, damit die Hypothekendarlehen aus den Auslandskrediten in möglichst geringem Umfang zur Abtragung von Schulden verwendet werden, deren Gegenwert schon verbraucht ist.

### Fleischwarenindustrie und Schutzoll.

Vom Reichsverband der deutschen Fleischwarenindustrie, E. W., wird uns geschrieben:

Der Beschäftigungsgrad der deutschen Fleischwarenindustrie war im Juni im allgemeinen befriedigend, da mit der beginnenden Reisezeit die Salen für Rohwurst, Schinken und Dosenware einsetzt, weniger zufriedenstellend z. B. bei den Berliner Jochbraten, die vorwiegend Frischwurst herstellen. Der Umsatz beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf den Inlandmarkt. Der Absatz nach dem Auslande ist nach wie vor, infolge der deutschen Vieh-, Gewürz- und Dampferpreise, der durch Steuern und sonstige öffentliche Kosten verteuerten Produktionskosten, sowie infolge der ausländischen Einfuhrzölle und einfuhrhemmenden veterinärpolizeilichen Maßnahmen bedeutungslos. Die Preise für Rohmaterialien sind im Monat Juni teilweise wohl auch unter dem Einfluß der von den Landwirten erwarteten Zollbegünstigung weiter gestiegen. Die Schweinepreise zogen von Ende Mai bis Ende Juni auf den Großmärkten Deutschlands durchschnittlich um 10 Proz. an. Dergleichen haben die für die Rohwurstfabrikation sortierten Mitteldärme eine weitere stärkere Aufwärtsbewegung erfahren und sind von Ende Mai bis Ende Juni erneut um 15 Proz. gestiegen. Einzelne Dampferkosten kosten heute das Drei- und sogar das Vierfache des Vorkriegspreises. — Mit dieser Steigerung der Roh- und Hilfsmaterialienkosten konnten die Preise der Erzeugnisse der Fleischwarenindustrie nicht Schritt halten, um überhaupt ab Absatzfähig zu bleiben.

Die Geldknappheit ist nach wie vor äußerst stark. Während es den mittleren und kleinen Unternehmungen der Fleischwarenindustrie unmöglich ist, Auslandskredite herinzubekommen, und Bankkontokorrentkredite oder Hypothekendarlehen nur in völlig unzureichendem Ausmaße und zu den schärfsten Bedingungen eingeräumt werden,

sind sie im Warenbezug und Absatz gezwungen, ihre Lieferanten kurzfristig zu bezahlen, andererseits aber ihren Abnehmern äußerst lange Zahlungsfristen einzuräumen. Die Zahlungseingänge von der Kundschaft erfolgen in zumeist schleppender Weise, auf Kosten der verfügbaren Betriebsmittel der Firmen, so daß, wenn nicht sehr bald eine durchgreifende Kredithilfe einsetzt, weitere Betriebseinschränkungen und Stilllegungen die Folge sein werden.

### Zur Reform des Aktienrechts.

Aus den Kreisen der „Vereinigung für Aktienrecht“ wird uns mitgeteilt, daß der Vorstand und die Ausschüsse der Vereinigung vor kurzem mit Sachverständigen verschiedener Richtungen eine Aussprache über das Problem der Stimmrechts- und Wertverwertungsaktien veranstaltet hat. Die Referate hatten die Herren Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hirsch und Hauptschriftleiter Georg Bernhard übernommen. Beide Referenten waren einig in der entschiedenen Beurteilung der Mißstände, die gegenwärtig in bezug auf die Stimmrechts- und Wertverwertungsaktien bestehen, und in der Ueberzeugung, daß die damit verbundene Entretung der Stammaktionäre mittelbar eine schwere Schädigung der deutschen Volkswirtschaft bedeute. Nicht so einig waren die Referenten in der Beurteilung der Mittel, mit denen die Mißstände am erfolgreichsten zu bekämpfen seien. Der erste Referent verlangte ein schleuniges Eingreifen der Gesetzgebung nach der Richtung, daß die neuen Stimmrechtsaktien zu verbieten und die bereits bestehenden, abgesehen von bestimmten Ausnahmen, zu beseitigen seien, auch forderte er in gewissem Umfange eine gesetzliche Einschränkung und die Einführung eines Publizitätszwanges für die Kontraktverträge der Großaktionäre, da solche Verträge vielfach die berechtigten Interessen der anderen Aktionäre und die Bewegungsfreiheit der Unternehmungen beeinträchtigen. Der zweite Referent erhoffte eine Besserung vor allem von einer energischen öffentlichen Kritik insbesondere in der Presse, er warnte davor, an den Grundlagen des geltenden Aktienrechts, das von den Gerichten vielfach mißverstanden worden sei, ohne Not zu rütteln und erklärte Änderungen des Gesetzes nur insofern für angezeigt, wie von juristischer Seite der Nachweis erbracht werde, daß mit dem geltenden Recht nicht auszukommen sei. In die Referate schloß sich eine lebhaft ausgeführte, an welcher sich insbesondere Reichsminister a. D. Dernburg, Rechtsanwalt Dr. Alsbach, Universitätsprofessor Dr. James Goldschmidt und Rechtsanwalt Dr. Juculius beteiligten. Die Vereinigung beabsichtigt, genauere Vorschläge für eine schleunige gesetzgeberische Reform der Stimmrechts- und Wertverwertungsaktien auszuarbeiten und der Öffentlichkeit zu übergeben.

### Internationale Umschichtungen der Seidenproduktion.

Das verdienstvolle Institut für Weltwirtschaft und Seerecht an der Universität Kiel hat eine die Jahre 1910 bis 1923 umfassende Statistik der Rohseidenproduktion und des Verbrauchs in den verschiedenen Zentren der Seidenverarbeitung veröffentlicht, die wesentliche Veränderungen innerhalb der Weltwirtschaft deutlich macht. Die Gesamtproduktion von Rohseide ist nicht unerheblich gesteigert worden. Sie stieg von 25343 Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1910/12 auf 30585 Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1921/23. Die Produktion in Europa hat im Durchschnitt der Jahre 1910/12 4671 Tonnen betragen; im Kriegsverlauf ging sie ganz wesentlich zurück, hat aber jetzt die Vorkriegshöhe etwa wieder erreicht. In Europa ist Italien das Hauptproduktionsgebiet (1923 = 94 Proz.), daneben spielt Frankreich nur eine ganz untergeordnete Rolle. In der Levante und in Zentralasien ist die Produktion kontinuierlich geringer geworden; während für diese Gebiete im Durchschnitt der Jahre 1910/11 eine Produktionsmenge von 2860 Tonnen nachgewiesen ist, werden für 1922/23 nur noch 780 Tonnen angegeben. Dagegen ist die Erzeugung in Ostasien fast um die Hälfte vermehrt worden. Wurden dort 1910/11 erst 1737 Tonnen erzeugt (70 Proz. der Weltzeugung), so 1921/23 bereits 25313 Tonnen (mehr als 80 Proz. der Weltproduktion). Innerhalb der ostasiatischen Produktionsgebiete hat Japan seinen Anteil von 82,6 Proz. im Jahre 1910 auf 70,9 Proz. im Durchschnitt der Jahre 1921/23 gesteigert. Entsprechend ist die chinesische Produktion geringer geworden (bzw., da die Zahlen für Ostasien die Ausfuhr, nicht die Produktion, bezeichnen, der chinesische Export von Rohseide).

In der Produktion des Rohstoffes hat somit Ostasien kein Monopol verliert, wobei bezüglich der Mengen, die am Weltmarkt erscheinen, Japan noch stärker als bisher in den Vordergrund getreten ist. Sämtliche europäischen Verarbeitungszentren haben ihren Rohseidenbedarf stark eingeschränkt, während der stark schwankende Verbrauch in der japanischen Industrie sich erhöht hat und speziell die Vereinigten Staaten etwa das doppelte Quantum, wie zuletzt vor dem Kriege, verarbeiten. Die deutschen Seidenzentren Krefeld und Elberfeld haben ihre Bezüge von Rohseide auf ein internationales Niveau noch in Betracht kommendes Quantum reduziert. An der Spitze stehen immer noch Holland und Japan. Jeder dieser Plätze verbraucht etwa doppelt soviel Rohware wie die gesamte Vereinigte-Staaten-Industrie.

Die Einfuhr ausländischer Kohlen im Juni. Im Hinblick auf den deutsch-polnischen Wirtschaftskrieg interessieren die Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der deutschen Kohleneinfuhr. Nach vorläufigen Schätzungen wurden, wie wir dem Hochblatt „Industrie-Kurier“ entnehmen, im Juni folgende Kohlenmengen aus nächstehenden Ursprungsländern eingeführt: England circa 226 000 Tonnen (hierzu sind circa 20 000 Tonnen Bunkertohle enthalten), Saargebiet circa 80 000 Tonnen, Holland, Belgien und Luxemburg insgesamt circa 20 000 Tonnen. Die zollfreie Lieferung aus Polnisch-Oberschlesien betrug, wie bereits bekannt, noch 250 000 Tonnen. Die englische Kohleneinfuhr hat im Juni gegenüber dem Vormonat um circa 60 000 Tonnen abgenommen. Die gesamte Einfuhr an Steinkohlen nach Deutschland belief sich im Berichtsmonat auf circa 560 000 Tonnen. — Die Einfuhr böhmischer Braunkohlen erreichte das der Tschekoslowakei zustehende Kontingent von 160 000 Tonnen.

Weitere Auswirkungen des deutsch-polnischen Zollkrieges. Das Geschäftsjahr 1925 hat in der Holzindustrie bisher einen normalen Verlauf genommen. Die Versorgung mit Bierfässern für die diesjährige Saison, die hauptsächlich in der Zeit von Weihnachten bis Pfingsten vor sich geht, dürfte im wesentlichen abgeschlossen sein. Vom Weinbau sind die Aufträge in zufriedenstellendem Umfang eingegangen, so daß man bis zum Spätherbst mit einer stillen Beschäftigung rechnen kann. Obwohl die Preise der von der Holzindustrie benötigten Holzsorten im Vergleich zum Vorjahre eine leichte Ermäßigung erfahren haben, liegen die Holzpreise doch noch um ein Geringes höher als im Vorjahre, da inzwischen stärkere Belastungen aus Steuern usw. eingetreten sind. Der Zollkrieg mit Polen, der für die Verlogung des deutschen Holzmarktes besonders wichtig ist, stellt ein neues Moment der Beunruhigung für die Holzindustrie dar. Das Exportgeschäft für Fässer liegt fast völlig darnieder.

Eröffnung eines neuen Schachtes bei Thyssen. Wie gemeldet wird, hat die Gewerkschaft Thyssen in Hamborn nunmehr Schacht 8 (Bettfahlschacht) fertiggestellt und vor einigen Tagen die Förderung aufgenommen. Man hofft, hierfür eine Erhöhung der Grundlohnbeiträge zu erhalten. Dies würde zur Erhöhung der Leistung führen, so daß ein Teil der arbeitslos gewordenen Bergleute dort untergebracht werden könnte.

## Der Einbrecher.

Von Hans Hyan.

(Schluß.)

Ueber einen mit violettem Velours bezogenen Puff hatten verlichte Hände, die vor Eile und Sehnsucht zitterten, ein duftiges Reglitzgewand geworfen. Daneben spigenbesetzte Höschen, gestickte Unterhose und ein seidenes Hemd an der Erde. Auf dem Rohr eines leiner leichten Wiener Stuhls aus gebogenem Holz ringelten sich zwischen erdfarbenen Strümpfen zwei blaue Schlangen mit goldenen Kränlein — die seidenen Strumpfbänder, und über der Lehne hing eine lederbesetzte Reithose und spreizte sich, wie vom Sturm dahingeweht, ein Waffenrock von jenem leuchtenden Blau mit hellroten Aufschlägen und vergoldeten Knöpfen, wie sie die Suanenoffiziere tragen. Der Rock hatte die Kapitänsabzeichen und ein silberblinkerndes Larvas lehrte neben den dazu gehörigen Reistiefeln an der Spiegeltisette und in der Mitte, gleichsam auf der Bühne des von einem starken Weißbrot durchzogenen Gemaches, stand ein breites französisches Bett unter kornblumenblauem Sammetbalddach.

In diesem Bett aber schliefen, nur von einer dünnen seidenen Decke bedeckt, die junge Göttin des Rechnungsrats und ihr Geliebter.

Sie lagen ein wenig entfernt von einander, aber ihr weißer Arm berührte seinen Hals, als wolle sie ihn selbst im Schlaf nicht lassen. Ihr polter, schmiegsamer Leib, der noch nie einem Kinde von seinem Boden gegeben und dem noch keine Arbeit beigeigt hatte, kühlte wie ein Rosenbeet im Juni, und ihr Antlitz wandte seine geschlossenen, von dem bläulichen Finger der Leidenschaft betupften Augen mit einem matten, aber unendlich glücklichen Lächeln dem Geliebten zu.

Der Spitzhube sah nur ein Weiß mit entblähtem Busen. Auf seiner Stirn und am Hals traten die Adern hervor und seine Glieder dehnten sich wie zum Sprunge... Und plötzlich löste sich seine Erregung in einem Strom von Heiterkeit — er fing an, unerbittlich zu lachen.

Die junge Frau erwachte und kammerte sich schreiend an ihren Geliebten. Der Offizier schmeckte mit einem Fluch empor und wollte sich aus den Armen der jungen Frau reißen.

„Sag mich los, Anne, sag los!“  
„Nein, ach bitte, nein, Emil!“ schrie die junge Frau, ihn mit ihren Armen fest umschlingend.

Der Offizier blieb sitzen.  
„Was wollen Sie hier?“ schmeckte er den Einbrecher an. „Wie können Sie sich unterstehen, Mensch, hier einzudringen?“

Der Dieb hatte sich kaffischelnd vor dem Säbel des Offiziers postiert.

„Beunruhigen Sie sich nicht, Herr Kapitän!“ höhnte er, dabei mit einem großen, klippenden Einschlagmesser spielend, „und bleiben Sie hübsch liegen, ich tue Ihnen ja nichts.“

Der Offizier, ein Keiner, schmiger Kerl, blieb auf dem Betze, aber in seinem Gesichte war nichts von Furcht, während die junge Frau schluchzte und die seidene Decke bis an den Hals hinaufzog.

Der Einbrecher lehnte mit verchräntem Arman, lächelnd und schwermütig an der Lollseite. Der Offizier zerbiß seinen blonden Schnurrbart in ohnmächtiger Wut. Dann ward er ruhiger. Er sah ein, daß er nur durch die größte Fügbarkeit gegen diesen frechen, bewaffneten Gauner die geliebte Frau an seiner Seite vor unauswähliger Schande retten könne. Sein jugendlich stolzes Gesicht, dem zwei kleine Erhöhungen an der linken Wange und am Kinn — anscheinend waren sie von Wargen, die er fortgebeizt hatte, zurückgeblieben — etwas ungemein Kühnes und Entschlossenes gaben, nahm den Ausdruck des Glanz an und seine großen, staßfarbenen Augen blickten kalt und verächtlich zu dem Einbrecher hinüber.

„Über was wollen Sie eigentlich?“ jagte er. „Das ist doch eine schauderhafte Unverschämtheit!“ Und sich an der eigenen Entrüstung wieder erregend: „Scher Dich zum Teufel, Kerl! Mach, daß Du fortkommst, sag ich, Du Dummkopf hinout! Augenblicklich!“

Den Spitzhube reizte das.  
Unwillkürlich kam ihm seine Militärzeit ins Gedächtnis... Was? Der wollte ihn hier kugelnieren? „Na, warle!“

„Raus gehalten! Still getreten!“ warrte er nun seinerseits, indem er sich bemüht war, daß ihm hier nicht so leicht jemand lären würde. Dabei zog er den Säbel des Offiziers aus der Scheide und feumanderte:

„Hingeführt Achtung!“  
Der Offizier war einfach „hoff“. Und auch die junge Frau dachte natürlich gar nicht daran, sich diesem Befehl zu fügen.

Da verfuhr der Einbrecher, sie mit der Säbelspitze zu kitzeln. Die Dame tat einen Schrei und zog die Arme hinauf.

Aber in demselben Moment schmeckte der Offizier, wie eine Dittar, in die Höhe und sprang mit dem Ruf: „Meine Waffe, Kerl! Meine Waffe!“ so wie er war mit einem Satz über die Bettlehne hinweg aus dem Einbrecher los.

Der warf den Säbel fort und wich dem Antsturm des Offiziers geflücht aus. Sekundenlang standen sich die beiden, einer die Bewegung des anderen gespannt beobachtend, gegenüber.

„Machen Sie sich doch nicht lächerlich, Herr Kapitän,“ jagte der Einbrecher dann so recht gemüßlich, das Messer aber immer stoßbereit in der Faust, „sehen Sie mal, erstens stech' ich zu, wenn Sie noch einen Schritt machen... wirklich, so leid es mir tut, ich wäre gezwungen, Sie abzuschneiden wie ein Schwein!... Und was wollen Sie denn überhaupt, Herr Kapitän, Sie haben doch schließlich ebensowenig hier zu suchen, als ich! Ich möchte wahrhaftig mal sehen, wen der Herr Staatsrat lieber bei sich sehen würde, Sie oder mich... Ich nehme doch schließlich bloß ein bißchen Kleingeld — aber Sie — na ja, wir wollen uns darum nicht janken... aber nun seien Sie auch vernünftig, Herr Kapitän, und hören Sie mich, bitte, nicht länger in meinen Dörliegenheiten!“

Der Junge war kein unebener Mensch. Er besaß Sinn für Komik und wußte nicht, ob er sich mehr ärgern oder lachen sollte bei den Auseinandersetzungen des Diebes.

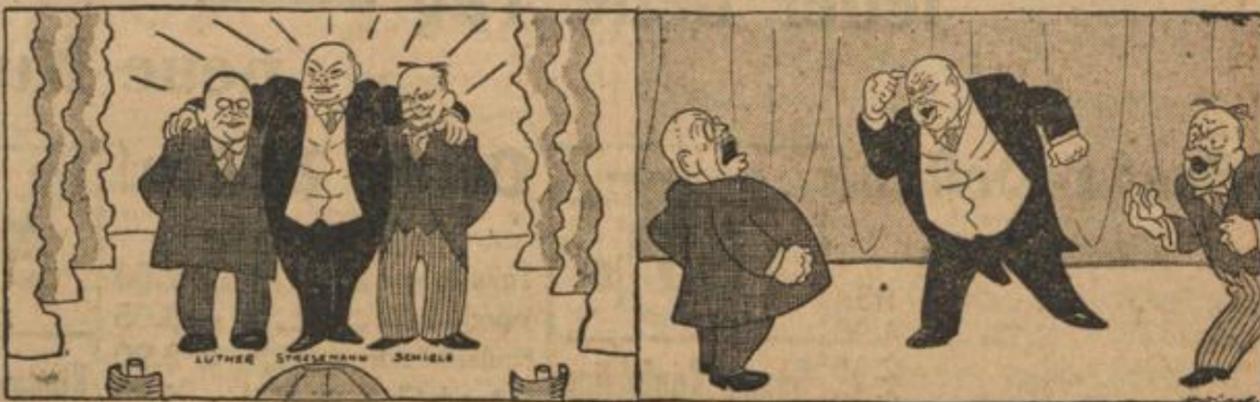
„Also bitte!“ meinte die mit einer höflichen Handbewegung nach dem Bett.

Jetzt lachte der Kapitän wirklich — es klang allerdings ein wenig gezwungen — und legte sich, der Aufforderung Folge leistend, wieder hin.

Auf den Arm gestützt, sah er dann den Einbrecher zu, der sich eben daran machte, die Spiegeltisette und die Rachtischchen zu durchsuchen. Jedoch ohne Erfolg.

„Ich finde nichts,“ jagte er, wieder an das Bett tretend, „das ist unangenehm!... Warm im Sekretär waren einige dreihundert Mark, die ich in Verzweiflung genommen habe. Aber das ist zu wenig. Ich komme dabei ja sogar nicht auf meine Speien... Ich muß Sie also bitten, meine Herrschaften, mich für diesen Verlust zu

## Vor und hinter den Kulissen.



Dies war das Schluszbild aus dem vierten Akt  
Dem Heldenstück im Nationaltheater!  
Das Böse stürzt, die Tugend ist intakt.  
Und aus den Wolken schweigt der Landesvater.  
Von vorne steht die Sache rührend aus:  
Da steht der Bürgerklub in Eintrachtspose  
Und mimt bei etwas schwachbesetztem Haus  
Die neue Hindenburg-Apothekose.  
Von Ultrarechts bis fast zu Fehrenbach  
Ein Liebesstück von heiligen Kompromissen!  
Doch, wenn der Vorhang fällt, gibts immer Krach  
Und das natürlich hinter den Kulissen.

Das war der vierte Akt der Reaktion.  
Der Vorhang fiel. Man wartet auf den fünften.  
Indessen sich die Komödianten schon  
Im Hintergrunde fürchterlich beschimpfen.  
Es hatte nämlich sich Herr Stresemann  
Mal wieder seinen eigenen Text gedichtet,  
Drum kam Herr Schule nie aus Schwere ran,  
Da hat auch Luther ganz aufs Spiel verzichtet.  
Hier steht man unser Nationalkonzern  
In wüster Zwietracht sich den Gehrock bügeln. —  
Diebelst erleben wirs, daß sich die Herren  
Im fünften Akt auf offener Szene prügeln!

entschädigen... ach ja,“ sein Blick fiel auf die Uniform. „Sie gestatten doch, Herr Kapitän?“

Damit stürzte er sich auf dessen Reiter und begann sie zu durchwühlen.

„Sieh da! Fünfhundert Frank bar, und in einem solch entzückenden Portefeuille — o, das ist ja reizend! Und eine goldene Uhr, und die schwere Kette, wirklich, sehr schön! Das sind nochmals fünfhundert Frank unter Brüdern... das Portefeuille, das bewahrt' ich mir auf, zum Andenken an Sie, Herr Kapitän!“

Dabei klappte der Einbrecher mit der Hand auf das seine Saffianleder und schien wirklich aufrichtig erfreut.  
Dem Offizier kam seine Liebe etwas teuer, aber er blieb gelassen.

Auch die junge Frau blickte, wie ein erschrockenes und doch neugieriges Mäuschen, von der Seite... Wenigstens war sie jetzt sicher, daß dieser Mensch sie nicht verraten dürfte...

„Nun noch ein Andenken an die gnädige Frau!“ meinte der Spitzhube stolz, die Taschen ihres Morgenrodes durchstöbernd.

„Wie, dies niedliche Portemonnaie mit sechs Frank dreifig? — Nein, meine Gnädige, dessen herab!“ er nicht! Aber den hübschen Ring mit dem blauen Stein — ich sah ihn vorhin an Ihren Fingern — um den bit' ich... Ich werde ihn niemals fortgeben, schon weil er mich (der Spitzhube dämpfte seine Stimme zum Flüstern und spitzte lustern die Lippen) stets an den süßesten Anblick meines Lebens erinnern wird!“

„Seien Sie nicht unerschäm!“ brauste wieder der Offizier auf. Der Spitzhube hatte nicht mehr Zeit, grob zu werden.

„Aber bitte, Herr Kapitän, kann man rücksichtsvoller sein, als ich es gewesen bin? Was wollen Sie machen, wenn ich statt des Ringes diese reizende Hand und noch etwas mehr forderte... nun, nicht wahr, Sie geben mir den Ring?“

„Ich schenke Dir einen neuen, ganz gleichen,“ meinte der Offizier leise zu seiner Geliebten und zog ihr den Ring von der Hand, die die junge Frau bei den Worten des Einbrechers ängstlich versteckt hatte.

„Hier haben Sie ihn! Nun machen Sie aber auch, daß Sie fortkommen!“ jagte der Offizier und warf seinem Gegenüber den Ring zu, den dieser geschickt auffing.

„Habe ich vielleicht noch etwas vergessen?“ meinte der Spitzhube dann schelmisch.

„Nein, aber da ist die Tür!“ rief der Kapitän und zeigte auf die nur angelehnte Tür, durch welche der Einbrecher, rückwärtsgehend und, wie ein Tierbändiger seinen Löwen, immer den Offizier im Auge behaltend, mit einer eleganten Verbeugung verschwand.

## Nocturno.

Von Hans Besemann.

Das Boot gleitet langsam über den See. Wie ein kleiner grüner Stern schaukelt an seiner Spitze der Lampion. Vom Ufer steigt der hohe Strahl der Fontäne.

Das junge Mädchen sitzt am Steuer, sie hat die Hände um die Arme gelegt und lauscht dem jungen Mann, der das Rudern führt.

„Welch poetischer Abend,“ denkt sie, „ich bin so glücklich und Herr Meier ist solch netter Mann, wie schön wäre es, wenn er mir jetzt eine Liebeserklärung machte.“

„Haben Sie nicht auch, daß es etwas zieht,“ jagt Herr Meier. „Nein — absolut nicht,“ jagt sie und denkt dann weiter: „Warum küßt er mich nicht — ich liebe ihn doch so sehr, und vielleicht könnten wir uns auch verloben — das wäre himmlisch...“

„Gnädiges Fräulein, es ist schon 11 Uhr vorbei — wir müssen umkehren,“ jagt Herr Meier. Und das Boot dreht zurück zu den Menschen und zum Promenadenkonzert.

Sie ist furchtbar traurig und enttäuscht, sie hatte sich alles so nett gedacht. „Ich werde nie mehr einen Mann lieben können — ich bin todunglücklich, und Herr Meier ist ein Ekel“, denkt sie.

Dann sind sie am Ufer und sie verläßt Herrn Meier mit kühlem Gruß. „Warum bloß“, ist ihr letzter Gedanke.

Herr Meier aber streicht sich verzweifelt die Waden. „Warum bloß muß ich ausgerechnet heute abend so scheußlich unraffiert sein?“

Repins Modelle. Als der große russische Maser Repin keine Studien zu dem historischen Bilde der „Saporoger“ machte, in dem ihm die Gefallen der kleinrussischen Krieger so prächtig gelungen sind, da sah er eines Tages eine Gruppe Männer im Grobe liegen, die ihm wie gerufen kamen. „Während ich rasch einige Skizzen machte“, erzählte er darüber, „sah ich, wie einer von ihnen, der Interessanteste, gerade einschalten will und sich recht behaglich hinstreckt.“ „Ich gebe Dir 5 Rubel, wenn Du Dich zeichnen läßt,“ besaß ich zu ihm. Der Kerl nickte mir groß an und antwortet bedächtig: „Da hast Du zwei Kupfen.“ Nun sah mich aber ruhig schlafen!“ Dann dreht er sich um und beginnt zu schnarchen.

## Fontane in Italien.

Fontane, der Dichter der „Wanderungen“, ist zweimal in Italien gewesen. Was er damals in sein Tagebuch schrieb, ist noch nicht veröffentlicht. Aus den Briefen aber, die er auf der zweiten Reise, im Spätsommer 1875, an seine Frau richtete, veröffentlichte einiges das letzte Heft der „Reisen Rundschau“. Er ist mit der Post über den Spügan gefahren, hat — 7 Fr. 54 Centimes extra Trinkgeld an den Postillon für den Platz auf dem Cabriolet — das großartige Schauspiel der Via Mala genossen und ist dann am Lago Maggiore gelandet. Aber seine Kritik hat er nicht zu Hause gelassen, und so schreibt er denn: „Der See sieht gerade so aus, wie er gemaht zu werden oder selbst in Delfarbrand zu erscheinen pflegt. Jede Ueberflutung, die so viel tut, fällt weg. Ueberhaupt kann man von Italien sagen, es sei „abgemalt“, wie wieder abgedungen werden. Ihre Popularität wächst dadurch, vielleicht auch ihr Ruhm, aber nicht ihr Reiz. Alles Schöne muß rar bleiben, muß als beglückende Ausnahme empfunden werden. Je gefannter, je trivialer; nicht immer notwendig, aber die Gefahr ist da. Was nun den Lago Maggiore angeht, so hängt alles davon ab. Der treue Anwohner des Würth- und Riggelwes wird in unbegrenzter und berechtigter Entzücken geraten, wer aber vom Golf von Neapel kommt, oder das Bild desselben in der Seele bewahrt, der wird dies oberitalienische Wasserbecken doch nur zweiten Ranges finden. Die Weltgenauigkeit des Bogens, die Farbe des Wassers, der Reizum der Uferauffassung, schaffen einen Unterschied, der sehr zumungunsten des „langen Sees“ ausfällt. So nennen die Groudbünder den Lago Maggiore. In seinem nördlichen Drittel wirkt er mehr oder minder kahl; erst wenn man die Mitte erreicht hat und etwa von Bellinzona aus rückwärts blickt, hat man ein sehr schönes Bild, weil nun alles Zusammenzuschieben den Ufern einen reicheren Charakter zu geben beginnt, als sie in Wirklichkeit haben. Auch selbst die legere wirkt nicht stark. Man sieht ein komponiertes Schloß, einen Kranz ziemlich schmuggiger Werkhäuser und hinter diesen Häusern, dieselben bergartig übergehend, die diegenannten, vom Grafen Borromeo vor etwa 200 Jahren angelegten Terrassen. Ein Stück Sanssouci, nur mit dem Unterschied, daß der Isole-Bella-Hügel nicht nach einer Seite, sondern nach allen vier Seiten hin terrassiert wurde.“

Ich kann aber nicht sagen, daß die Sache dadurch an Schönheit gewonnen hätte. Im Gegenteil, sie erhält etwas durchaus Spieleriges, das durch die zahlreich angebrachten Architekturen und Skulpturen: Delfiken, Säulen und Statuen (darunter — über dem Eingangsportal — ein Engel zu Pferde) nur noch gesteigert wird. Ich glaube nicht, daß ein genaueres inausgenheimnehmen mein Urteil erheblich modifiziert haben würde. Denn man übersteht von Deck aus alles ganz deutlich.“

Mit Isole Bella hört die Schönheit und das Interesse auf, man fährt nur weiter, um an der Südwestseite des Sees Arona zu erreichen, von wo die Eisenbahn die Reisenden nach Mailand fährt. 2 1/2 Stunde. Eine der ersten Stationen ist Somma, in der Nähe des Ticino, wo Hannibal, nach Passierung der Alpen, seinen ersten Sieg über die Römer erfocht; dann folgt Vegnano, wo die Mailänder den Barbarossa schlugen. Ueberhaupt begegnet man hier — ähnlich wie auf der Strecke von Weimar bis Leipzig — alle 5 Minuten einem berühmten Schlachtfelde. — Um 7 Uhr waren wir in Mailand.

Nach einer unerlässlichen Säuberung und Einnahme eines Soupers: Hammelkotelettes, in denen ein mir vorstrebendes Ideal endlich zur Wirklichkeit wurde, ging ich in die Stadt und sah nach dem Dom, dem Scalaplatz mit seinem gleichnamigen Theater, die große Marmorstatue Leonardo da Vincis und die neuerdings so berühmt gemordene „Galeria Vittore Emanuele“, — das Vorbild zu unserer „Passage“, die daneben allerdings zu einem kleinen Döckchen zusammenschrumpft. Ueberhaupt, welche Stadt! O, Berlin, wie weit ab bist du von einer wirklichen Verhältnisse über Nacht dazu geworden, aber nicht durch dich selbst. Wirft es, nach dieser Seite hin, auch noch lange nicht werden. Vielleicht fehlen die Mittel, gemäß die Bestimmung. „Denn aus Gemethem ist der Mensch gemacht“, jagt Schiller; er soll dabei speziell an den Berliner Spieghäuser, der inzwischen zum „Bourgeois“ sich abwärts entwickelt hat, gedacht haben. Ueberhaupt will es mir nicht plücken, es im Auslande zu irgendeiner patriotischen Erhebung zu bringen. Nicht nur, daß man Schritt um Schritt empfindet, wie sehr uns diese alten und reichen Kulturstände voraus sind, nein, man lernt uns auch in diesem Sinne. Man will von uns nichts wissen. Ueber das ewige Gehege“, noch die 5 Milliarden haben unsere Situation gebessert. Es blieb zwar unmittelbar nach dem Kriege: „wir seien nun ein für allemal etabliert, der so lange vernünftige Respekt sei da.“ Aber ich merke nichts davon. Alles dreht sich nach wie vor um England und Frankreich; man versteht kein Deutsch oder will es nicht verstehen; englische und französische Zeitungen überall; englische und französische Bücher im Schaufenster des Buchladens, aber kein einziges deutsches Buch. Nicht einmal die „Wanderungen“. Im Grunde genommen ist es recht so, denn das, was wirklich Superiorität schafft, fehlt uns, trotz Schulen und Kolernen, nach wie vor. Freilich haben Athen und Sparta einst politisch rivalisiert, aber Sparta ist längst nur noch Name und Begriff, während die beglücktere Rom ein Wirklichkeit ist bis auf diesen Tag.“



Parteinachrichten für Groß-Berlin

6. Kreis Kreuzberg. Heute, Freitag, 7 Uhr Sitzung der Ortskommission bei Heim, Urbanstr. 29. Jede Mitteilung muß vorher sein.

Morgen, Sonnabend, den 11. Juli: 20. Abt. 8 Uhr abends bei Goltz, Rudowstr. 4. Sitzung aller Funktionäre und Kreisbeauftragten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

20. Abt. Die Beerdigung des verstorbenen Genossen Erno Raxl findet am Freitag, den 10. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Reichhof Ostfriedhof in Berlin statt.

Jugendveranstaltungen.

Wählers. Ost-Fahrer! Heute, Freitag, 10 Uhr, findet die Besprechung im Jugendheim Lindenstr. 2 statt.

Heute, Freitag, den 10. Juli, abends 7 1/2 Uhr:

Abt. I: Schule Wilmersdorf, 21. Vortrag: „Jugend und Recht“. — Abt. II: Gemeindeamt am Stephanplatz, Vortrag: „Warum bin ich in der G.A.P.“

— Niederbarnheimer: Schule Wilmersdorf Str. 6-70, Vortrag: „Die Partei“. — Spandau: Witz Schützenhaus, Reichenberger Str. 38, Vortrag: „Dah und Rückwärts“.

Beiratsbesprechung für die Monate Juli-August sofort abliefern. — Hamburg: Mitglieder müssen bis spätestens 15. d. M. dem Sekretariat einbezahlt sein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Gesellschaftliche: Berlin G. H. Geballestr. 37/38. Hof 3. Et. Ostgruppe Tempel, Kreis Kottbus: Sonnabend, den 11. Juli, abends 7 1/2 Uhr.

Das Rheinland ruft Euch zur Jahrtausendfeier! Deutsche Brüder und Schwestern, besucht die Ausstellungen u. festlichen Veranstaltungen, den Rhein, seine Städte, Bäder, Berge, Burgen u. Dome

AACHEN Histor. Jahrtausend-Ausstellung Mai/Juni/Juli 1925 U.a.: Die deutsche Königskrone (Insolenz, Kaiserbilder u. Erinnerungen) / Die Wallfahrt nach Aachen / Die Aachener Friedenskongresse und das Basileer in Aachen

BONN Die Jahrtausendfeier hat vom 16.-27. Mai stattgefunden Den Besuchern des Rheinlandes bietet die alte Universitäts- und Gartenstadt mit ihrer reizvollen Umgebung unweit des Siebengebirges ruhigen und angenehmen Aufenthalt.

Jahrtausendfeier der Rheinlande Ausstellungen und festliche Veranstaltungen Aachen + Bonn Düsseldorf + Duisburg Elberfeld + Essen Koblenz + Köln

Musikfest der Stadt DUISBURG vom 15. bis 20. Juli 1925 Leitung: Generalmusikdirektor Scheinflug 1. Tag: 15. Juli, abends 7.30 Uhr: Voraufführung zum 1. Hauptkonzert.

DÜSSELDORF Jubiläumsausstellungen 1925 30. Mai bis 4. Oktober: Große Kunstausstellung: a) die letzten 100 Jahre rheinischer Malerei b) modernes deutsches Kunstschaffen

ELBERFELD Die Jahrtausendfeier hat vom 20. bis 25. Mai stattgefunden. Elberfeld wurde im Jahre 1610 zur Stadt erhoben. Sie besitzt bedeutsame Spezialindustrie der Weberei, Bleicherei und Färberei.

ESSEN die Großstadt im Herzen des Industriegebietes, die vorbildliche Wohnstadt. Neben einer Anzahl von Fachmessen und Fachausstellungen, wie Rheinisch-Westfälische Lebens- und Genussmittel-Ausstellung.

KOBLENZ 8. August — 13. September Reichsausstellung „Deutscher Wein“ Weinbau, Weinhandel und verwandte Gewerbe

KÖLN im Juli 1925 Jahrtausendausstellung der Rheinlande Geöffnet bis 15. August Gastspiel der Wiener Staatsoper und des Wiener Staatsopernballetts im Opernhaus vom 1. bis 7. Juli.

TRIER Jahrtausendfeier der Rheinlande An allen Sonntagen im Juli bis September: Aufführungen des Heimatspielles von Dr. Leo Weilmantel „Der Kurfürst“

WIESBADEN Deutschlands größtes Heilbad Kochsalzthermen 65,7° C. Unvergleichliche Heilerfolge bei Rheumatismus, Gicht, Nervenkrankheiten Stoffwechselleiden und Erkrankung der Atmungs- und Verdauungsorgane

Bad Langenschwalbach Stahl- und Moorbad im Taunus Hotel Alleesaal Hotel Herzog v. Nassau Hotel Metropole

Bad Ems bekannt und bewährt seit A. D. 1172 Die einzigen warmen, alkalisch-muriatischen, kohlensäurethermen Deutschlands Als Heilbad und Erholungsstätte

NEUENAUER Einzigste alkalische Thermen Deutschlands gegen Magen-, Darm-, Leber-, Nierenleiden, Zuckerkrankheit, Gallensteine, Erkrankungen der Atmungsorgane, Gicht und Rheumatismus. Trink- und Badekur Jegliche Art Sport Talersall unter fachmännischer Leitung

